

**HESSISCHER LANDTAG**

04. 11. 2014

26. Sitzung

Wiesbaden, den 4. November 2014

Amtliche Mitteilungen	1699	3. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Missbilligung der erneuten Entgleisung des Abg. Hans-Jürgen Irmer	
<i>Entgegenommen</i>	1699	– Drucks. 19/1053 –	1728
Präsident Norbert Kartmann	1699	<i>Angenommen</i>	1733
1. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)		4. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend freie Entfaltung der Persönlichkeit jeder und jedes Einzelnen ungeachtet der sexuellen und geschlechtlichen Identität	
– Drucks. 19/1001 –	1699	– Drucks. 19/1060 –	1728
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	1728	<i>Angenommen</i>	1733
2. Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2014 bis 2018		Präsident Norbert Kartmann	1704
– Drucks. 19/1050 –	1699	Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken	1728
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	1728	Günter Rudolph	1728, 1733
Minister Dr. Thomas Schäfer	1699	Hans-Jürgen Irmer	1729
Norbert Schmitt	1705	Mathias Wagner (Taunus)	1730
Frank-Peter Kaufmann	1710	Jürgen Lenders	1731
Willi van Ooyen	1716	Janine Wissler	1731
Florian Rentsch	1721	<i>Abstimmungsliste</i>	1735
Günter Schork	1725		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsidentin Heike Habermann
Vizepräsidentin Ursula Hammann
Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen
beim Bund Lucia Puttrich
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretär Mathias Samson
Staatssekretär Thomas Metz
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser
Staatssekretär Jo Dreiseitel
Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

Abwesende Abgeordnete:

Tarek Al-Wazir
Ulrich Caspar
Uwe Frankenberger
Kai Klose

(Beginn: 14:04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 26. Plenarsitzung des Hessischen Landtags am heutigen Dienstag, dem 4. November, und heiße Sie, die Landesregierung und die Gäste herzlich willkommen.

(Zurufe: Mikrofon! – Günter Rudolph (SPD): Nichts verstanden!)

– Ich kann hier nicht schreien.

(Günter Rudolph (SPD): Es nutzt ja nichts!)

– Herr Kollege Rudolph kann mich ja ersetzen, er ist lauter.

(Clemens Reif (CDU): Wir hören nichts!)

– Ich höre auch nichts.

(Manfred Pentz (CDU): Das ist die zweite Reihe! – Gegenruf des Abg. Clemens Reif (CDU): Das ist ein neuer Diskriminierungsvorwurf!)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie nochmals zu unserer heutigen Sitzung herzlich begrüßen und hoffe, dass wir heute gut durchkommen.

Zunächst will ich die Beschlussfähigkeit feststellen. – Dem widerspricht niemand, dann ist das so.

Die Tagesordnung vom 27. Oktober 2014 mit insgesamt zwei Punkten liegt Ihnen vor. Wie Sie den Tagesordnungspunkten 1 und 2 entnehmen können, werden wir uns heute eingehend mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2015, Drucks. 19/1001, sowie mit dem Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2014 bis 2018, Drucks. 19/1050, befassen.

Noch nicht umgedruckt – aber ich habe ihn hier liegen – ist ein Dringlicher Antrag der SPD. Deswegen kann ich ihn noch nicht aufrufen. Ich muss warten, bis er umgedruckt ist.

Dann gehen wir erst in der Tagesordnung voran, wie ich sie vorgelesen habe. – Dem widerspricht keiner, sodass wir sie genehmigt haben.

Wir tagen heute bis zur Erledigung der Tagesordnung. Wir beginnen mit Punkt 1, wie oben erwähnt, gemeinsam mit Punkt 2.

Frau Ministerin Puttrich ist ab 17 Uhr nicht mehr hier. Herr Al-Wazir ist ganztägig entschuldigt. Kollege Frankenberger ist erkrankt. Ich wünsche ihm von hier aus gute Besserung.

Meine Damen und Herren, ich habe eben im Foyer des Landtags eine Ausstellung mit dem Titel „Die Mauer ist kaputt!“ eröffnet. Diese Ausstellung ist deswegen etwas ganz Besonderes, weil sie sehr authentisch die Stunden am 9., 10., 11. und 12. November des Jahres 1989 fotografisch dokumentiert. Der Fotograf ist kein anderer als der Präsident des Landesparlaments unserer Partnerregion Wielkopolska, Herr Lech Dymarski. Ihn darf ich auf der Tribüne ganz herzlich begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen diese Ausstellung wirklich empfehlen; denn eine Ausstellung zur deutschen Einheit, zum Mauerfall in Berlin von einem, der mittlerweile unser Freund geworden ist, aus unserer Nachbarschaft in Polen, aus der Wielkopolska, ist mit Sicherheit etwas Einmaliges. Deswegen bitte ich Sie, sich das anzuschauen. Die Ausstellung ist bis zum 12. November im Hause zu sehen.

Damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 1:**

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) – Drucks. 19/1001 –

Dazu **Tagesordnungspunkt 2:**

Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2014 bis 2018 – Drucks. 19/1050 –

Wir beraten beide Punkte in verbundener Debatte, zusammen 45 Minuten pro Fraktion, entsprechend die Richtlinie für die Regierung. Die Reihenfolge in der Aussprache ist festgelegt.

(Abg. Norbert Schmitt (SPD) gibt sich nach vorn.)

– Noch nicht, Herr Kollege. Sie können mir die Wortmeldung ruhig geben. Nach dem Minister kommen Sie dran, dann geht es los.

Zur Einbringung des Landeshaushalts 2015 erteile ich dem hessischen Finanzminister Dr. Thomas Schäfer das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor wenigen Monaten haben wir in diesem Hause noch den Nachtragshaushaltsplan für das laufende Jahr beraten und beschlossen, der die ersten Schwerpunkte der neuen Landesregierung abbildet. Nun habe ich die Aufgabe, vor allem aber auch die Freude, den ersten Haushaltsplan einzubringen, für den die neue Landesregierung in Gänze verantwortlich zeichnet.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt eindeutig klar: Solide Finanzen sind für uns unerlässlich. Dazu stehen diese Landesregierung und insbesondere ich als Finanzminister felsenfest. Dieser Koalitionsvertrag bildet mit seinen Vorgaben den Grundriss, nach dem wir in den kommenden Jahren stabile, strukturstarke Haushalte bauen wollen. Der Abschluss, der Schlussstein, soll der erste Haushalt ohne neue Schulden spätestens im Jahr 2019 sein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran arbeiten wir hart, aber dennoch partnerschaftlich konstruktiv. Von dieser Atmosphäre waren die Gespräche mit allen Ressorts im Vorfeld der Haushaltsausstellung getragen, und dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett sehr herzlich.

Das Ergebnis dieser Beratungen überzeugt. Klar ausgerichtet an den gesetzlichen Vorgaben der Schuldenbremse, sinkt die Nettokreditaufnahme im Jahr 2015 auf 730 Millionen €. Die mittelfristige Finanzplanung bildet den weiteren Abbaupfad ehrlich ab, ohne auf globale Minderausgaben zurückgreifen zu müssen. Ganz im Gegenteil, im Gegensatz zu vielen vergangenen Jahren haben wir sogar einen Sicherheitspuffer eingeplant.

2018 weist der Landshaushalt nach derzeitiger Planung einen positiven Finanzierungssaldo auf. Das heißt, vereinfacht ausgedrückt, wir nehmen 2018 erstmalig mehr Geld ein, als wir ausgeben. Wenn wir das schaffen, wäre es das erste Mal seit 1969. Uns gelingt dann das, woran sich die politisch Verantwortlichen die letzten 45 Jahre vergeblich versucht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger erwarten genau das von uns. Der Haushalt 2015 ist auf diesem Weg ein kraftvoller Auftakt dieser Regierung für diese Entwicklung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bereits vor wenigen Monaten haben wir das Fundament für unsere zukünftige Planung gelegt, als wir die finanzpolitischen Leitlinien formuliert und beschlossen haben.

Es ist ein Novum in der Architektur hessischer Haushaltspolitik, dass sich eine Landesregierung bereits zu Beginn ihrer Regierungsverantwortung an einen finanziellen Fahrplan für die gesamte Wahlperiode bindet. Das ist erkennbar die schwarz-grüne Handschrift für generationengerechte Finanzpolitik. Mag die Farbgebung dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen bislang eher außergewöhnlich sein, so zeigt sich doch eindeutig: Sie denkt in neuen Bahnen, geht neue Wege, und das – davon bin ich fest überzeugt – zum Wohle dieses Landes heute und für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich die wesentlichen Eckpunkte der Leitlinien noch einmal wiederholen; denn daran wird die Neuausrichtung unserer Finanzpolitik sehr deutlich: Die in der Finanzplanung enthaltenen Ansätze bilden künftig grundsätzlich die Obergrenze der Ressortekwerte. Mehrausgaben müssen in Zukunft regelmäßig unmittelbar, vollständig und dauerhaft primär aus dem gleichen Politikbereich gegenfinanziert werden. Wir zwingen uns damit selbst, Maß zu halten.

In der Vergangenheit wurde im Konfliktfall allzu häufig und allzu leicht der Ausweg in einer höheren Nettoneuverschuldung gesucht. Dieser Weg ist nunmehr durch die Schuldenbremse in der hessischen Verfassung versperrt – zum Glück, meine Damen und Herren. Zu diesem Weg haben sich fast alle Fraktionen aus diesem Haus entschlossen, und 70 % der Hessinnen und Hessen haben diesen Kurs in einer Volksabstimmung bestätigt. Dafür bin ich den Parlamentariern in diesem Haus, aber vor allem den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land sehr, sehr dankbar.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich, bevor ich auf die Details des neuen Haushalts eingehe, einige Worte zu den Rahmenbedingungen verlieren, um uns allen noch einmal vor Augen zu führen,

in welchem Umfeld wir uns derzeit bewegen. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 registrierten wir – zumindest in Hessen – eine wachsende Wirtschaftsleistung, sinkende Arbeitslosenzahlen und stetig steigende Steuereinnahmen.

Wir können uns in Hessen wahrlich nicht über schlechte Rahmenbedingungen beklagen, sondern können uns eher gemeinschaftlich darüber freuen, wie schnell wir durch die Krise gekommen sind. Dazu hat auch die hessische Landespolitik mit ihren eigenen konjunkturell stützenden Maßnahmen einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang gern noch einmal daran, dass wir mit einem eigenen hessischen Sonderinvestitionsprogramm zu den etwas über 700 Millionen € des Bundes noch einmal 1,7 Milliarden € zusätzlich aus Landesmitteln gepackt haben. Zusammen mit den Komplementärmitteln von Land und Kommunen zu den Bundesmitteln hatte das hessische Konjunkturpaket eine Größe von mehr als 2,6 Milliarden €. Die Spuren, die diese stützenden Ausgaben im Haushalt hinterlassen haben, waren enorm, vor allem im Handwerk in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mittlerweile hat sich nicht nur die Wirtschaft erholt – auch trotz der aktuell nicht mehr nur erfreulichen Nachricht von den Prognosen –, ebenso haben sich die öffentlichen Haushalte erholen können. So erreichte Deutschland 2013 insgesamt einen leicht positiven gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo von 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts. Damit wurden die Anforderungen des Fiskalpakts und des Stabilitäts- und Wachstumspakts deutlich übertroffen.

Die Schuldenquote in Deutschland ist wieder unter die Marke von 80 % des Bruttoinlandsprodukts gesunken. Die Weichenstellung durch die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz macht sich bezahlt. Mit jedem Schritt, den die öffentlichen Haushalte dichter an die schwarze Null rücken, sinkt die Schuldenquote des Gesamtstaates.

Die Freude trübt sich jedoch schnell, wirft man einen Blick über die Grenzen Hessens hinaus bzw. auf die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren, die einen Fingerzeig auf die mögliche Entwicklung der nächsten Monate und Jahre geben. Zwar haben mittlerweile Spanien, Irland und Portugal den Eurorettungsschirm verlassen und weisen teilweise auch wieder eine stärker wachsende Wirtschaft auf. Die Lage bleibt dennoch angespannt angesichts der Tatsache, dass in Spanien und Griechenland immer noch fast ein Viertel der Menschen ohne Arbeitsplatz ist.

Wer also glaubt, die strukturellen Probleme Europas wären überwunden, der irrt meines Erachtens. Dass ein Land wie Frankreich bei seinen Reform- und Konsolidierungsbemühungen kaum Fortschritte macht, kann zu ernsthaften Problemen für den gesamten Euroraum führen. Die gesenkte Wachstumsprognose für 2014 und 2015 ist ein erstes Anzeichen dafür, dass sich auch in Deutschland die konjunkturelle Lage verschlechtern könnte. In diesen Tagen – heute, morgen und übermorgen – tagt der Arbeitskreis Steuerschätzungen in Wismar. Man darf gespannt darauf sein, ob und, wenn ja, inwieweit sich die reduzierten Wachstumserwartungen auf das Schätzergebnis niederschlagen.

Für das laufende Jahr kann ich für unser Land feststellen, dass die Steuereinnahmen bis zum heutigen Tag eine eher

günstige Entwicklung aufweisen. Derzeit haben wir allen Grund zu der Annahme, dass das Steuersoll des laufenden Jahres übertroffen werden kann und wir uns damit ein Polster für die sicherlich schwieriger werdende Zeit im Jahr 2015 schaffen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen: Wir setzen mit dem Haushaltsplan 2015 sozusagen das erste Stockwerk auf das Fundament der finanzpolitischen Leitlinien. Gleichzeitig bringen wir mit der mittelfristigen Finanzplanung konkrete Planungen für die weiteren Stockwerke ein, die in den kommenden Jahren folgen werden. Dabei sind die baulichen Vorgaben klar. Wir haben auf der einen Seite die Vorgaben des Ausführungsgesetzes zur Schuldenbremse zu erfüllen, das einen festen Abbaupfad bei der Rückführung der Nettoneuverschuldung vorsieht. Andererseits können und müssen wir an den richtigen Stellen investieren, um unser Land weiter in der Spitzengruppe weltweiter Standorte zu halten. Beides zu verbinden, das ist die Herausforderung, der wir uns stellen und die wir gemeinschaftlich bewältigen werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Widmen wir uns zunächst der Konsolidierung. Ich zitiere an dieser Stelle unseren ehemaligen Kollegen Alexander Noll, der den schönen Ausspruch prägte: Die Kunst des Sparens ist der Verzicht.

So sieht die Planung für die Jahre 2014 bis 2018 auch nur sehr moderate Ausgabensteigerungen vor. Zieht man die Zahlungen im Rahmen von Länderfinanzausgleich und Kommunalem Finanzausgleich ab, so sind es nur etwas über 2 % Steigerung. Gleichzeitig können wir von Einnahmesteigerungen ausgehen, die etwas über den Zuwächsen der Ausgaben liegen. Auf diese Weise schließt sich die Schere zwischen den Ausgaben und Einnahmen, bis wir nach Plan 2019 einen generationengerechten Haushalt ohne neue Schulden haben werden. Das, und nichts anderes, ist der Anspruch dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen diesen Auftrag Schritt für Schritt um. Der Regierungsentwurf zum Haushalt 2015 sieht eine Absenkung der Nettokreditaufnahme gegenüber dem Vorjahr um 230 Millionen € auf 730 Millionen € vor. Das entspricht einer Reduzierung von rund einem Viertel – das ist ein starkes Signal der Konsolidierung.

Ich erinnere noch einmal alle daran, wo wir herkommen: Als ich im Jahr 2010 mein Amt übernommen habe, planten wir ein Defizit, eine Nettoneuverschuldung von 3,3 Milliarden €. Am Ende des Jahres waren es immer noch 2,5 Milliarden €. Vier Jahre später sind wir auf einem Weg, auf dem wir die Nettoneuverschuldung in Schlagweite haben. Das ist ein Erfolg von konsolidierender Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir werden die Neuverschuldung weiter absenken, sogar stärker, als es das Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse verlangt. Das gibt uns einen gewissen Puffer für unerwartete Entwicklungen. Am Ende des Finanzplanungszeitraums, im Jahr 2018,

werden wir erstmals einen positiven Finanzierungssaldo vorweisen können.

Auf der Einnahmeseite gehen wir momentan von einer moderat positiven Entwicklung aus. An Steuern sind rund 18,8 Milliarden € im Haushalt 2015 eingeplant. Dadurch steigen übrigens auch die Ausgaben für den Kommunalen Finanzausgleich nach dem bisherigen System.

Erfreulich aus Sicht des Landeshaushalts ist sicherlich auch das weiterhin anhaltend niedrige Zinsniveau. Jeder Euro, den wir nicht in den Schuldendienst stecken müssen, ist ein Gewinn für den Landeshaushalt. Ich glaube, ich muss keinem mehr die Sprengwirkung erläutern, die hinter steigenden Zinsen stecken würde.

Nur so viel: Jede Steigerung beim Zinssatz um 10 Basispunkte – also beispielsweise eine Steigerung von 1,2 auf 1,3 % – führt pro Jahr zu Mehrausgaben in Höhe von rund 6 Millionen € im Landeshaushalt. Wenn Sie es etwas dramatischer haben möchten: 1 % Zinssteigerung sind 60 Millionen €. Das ist ein relativ einfacher Dreisatz.

Auf stabilem Niveau wird dagegen der Bereich der Investitionen gehalten. Rund 1,92 Milliarden € sieht der Haushalt 2015 für Investitionen vor. Erfreulich dabei ist, dass mehr als ein Drittel dieser Gelder an die Kommunen im Land für deren Investitionsprojekte fließt.

Ich will nun den Gegenbeweis zur erwartbaren – um nicht zu sagen: durchschaubaren – Argumentation der Opposition antreten, die Landesregierung würde lediglich von den guten Einnahmen profitieren und gar nicht selbst sparen. Ich habe schon eine Weile das Vergnügen, in verantwortlicher Position im Finanzministerium mit Ihnen über Konsolidierung zu diskutieren. Leider fehlte es aber bislang immer an ernsthaften Vorschlägen, wo verstärkt gespart werden sollte. Reichhaltig dagegen waren die Vorschläge, an welcher Stelle man mehr Geld ausgeben könnte.

(Manfred Pentz (CDU): Sehr richtig!)

Ich habe die Hoffnung aber noch nicht aufgegeben, dass Sie es diesmal zu Papier bringen und als Antrag in die Beratungen einreichen. Und damit meine ich nicht die Vorschläge, einfach auf den Bund zu verweisen, dass dieser die Länder, auf welchem Weg auch immer, mit mehr Geld beglücken möge. Wir müssen unsere Haushalte selbst in den Griff bekommen, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Dort, wo wir es selbst steuern können, müssen wir ansetzen. Alles andere ist Augenwischerei.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir beginnen, im Haushalt 2015 damit die Vorgaben des Koalitionsvertrages Schritt für Schritt umzusetzen. Rund 1.800 Stellen der Landesverwaltung werden in dieser Legislaturperiode abgebaut. Im Entwurf des Haushaltsplans ist vorgesehen, rund 270 Stellen wegzulassen.

Um dies auch einmal in Heller und Pfennig darzustellen, bemühe ich noch einmal die finanzpolitischen Leitlinien. Hierin ist vorgegeben, dass jede gestrichene Stelle mit 45.000 € im Jahr bepreist wird. Bei rund 1.800 Stellen macht dies also einen Konsolidierungsbeitrag von rund 80 Millionen € aus – dauerhaft, nachhaltig und dynamisch.

Als weitere Maßnahme war vereinbart, im Bereich der freiwilligen Leistungen, der sächlichen Verwaltungsausgaben und der kleineren Investitionen 50 Millionen € einzuspa-

ren. Diese Einsparung sollte – wie der Stellenabbau auch – über alle Ressorts hinweg erbracht werden.

Auch hier waren wir erfolgreich. Dabei haben wir dann einige Bereiche, die uns politisch besonders am Herzen liegen, von den Sparmaßnahmen ausgenommen. Das kombiniert Konsolidierung auf der einen Seite mit politischer Gestaltung auf der anderen Seite. Das ist erfolgreiche Haushaltswirtschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist längst kein Geheimnis, dass die Personalausgaben den größten Ausgabeblock im Landeshaushalt darstellen. Von der Polizei bis zum Justizvollzug, von der Steuerverwaltung bis zur Landvermessung, von den Schulen bis zu den Hochschulen: Überall leisten die Bediensteten des Landes wertvolle Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen.

Doch gibt uns der Koalitionsvertrag auch hier einen klaren Auftrag: Ab dem 1. Juli 2016 soll der Besoldungszuwachs bei den Beamtinnen und Beamten jährlich auf 1 % begrenzt bleiben. Ich stehe zu dieser Vereinbarung; denn ich bin nach wie vor davon überzeugt: Wer eine strukturelle Lücke schließen will, der muss strukturell handeln. Ich sage aber auch ganz deutlich: Wer daran Kritik übt, muss wirkungsgleiche Alternativen aufzeigen. Das gilt, um eine ernsthafte Diskussion möglich zu machen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal daran erinnern, dass wir vor wenigen Monaten auch die Einnahmeseite des Landes gestärkt haben. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, eine der wenigen Stellschrauben auf der Einnahmeseite, die das Land selbst beeinflussen kann, bringt jedes Jahr etwas mehr in die Kassen des Landes, wirkt also dauerhaft und damit strukturell.

Die dauerhaften Mehreinnahmen aus dieser Steuer belaufen sich auf 155 Millionen € pro Jahr, sodass wir auch auf der Einnahmeseite die Konsolidierung vorantreiben. Von diesen Mehreinnahmen des Landes profitieren auch die Kommunen im bisherigen System des Kommunalen Finanzausgleichs mit etwa 24 Millionen €. Auch hier zeigt sich die ausgleichende, ausgewogene Handschrift der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung.

Ich will nun auf die gestalterischen Elemente unseres Haushalts 2015, sozusagen die Architektur des ersten Stockwerks, eingehen. Wir hatten bereits im Koalitionsvertrag die Schutzbereiche definiert, die von den Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen werden sollten, und damit politische Schwerpunkte gesetzt: Keine Stellenkürzung bei den Lehrerinnen und Lehrern, der Pakt für den Nachmittag an Grundschulen bleibt unberührt, das neue hessische Sozialbudget wird nicht angetastet, die Sportförderung sowie die 30-Millionen-€-Garantie für den Brand- und Katastrophenschutz bleiben geschützt. – So sieht politische Gestaltung aus: intelligent, perspektivisch, nachhaltig.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zur Stellengarantie im Bereich der Lehrerzahlen noch ein paar vertiefende Anmerkungen machen. Der demografische Wandel, der uns an vielen Punkten vor große Herausforderungen stellt und vor allem noch stellen

wird, führt dazu, dass bis 2020 im Vergleich zu 2010 rund 10 % weniger Schülerinnen und Schüler an den hessischen Schulen unterrichtet werden müssen. Grundsätzlich könnten damit auch 10 % der Lehrerstellen abgebaut werden, bei einem solch langen Zeithorizont auch verträglich und durch die normale Personalfuktuation.

Wir haben uns jedoch gemeinschaftlich dafür entschieden, diese sogenannte demografische Rendite, den Lehrerüberschuss, wenn man so will, im System zu belassen und keine Lehrerstellen zu kürzen. Das wollen wir unter anderem für die Ganztagsbetreuung, den Sozialindex oder auch die Inklusion nutzen. Diese Investition in die Köpfe unserer Jugend ist wohl die beste Investition in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite werden wir im Zuge der Konsolidierung sehr genau hinschauen müssen, wie sich der demografische Wandel auf die Ausgabeseite auswirkt. Sicherlich wird es im Kabinettsausschuss Demografie zu ausführlichen Diskussionen kommen, wie wir Regionen im Land, die vom Rückgang der Bevölkerung stärker betroffen sind, unter die Arme greifen und ihnen neue Perspektiven bieten können. Dazu wird die morgen beginnende Debatte um den Kommunalen Finanzausgleich sicherlich hinreichend Anlass bieten.

Als Finanzminister sage ich aber auch, dass sich nicht nur meine Staatssekretärin, Bernadette Weyland, sehr wohl dafür stark machen wird, Möglichkeiten zu suchen und auch zu finden, wie wir an der einen oder anderen Stelle Geld sparen können, weil sich unsere Bevölkerungszusammensetzung und -verteilung ändert.

Es gibt einige Aufgaben, die sich vom Aufwand her an Bevölkerungszahlen orientieren. Ich halte es nicht nur für legitim, diese Potenziale zu heben, sondern ich halte es auch für unsere Pflicht, solche Überlegungen bei der Haushaltskonsolidierung anzustellen. Auch hier bin ich sicher, dass wir durch kreative Ideen fündig werden.

Lassen Sie mich einige weitere Ausgaben im Haushaltsentwurf exemplarisch herausgreifen, die mir wichtig sind. Sehr stolz bin ich auch ganz persönlich auf die im Haushalt abgebildete verstärkte Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität – nicht nur, weil es eine Gestaltungsmöglichkeit in meinem eigenen Ressort ist, sondern weil wir damit auch etwas für die Einnahmeseite des Haushalts tun können.

Durch mehr Steuerfahnder und Betriebsprüfer werden wir weiterhin Druck auf Kriminelle und Betrüger ausüben. Wir setzen das geltende Recht durch und kämpfen für mehr Steuergerechtigkeit. Damit werden wir unsere Spitzenposition, die sich in zahlreichen Statistiken eindrucksvoll widerspiegelt, weiter festigen.

Einige hier im Hause mögen nun wieder in die reflexartige Replik verfallen, Steuer-CDs seien ein viel größeres Druckmittel, und man würde dadurch auch so viele Steuerstünder dingfest machen können. Die Realität aber spricht eine andere Sprache: Der Druck über die CDs war zwar hilfreich, aber wir haben in diesem Jahr bereits jetzt die Zahl an Selbstanzeigen übertroffen, wie sie im gesamten Jahr 2013 gezählt wurden.

Ich glaube, wir können mit einiger Zufriedenheit auf die getroffenen Maßnahmen in Hessen und im Bund in den

letzten Monaten und Jahren blicken: Wir haben hier in Hessen ein Fünfpunkteprogramm zur Bekämpfung von Steuer- und Wirtschaftskriminalität beschlossen, das gezielt diese beiden Bereiche stärker miteinander verzahnt und dadurch die Schlagkraft erhöht.

(Manfred Pentz (CDU): Sehr gut!)

Wir haben uns auf der Ebene der Finanzminister darauf geeinigt, ab dem Jahr 2015 schärfere Regelungen für Steuerhinterzieher anzulegen. Wir senken ab 2015 die Grenzen für die Straffreiheit bei Selbstanzeigen von 50.000 auf 25.000 € und erhöhen den ansonsten fälligen Strafzuschlag auf 10 bis 20 % der hinterzogenen Steuern, je nach Höhe des Hinterziehungsbetrages.

Diese angekündigte Verschärfung hat ohne Zweifel dazu beigetragen, dass in diesem Jahr bereits jetzt eine so hohe Zahl an Selbstanzeigen eingegangen ist. Mit der Verschärfung stärken wir also wirksam die Steuergerechtigkeit und verbauen keinem Steuerpflichtigen den Weg zurück zur Steuerehrlichkeit. Auch das halte ich für intelligente, sachgerechte Politik.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass die Maßnahmen im Bereich der Sozial- und Integrationspolitik für die Landesregierung von hoher Bedeutung sind, habe ich Ihnen bereits dargelegt. Das Sozialbudget ist als geschützter Bereich von den Konsolidierungsanforderungen ausgenommen. Es wird im Rahmen des Haushalts 2015 auf 70,5 Millionen € erhöht. Daneben werden die Ausgaben im Asylbereich angehoben. Aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen werden nunmehr über 290 Millionen € bereitstehen – bisher waren es rund 140 Millionen €. Das entspricht einer Steigerung um über 100 %.

Wir haben mit dem Maßnahmenpaket Asyl ein strukturiertes Programm aufgelegt, das dabei helfen soll, für die Flüchtlinge eine gute Unterbringung und Versorgung sicherzustellen. Das Paket beinhaltet nicht nur, wie eben dargestellt, die Steigerung der Pauschalen für die Kommunen um 15 %, sondern auch Maßnahmen zur Schul- und Berufsbildung sowie zur Identifizierung und Herrichtung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten.

Ich bin meinem Kollegen Stefan Grüttner sehr dankbar, dass er in diesem Zusammenhang auf den Bund zugegangen ist und die Initiative für eine nationale Asylkonferenz ergriffen hat. Diese wird nun auch eingesetzt, und ich habe die Hoffnung, dass gemeinschaftlich, durch ein Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen, eine Lösung für diese große Herausforderung gefunden wird.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, machen wir einen großen Sprung. Ich will neben diesen Bereichen noch einige Worte zum Investitionsbudget im Straßenbau verlieren. Hier stehen weitere hohe Investitionen und Zuschüsse im Landeshaushalt bereit, beispielsweise für den Straßenbau oder die Energiewende. Insgesamt fließen bei einem Gesamtaufwand von rund 145 Millionen € 130 Millionen € in die Planung und den Bau von Straßen in unserem Land. Weiterhin legen wir mit dem Programm Schienengüterverkehr ein bekanntes Programm wieder auf und starten ein neues Programm „Mobiles Hessen 2020“. Dazu wird der Wirtschaftsminister Ihnen aber sicherlich bei der Lesung

seines Einzelplans Näheres erläutern. Weiterhin sind für die Unterstützung der Energiewende 30 Millionen € vorgesehen. Für Mikrodarlehen stellen wir 1 Million € zur Verfügung, um auch kleinste Wirtschaftseinheiten fördern zu können.

Meine Damen und Herren, ich habe eben schon einmal von der Investition in die Köpfe der nächsten Generation gesprochen. Diese Herzensangelegenheit der Regierung wird auch beim Grundbudget für die Hochschulen deutlich, das auf 1,549 Milliarden € angehoben wird. Damit setzen wir bewusst einen Schwerpunkt auf den Forschungs- und Innovationsbereich in unserem Land. Nur ein Beispiel: Für jeden Euro, den der Bund in Hessen in den Hochschulpakt 2020 investiert, gibt das Land Hessen je einen weiteren Euro dazu, und wir statten den Hochschulfonds mit rund 80 Millionen € im Jahre 2015 aus. Eine derartige Konzentration und Unterstützung für die positive zukünftige Entwicklung des Landes und seiner Bürger, wie wir sie hier in Hessen vornehmen, suchen Sie in vielen anderen Bundesländern vergeblich.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es, mit anderen Worten zu sagen: Schwerpunkt in Hessen ist und bleibt die Bildungspolitik. Wo anders wird die Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal zum vor der Konsolidierung geschützten Bereich erklärt? Wo wird ein Pakt für den Nachmittag an Grundschulen von den Sparmaßnahmen ausgenommen? Wo wird die Hochschulfinanzierung in diesem Umfang weiter ausgebaut? Die Antwort auf alle drei Fragen lautet: im Bildungsland Hessen; denn hier wird in kluge Köpfe investiert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Worte zum Kommunalen Finanzausgleich sagen. Ich hatte bereits erwähnt, dass die steigenden Steuereinnahmen nach den bisherigen Regeln automatisch dazu führen, dass die Finanzausgleichsmasse steigt. Dieser Automatismus greift 2015 noch einmal. Wie Sie alle wissen, erarbeiten wir in diesen Monaten entsprechend den Vorgaben des Staatsgerichtshofs den neuen Kommunalen Finanzausgleich 2016. Diesem wird eine Analyse des kommunalen Finanzbedarfs zugrunde liegen. Die Kommunen erhalten 2015 nach altem System erneut mehr Geld vom Land und damit erneut eine Rekordsumme im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs. Bereinigt um die Kompensationsumlage steigt die Summe erstmals über die 4-Milliarden-€-Grenze auf 4,027 Milliarden €.

Ich habe vor etwa einem Monat bereits eine erste Modellrechnung, bezogen auf das Jahr 2014, für die Neukonstruktion des vertikalen Ausgleichs zwischen Land und Kommunen vorgestellt. Morgen werde ich eine erste Modellrechnung für den horizontalen Finanzausgleich präsentieren, also für die Frage, wie sich die gefundene Gesamtmasse neu unter den über 400 hessischen Kommunen verteilt. Zunächst werde ich ihn in der Lenkungsgruppe mit den Kommunalen Spitzenverbänden erörtern, anschließend der Öffentlichkeit vorstellen. Wie bei der Vorstellung der Modellrechnung zum vertikalen Finanzausgleich praktiziert, werde ich sämtlichen Mitgliedern des Hessischen Landtags und auch allen Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern direkt mit einem Schreiben die Einzelheiten erläutern. Wir werden also morgen auf Sie zukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema KFA und die Änderungen ab 2016 bringen mich zum Schluss meiner Rede und zum Ausblick auf die kommenden Jahre. Die mittelfristige finanzielle Planung für Hessen hatte ich Ihnen bereits dargelegt. Daran kann sich aus den unterschiedlichsten Gründen – etwa sinkende Steuereinnahmen, steigende Zinsen – immer etwas ändern. Unbekannt sind bislang auch die Auswirkungen, die die Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auf der nationalen Ebene zeitigen werden. Dies betrifft zwar im Wesentlichen den Zeitraum nach 2019. Wir tun jedoch gut daran, uns auf jede dort beschlossene Änderung vorzubereiten. Deshalb glaube ich, dass wir uns auch in dieser Legislaturperiode noch mit den Auswirkungen der Ergebnisse der Reform werden auseinandersetzen müssen.

Es herrscht in den Gesprächs- und Arbeitsgruppen, um es diplomatisch zu formulieren, eine hochkomplexe Gemein- und Interessenlage. Ich will nur einige Stichworte nennen: Zukunft des Solidaritätszuschlags, Abbau der kalten Progression, Altschuldentilgungsfonds, stärkere Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat, Schuldenspielräume für die Länder, Steuerautonomie für die Länder und selbstverständlich auch der Länderfinanzausgleich.

Beinahe im Tagesrhythmus kann man neue Vorschläge in den Zeitungen der Republik lesen. Meine hellseherischen Fähigkeiten reichen derzeit nicht aus, um mir eine Lösung auszumalen, wie unter den Beteiligten eine auch nur einigermaßen konsensfähige Lösung erreichbar wäre. Ich halte es in dem Zusammenhang aber für sinnvoll, die vorliegenden Vorschläge auf deren Umsetzungswahrscheinlichkeit zu prüfen.

Mag die Aussicht auf eine Neuordnung des Bundesgebietes auch noch so charmant klingen, messe ich dieser eine Umsetzungswahrscheinlichkeit auch im Hinblick auf das gegebene Zeitfenster von unterhalb der Wahrnehmungsschwelle bei. Es liegen meines Erachtens ausreichend andere Vorschläge auf dem Tisch, die komprimiert, gewichtet und bewertet durchaus zu einem verhandelbaren Paket zusammengebunden werden könnten. Genau daran wird die Hessische Landesregierung in den kommenden Wochen engagiert und an der Sache orientiert mitarbeiten.

Meine Damen und Herren, zwei Dinge stehen aber aus hessischer Sicht nicht zur Disposition. Eine Aufweichung der Verschuldungsregeln für die Bundesländer kommt für mich nicht infrage.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hintergrund ist, dass der Bund sich auch im Rahmen der Schuldenbremse mit 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts verschulden darf – das sind präterpropter 10 Milliarden € jährlich –, die Länder jedoch einem strikten Neuverschuldungsverbot unterliegen. Auf dem Tisch liegt nun ein Vorschlag, der den Ländern Spielräume bei der Neuverschuldung eröffnet. Ich halte dies nicht nur für ein falsches Signal, sondern auch für ein vergiftetes Angebot, das die Länder noch teuer zu stehen kommen kann. Die Bürgerinnen und Bürger Hessens haben nicht mit einer Zustimmung von 70 % für die Schuldenbremse in Hessen gestimmt, damit wir uns bei der ersten sich bietenden Gelegenheit billig aus der Affäre ziehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt ist mir wichtig: Am Ende muss für das Land eine finanzielle Entlastung stehen. Wir sind solidarisch, aber tatsächlich nicht dauerhaft die Zahlmeister der Nation.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen begreifen, dass mehr Schulden nicht die Lösung, sondern die Ursache unseres Problems sind. Wir müssen endlich die notwendigen Strukturreformen angehen, um unseren Kindern und Enkeln ihre finanziellen Spielräume, ihre Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten. Wer, wenn nicht wir, die geburtenstarke Generation, soll sich dieser Aufgabe erfolgreich widmen können? Wenn wir, die wir im Moment nach allen ökonomischen Parametern sozusagen auf dem Höhepunkt unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind, es nicht schaffen, die Verschuldungsspielräume auf null zurückzuführen, wenn wir es nicht schaffen, die Schuldenbremse dauerhaft einzuhalten, ist es eine unmögliche Aufgabe, es von unseren Kindern und Enkeln, die zahlenmäßig viel weniger sind als wir, zu verlangen. Das ist eine Aufgabe, die wir der nächsten Generation niemals aufbürden dürfen. Wir müssen es schaffen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2015 gehen wir einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Wir richten auf dem Fundament der finanzpolitischen Leitlinien nach dem Grundriss des Koalitionsvertrages das erste Stockwerk. Gleichzeitig sieht die mittelfristige Finanzplanung den Plan für weitere Stockwerke vor. Der Lohn für unsere Mühen am Ende dieser Legislaturperiode wird ein ausgeglichener Haushalt als Schlussstein des Bauwerks sein – der erste Haushalt ohne neue Schulden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Prozess gemeinsam beschreiten, bei allem Streit in der Sache, bei allen Unterschieden in den Einzelheiten, aber lassen Sie uns das gemeinsame Bewusstsein, dass das die zentrale Aufgabe dieser Legislaturperiode ist, bewahren und an jeder Stelle, wo wir handeln, einen Beitrag leisten. Mein erster Beitrag zur Sparsamkeit des heutigen Tages wird es sein, dass ich meine Redezeit nicht voll ausschöpfe. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Finanzminister.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt erst einmal rein formal die Tagesordnung zu erweitern versuchen; denn noch eingegangen und, wie bereits angekündigt, auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Missbilligung der erneuten Entgleisung des Abg. Hans-Jürgen Irmer, Drucks. 19/1053. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird, wenn ich das empfehlen darf, der Dringliche Entschließungsantrag Punkt 3. Redezeit: fünf Minuten pro Fraktion – auch einverstanden?

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Dann können wir so beschließen, und damit ist die Tagesordnung erweitert. Vielen Dank.

Zur Aussprache über den Haushalt 2015 erteile ich Herrn Abg. Norbert Schmitt für die SPD-Fraktion das Wort.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Glück auf!)

Norbert Schmitt (SPD):

Danke sehr. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat mir eben „Glück auf“ gewünscht.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Das war sehr freundlich! – Manfred Pentz (CDU): Das können Sie auch gebrauchen! – Heiterkeit auf der Regierungsbank)

– Herr Kollege Pentz, das kann man immer gebrauchen. Nach der Vorstellung des Haushaltsplans und des ersten Entwurfs muss man sagen, vor allem die Landesregierung kann viel Glück gebrauchen, ob die Daten, die der Finanzminister zur Grundlage genommen hat, sich 2015 tatsächlich realisieren lassen.

(Beifall bei der SPD)

Der heute eingebrachte Haushaltsentwurf ist ein schwaches Werk von Schwarz-Grün und alles andere als kraftvoll und solide, wie Sie es eben dargestellt haben, Herr Minister. Der Haushalt ist arm an politischer Schwerpunktsetzung. Er ist arm an politischer Gestaltungskraft. Eigentlich ist er ein Dokument von schwarz-grüner Ambitionslosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was hat sich denn eigentlich nach der Auswechslung der FDP durch die GRÜNEN in der Regierung in der Haushaltspolitik geändert?

(Zurufe von der SPD)

Nahezu nichts. Schon der Nachtragshaushalt in diesem Jahr war schlicht eine Enttäuschung. Er war seltsam uninspiriert. Es mangelte ihm an Gestaltungskraft. Genau dies setzt sich mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 fort. Es ist überhaupt kein Projekt erkennbar, das spezifisch, das unverwechselbar für Schwarz-Grün steht.

Meine Damen und Herren, wo gibt es ein Projekt – unter Rot-Grün gab es solche –, wo gibt es ein schwarz-grünes Projekt, nennen Sie mir nur eines, wo Sie sagen: „Das ist typisch, dafür lohnt sich diese Zusammenarbeit; es geht den Menschen in Hessen besser, wenn das verwirklicht wird“?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Es gibt keine schwarz-grünen Projekte, die wirkliche Veränderungen anstreben, keine Projekte, die nachhaltig sind. Hinzu kommt, dass wichtige Politikbereiche unterfinanziert sind. Es gibt im Haushaltsentwurf etliche Fehlentwicklungen, unter anderem

(Zuruf von der SPD)

– den Zwischenruf nehme ich gern auf – die verordnete Nullrunde für Beamte. Die Verschuldungsgrenze wird nur ganz knapp, gerade einmal um 3 Millionen €, eingehalten. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung droht dem Haushalt die Einnahmehasis wegzubrechen. Herr Ministerpräsident, so viel zum „Glück auf“.

Man kann wirklich nur „Glück auf“ wünschen, dass die angesetzten Steuermehreinnahmen von 950 Millionen € nach LFA 2015 tatsächlich eintreten werden.

Meine Damen und Herren, schauen wir aber uns zunächst einmal die von Schwarz-Grün selbst als zentral definierten Politikbereiche an.

(Michael Boddenberg (CDU): Bingo!)

– Ich komme gleich dazu. Sie lassen sicherlich den GRÜNEN den Vortritt, Herr Kollege Boddenberg. – Ich würde gerne mit dem grünen Leib- und Magenthema Klimaschutz anfangen. Da sagen die Fakten alles. Wissen Sie, wie dazu der Haushalt aussieht?

Für die Umsetzung des Energiegipfels gibt es nicht mehr Geld, nein. Meine Damen und Herren, es gibt 5,9 Millionen € weniger. Grünes Leib- und Magenthema: 5,9 Millionen € weniger für die Umsetzung des Energiegipfels.

(Michael Siebel (SPD): Hört, hört!)

Für die Gebäudesanierung nach ökologischen Standards sind bei den Landesimmobilien allerdings 9,8 Millionen € mehr angesetzt. Das ist erfreulich. Wir fragen uns aber, ob diese Mittel tatsächlich für die ökologische Sanierung oder am Ende einfach ein nicht unerheblicher Teil davon für die ganz normale Sanierung anfallen und an dieser Stelle sogar Etikettenschwindel betrieben wird.

Selbst wenn man zu Ihren Gunsten davon ausgeht, dass diese knapp 10 Millionen € Mehrausgaben in Ordnung sind, stehen unter dem Strich gerade einmal 5 Millionen € Ausgaben mehr für den Klimaschutz als unter Schwarz-Gelb.

Meine Damen und Herren, ist das grüne Schwerpunktsetzung? Meinen Sie nicht, dass Sie sich da ein bisschen mehr anstrengen müssten?

(Beifall bei der SPD)

Gerade einmal 5 Millionen € mehr bei einem Haushalt, der Ausgaben in Höhe von 24 Milliarden € vorsieht – das ist keine bedeutsame Akzentsetzung. Das sind Peanuts, allerdings Wasabipeanuts, damit die grüne Hülle auch zum Tragen kommt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich komme, weil Sie das großartig angekündigt haben, zum Sozialbudget.

(Michael Boddenberg (CDU): Lange darüber nachgedacht!)

– Nein, das war verhältnismäßig spontan. – Ich will herausstellen, positiv ist, dass Sie wichtige sozialpolitische Bereiche absichern. Sie sagen: Ja, auch in Zukunft sollen diese in dieser Höhe abgesichert sein. – Die Zusage kann nur für diese Legislaturperiode gelten. Wir gehen davon aus, dass Sie das aufrichtig meinen. Das wird von uns auch akzeptiert. Das ist sehr gut.

Allerdings sind die neu zur Verfügung gestellten Mittel weit weg von den bei der „Operation düstere Zukunft“ gekürzten Mitteln. Das waren damals nämlich 30 Millionen €. Sie stellen jetzt – wie gesagt, Kürzung von 30 Millionen € – neu rund 7,2 Millionen € bereit. Dazu kommen einige Mittel für den Ausbildungsbereich.

Das bedeutet insgesamt aber eine Rücknahme von einem Drittel. Deswegen bleibt eigentlich nur die Feststellung: Zu

zwei Dritteln regiert Roland Koch auch unter Schwarz-Grün in Hessen weiter.

(Beifall bei der SPD)

Frisches Denken hat der Minister für Schwarz-Grün eben in seiner Haushaltsrede ausgemacht. Dieses Vorgehen klingt eher nach ganz altem Etikettenschwindel.

(Günter Rudolph (SPD): Da haben sie Übung drin!)

Ich komme zu dem Bereich Hochschulen.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir einmal gespannt!)

– Ja, da sind wir einmal gespannt. Schauen Sie bitte einmal in Ihre Koalitionsvereinbarung. Darin haben Sie nämlich gesagt, dass Sie nicht nur Bundes-, sondern auch mehr Landesmittel für die Hochschulen zur Verfügung stellen wollen. Ihr Plus bei den Hochschulen ist ausschließlich auf mehr Zuweisungen des Bundes zurückzuführen. Darin steckt überhaupt keine Landesleistung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nach unserer Auffassung ein Bruch Ihres Koalitionsvertrags. In diesem Bereich Mittel weiterzuleiten, finde ich, das ist eine Selbstverständlichkeit für eine Landesregierung und entspricht genau den Intentionen der Großen Koalition auf Bundesebene.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg (CDU) und Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass Sie dafür noch von uns gelobt werden wollen, das meinen Sie doch nicht im Ernst.

(Manfred Pentz (CDU): Ei, ei, ei!)

Ich komme auf besonderen Wunsch von Herrn Boddenberg zu dem Bereich Schule.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sie stellen heraus, dass es dort mehr Mittel für die Ganztagsbetreuung, für Inklusion und für die Lehrerzuweisung nach einem Sozialindex geben wird. Sie behaupten, dass die demografische Rendite – Rendite ist übrigens ein fürchterliches Wort für den Bildungsbereich – im System bleibe.

(Michael Boddenberg (CDU): Oh!)

– Nein, es ist kein geeignetes Wort, weil wir gerade im Bildungsbereich über Menschen reden. Wir reden auch über Erziehung. Deswegen ist es nicht angemessen.

Diese demografische Rendite bleibe im System. Auch das ist so ein interessantes Wort. Aber dem ist nicht so. Auch das ist wieder ein angelegtes Täuschungsmanöver.

Sie machen Dinge, die wir durchaus begrüßen. Das ist die Inklusion, das ist völlig klar. Da geht es auch um die Zuweisung nach Sozialindex, um die Lehrer dorthin zu bringen, wo die Probleme an den Schulen besonders stark sind.

Mit Ihrem Pakt für den Nachmittag haben wir natürlich schon Probleme. Denn am Ende sollen dieses Vorhaben wiederum die sowieso schon klammen Kommunen bezahlen.

Aber gehen wir einmal davon aus, dass die Richtung stimmt. Es soll mehr bei den Ganztagschulen und, wie ge-

sagt, bei der Inklusion gemacht werden. Aber wie soll das finanziert werden? Es soll aus der angeblichen Lehrerversorgung mit 105 % finanziert werden, die es in der Praxis überhaupt nicht gibt. An den meisten Schulen gibt es keine Lehrerzuweisung von 105 %. Vielmehr ist es viel weniger.

Sie wollen die Mittel im Kultusressort kürzen, die schulwirksam sind. Das betrifft z. B. die Schulsozialarbeit. Das betrifft z. B. das Modellprojekt SchuB, das künftig PuSch heißen soll. Damit stehen dann eben keine 105 % Lehrer mehr für die Unterrichtsabdeckung zur Verfügung.

Das Ausmaß dessen, was auf das Kultusministerium zukommen wird, zeigt doch die Liste, die Herr Minister Dr. Schäfer der Presse vorgelegt hat. Auch wir haben Kenntnis davon. Dort sind die Kürzungen für die einzelnen Ressorts aufgelistet. Danach steht fest, dass das Kultusministerium in den nächsten Jahren Ausgaben in Höhe von 25 Millionen € streichen muss. Wir sind gespannt, wie das mit der Lehrerabdeckung von 105 % zusammenpasst. Wir glauben, dass das nicht zusammenpassen wird.

Herr Kollege Boddenberg, das Stichwort lautet Bildung. Dass sich das Land aus der Schulsozialarbeit zurückziehen wird, wird sich mittel- und langfristig auch finanziell rächen. Mit der Schulsozialarbeit wird nämlich ein bedeutsamer Beitrag zum erfolgreichen Übergang zwischen Schule und Beruf, aber auch zur Gewalt- und Extremismusprävention sowie zur Integration geleistet. Eigentlich müsste der Innenminister widersprechen.

(Beifall bei der SPD)

Der Innenminister müsste sagen: Das ist falsch. Denn das wird mir und dem Justizminister an anderer Stelle Arbeit machen.

Deswegen ist das nicht intelligent. Vorher haben Sie Ihre Politik wieder einmal selbst gelobt. Aber diese Streichung bei der Schulsozialarbeit ist richtig dumm.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

Ich komme zu einem anderen Bereich, nämlich zu den Kommunen. Wenn man in den Haushaltsentwurf hineinschaut, kann man nur sagen, dass Schwarz-Grün die ruinöse Politik gegenüber den hessischen Kommunen fortführen wird. Sie wird sich sogar verschärfen.

Mit der Ankündigung des Herrn Innenminister, auch die Kommunen ohne löchrigen Knirps bis zum Jahr 2017 an die Kandare zu nehmen, verschärft die Landesregierung den Konflikt mit den Kommunen. Ich könnte Ihnen heute wieder Pressemitteilungen dazu zeigen, die berichten, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister richtig Angst vor dieser Entwicklung haben.

Weil das Land die Kommunen im Stich lässt, werden diese zu Einnahmeerhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer gepresst. Das ist so. Das ist schlicht Ergebnis dieser Politik. Es ist doch ein Treppenwitz, dass Minister Dr. Schäfer oder Ministerpräsident Bouffier gegen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes polemisieren und die Wiedereinführung der Vermögensteuer verhindern, aber die Städte und Gemeinden gleichzeitig zur Erhöhung der Grundsteuer zwingen, die insbesondere den Normalbürger betreffen.

(Beifall bei der SPD)

Das betrifft nicht denjenigen, der über hohe Einkünfte verfügt. Wenn man das einmal zusammenzählt und den

Handlungsbedarf auf der kommunalen Ebene kennt, dann muss man sagen, dass es leider eine traurige Feststellung ist, dass den hessische Bürgerinnen und Bürgern Steuererhöhungen im mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Betrag auf der kommunalen Ebene bevorstehen. Das wird so kommen.

Da reden manche von kalter Progression. Es ist eine heiße Progression, die hier vorgenommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Herr Minister hat übrigens gefeiert, dass die Knirpskommunen ihre Defizite so toll reduziert hätten, besser als andere. Schauen wir uns das einmal genau an. Wie haben sie sie reduziert? Das geschah nicht auf der Ausgabenseite. Dazu waren sie gar nicht in der Lage. Denn die Schuttschirmkommunen, wie Sie sie bezeichnen, haben schon seit Jahren versucht, die Ausgaben zu reduzieren. Das ist ihnen oft gelungen, ohne aber ihr Defizit maßgeblich reduzieren zu können.

Sie haben aber vor allem etwas auf der Einnahmenseite getan. Sie haben die Gebühren erhöht. Sie mussten die Gebühren erhöhen. Das feiern Sie. Das können Sie feiern. Aber wir finden, dass an vielen Stellen das, was den Bürgerinnen und Bürgern an Steuererhöhungen und Gebührenerhöhungen auf kommunaler Ebene zugemutet werden kann, längst überschritten ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das Vertrauensverhältnis: „Stadt und Land, Hand in Hand“ ist längst vorbei. Dieser Slogan galt einmal zu Zeiten, als Sozialdemokraten die Landesregierung gestellt haben. Diese Zeiten sind längst vorbei. Es gibt kein partnerschaftliches Verhältnis mehr zwischen Land und Kommunen. Viel eher ist es gestaltet als Herr-Knecht-Verhältnis. Der Herr sagt dem Knecht, was er zu tun hat bzw. tun soll.

Sie haben jetzt wieder zur KFA-Reform gesprochen. Diese KFA-Reform ist und bleibt ein mathematisch verbrämter Betrug an den hessischen Kommunen. Das ist und bleibt ein Betrug an den hessischen Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, Sie sagen, die Defizite bei den Kommunen würden sinken. Ich frage Sie: Was nützt es einem Ertrinkenden, wenn er anstelle von 2 m nur noch 1 m Wasser über sich hat? – Es nützt ihm nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, Sie haben kritisiert, ich würde zu der Frage der Kommunalfinanzen immer die gleiche Rede halten. Meine Damen und Herren, das müssen Sie so lange ertragen, solange Sie immer noch die gleiche kommunalfeindliche Politik machen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall der Abg. Willi van Ooyen und Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

So lange müssen die Argumente hier vorgebracht werden. Denn sie sind richtig. Die hessischen Kommunen haben in Deutschland die höchsten Defizite. Solange das so ist, muss das und wird das hier auch kritisiert werden.

Ich komme jetzt wieder auf etwas ganz Aktuelles zu sprechen. Die finanzielle Unterstützung der hessischen Kommunen für die Unterbringung der Flüchtlinge ist völlig un-

zureichend. Die Berechnungen besagen, dass die hessischen Kommunen im nächsten Jahr, also im Jahr 2015, mindestens 60 Millionen € mehr werden aufbringen müssen, als ihnen das Land zur Verfügung stellen wird. Da gibt es keine Spielräume. Das ist eine Aufgabe, die Sie den Kommunen übertragen haben. Deshalb ist nach dem Konnektivitätsgesetz völlig klar, dass Sie die gesamten Kosten ersetzen müssen. Das tun Sie aber nicht. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Land schuldet den Kommunen in den letzten Jahren allein aus diesem Vorgang 200 Millionen €. Ich kann gut verstehen, dass die Kommunen sagen: Diese 200 Millionen € wollen wir haben. – Zumindest wollen sie haben, dass ab dem Jahr 2015 ein voller Kostenersatz stattfindet. Aber dazu sind Sie entweder nicht in der Lage oder nicht willens.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe eingangs gesagt, dass wichtige Politikbereiche unterfinanziert sind. Ich will das an ein paar Beispielen erläutern. Ich fange gern mit dem Straßenbau an. Denn ich glaube, beim Straßenbau ist es für jeden sichtbar, wie stark unterfinanziert er ist und wie stark die Problemlagen sind.

Der Investitionsbedarf beträgt für die hessischen Bundes- und Landesstraßen 4 Milliarden €. Diese Aussage des Gutachtens, das es dazu gibt, wird, soweit ich weiß, von niemandem bestritten.

Die GRÜNEN und die CDU wollen aber für den Landesstraßenbau im Jahr 2015 lediglich 130 Millionen € zur Verfügung stellen. Das werden übrigens 3,5 Millionen € weniger sein, als noch im Nachtragshaushalt für das Jahr 2014 dafür vorgesehen waren. Da haben Sie also sogar noch zurückgefahren.

Der Stellenabbau bei Hessen Mobil passt in dieses Bild. Denn entweder müssen die Leistungen dann bei Privaten eingekauft werden, oder die Straßenpflege wird sich weiterhin verschlechtern. Meine Damen und Herren, das ist doch die Konsequenz aus dem Stellenabbau bei Hessen Mobil. Es ist und bleibt für die CDU peinlich, dass sie nur so völlig unzureichende Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellt.

Die GRÜNEN müssen gar keine Streichlisten für Neubauten vorlegen, denn es ist gar kein Geld mehr da. Infolge von zu geringen Sanierungsmitteln wird jetzt wahrscheinlich bald auf einigen Landesstraßen und Brücken Tempo 30 als Spitzengeschwindigkeit eingeführt.

(Vizepräsidentin Heike Habermann übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren von der CDU, das lassen Sie sich bieten? Das ist ein ziemlich trauriger Aspekt einer schwarz-grünen Regierung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Dächte man jetzt, dafür gibt es mehr Mittel für das grüne Leib-und-Magen-Thema, für den ÖPNV, dann würde man enttäuscht: Kein Euro eigener Landesmittel für den ÖPNV, sondern auch hier werden nur Bundes- oder kommunale Mittel eingesetzt, kein einziger eigener Euro.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, das ist ein trauriges Bild.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Damit komme ich zurück zu der Frage: Was bringt eigentlich Schwarz-Grün? Wo ist eigentlich das schwarz-grüne Projekt? Anscheinend besteht es darin, dass man sich von beiden Seiten her auf dem niedrigsten Niveau geeinigt hat. Das scheint beim Straßenbau so zu sein und ebenso beim ÖPNV.

Der Minister hat es dargestellt: Insgesamt verringern sich die Investitionen um 60 Millionen € – und das in einer Situation, in einer Zeit, in der es einen erheblichen Investitionsstau gibt, sowohl auf der kommunalen Ebene – das ist völlig klar – wie auch auf Landesebene. Wir halten diese Kürzungen für falsch. In Zukunft werden sie teuer zu bezahlen sein.

Ich komme zu den finanzpolitischen Rahmendaten. Dazu muss man sagen: Bisher hatte der Finanzminister schlicht Massel. Die Zahlungen für den Länderfinanzausgleich verringern sich um 100 Millionen €, die Zinsausgaben reduzieren sich um 50 Millionen €, und die Steuereinnahmen steigen – nach der Zahlung in den Länderfinanzausgleich – um 950 Millionen €. Das ist eine fast unglaubliche Summe: Steigerung der Steuereinnahmen nach Abführung in den Länderfinanzausgleich um 950 Millionen €.

(Günter Rudolph (SPD): Das wird nicht bestritten, kein Widerspruch!)

Ob allerdings diese Steuermehreinnahmen tatsächlich so kommen werden, bleibt mehr als fraglich. Diesem Haushaltsansatz liegen die Zahlen vom Mai zugrunde. Damals gingen die Steuerschätzer noch von einem Wachstum von 2,0 % aus. Mittlerweile musste die Bundesregierung die Wachstumszahlen auf 1,3 % zurückschrauben. Die Steuerschätzer sitzen heute zusammen. Wir können jetzt lange darüber diskutieren und streiten, möglicherweise auch wetten, welche Steuereinnahmen zu erwarten sind – aber am Donnerstag werden wir alle klüger sein.

Ich muss Ihnen aber sagen: Wir erwarten schon – und ich fordere Sie auch dazu auf –, dass Sie es uns schon heute sagen, wenn Sie Erkenntnisse dazu haben, dass nach den gerade jetzt stattfindenden neuen Steuerschätzungen und aufgrund des aktuellen Konjunkturverlaufs die Steuereinnahmen für das Jahr 2015 erheblich einbrechen werden. Einen dreistelligen Millionenbetrag halten wir schon für erheblich. Das gehört zur Wahrheit und zur Ehrlichkeit dazu.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt!)

Aus unserer Sicht wären nämlich solche Entwicklungen ebenfalls in den Haushaltsplan einzustellen, und das hätte sicherlich Folgen für die Beratung dieses Etats. Im Falle von Steuerausfällen stellt sich die Frage, ob nicht der Finanzminister zu sofortigem Handeln verpflichtet ist, zumal bei einem Haushaltsentwurf – ich habe das eingangs benannt –, bei dem nur ein Pufferchen von 3 Millionen € bis zur Verschuldungsgrenze besteht. Schon jetzt ist klar, dass dieses Pölsterchen ohne Gegensteuern schnell weg sein wird.

Meine Damen und Herren, wie blauäugig man an diese Entwicklung herangeht, ist aus dem Finanzplan ersichtlich. Er wurde am 13. Oktober beschlossen und ist mehr als blauäugig. Drei Tage vor dem Kabinettsbeschluss hatten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute eine deutliche Korrektur bei der Prognose für das Wirtschaftswachstum vorgenommen. Zwar haben Sie einige Risiken be-

nannt, aber in der Schlussfolgerung heißt es in dem am 13. Oktober beschlossenen Finanzplan:

Aus heutiger Sicht dürfte das tatsächliche Wirtschaftswachstum den Wert der Frühjahrsprojektion daher lediglich moderat unterschreiten.

Meine Damen und Herren, jetzt sieht das natürlich ganz anders aus. Ich befürchte, so blauäugig, wie das aufgeschrieben wurde, werden am Ende auch die Haushaltszahlen sein.

Ich komme zum Finanzplan zurück. Dort wird erläutert, ob und inwieweit die geplante Nettoneuverschuldung von der neuen Verschuldungsgrenze entfernt ist. Sie haben gesagt, ein Sicherheitsabstand sei gewahrt. Schauen wir uns also diesen Sicherheitsabstand einmal näher an.

Im nächsten Jahr beträgt er 3 Millionen €, im Jahr 2016 beträgt er 13 Millionen € und im Jahr 2017 116 Millionen €. Ein Windhauch bei der Konjunktur – eigentlich hat der schon eingesetzt – wird diese Zahlen völlig durcheinanderhauen. Das prophezeie ich Ihnen schon jetzt. Sie werden keinen Sicherheitsabstand mehr haben. 3 Millionen € oder im Jahr 2016 13 Millionen €, das ist wie eine Fahrt mit Tempo 200 und einem 3-m-Abstand zum Vordermann. Das wird schiefgehen. Eine kleine Unvorhersehbarkeit – und schon wird es knallen.

Deshalb ist der Finanzplan auf der Grundlage der neuen Steuerschätzung zu überarbeiten. Meine Damen und Herren, er kann schnell Makulatur sein. Schneller, als er gedruckt worden ist, kann dieser Finanzplan Altpapier sein.

Herr Finanzminister, in Ihrer Rede haben Sie oft die Metapher vom Fundament, Grundriss und ersten Stockwerk bemüht. Da fällt einem natürlich der Neubau des Finanzministeriums ein – das war eher ein Schlag ins Wasser.

(Heiterkeit des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Mit viel Aufwand musste das neu gegründet werden und war nicht ganz billig. Gut, das musste nicht das Land tragen, sondern andere, aber dennoch war der Aufwand nicht ohne. Ich befürchte, angesichts der aktuellen konjunkturellen Entwicklung kann das gleiche Schicksal auch diesem Finanzplan drohen.

Herr Minister, eben haben Sie betont, unsere Behauptung sei falsch, die Landesregierung würde gar nicht selbst sparen, sondern von den guten Einnahmen profitieren. Zwar ist unsere Kritik verkürzt dargestellt – Sie haben auch bei der Redezeit gekürzt –, aber im Kern ist diese Darstellung richtig.

Sie benennen Ihren Sparbeitrag mit 12 Millionen € durch Stellenstreichungen – 270 gestrichene Stellen mal einer Bepreisung von, wie Sie sagten, 45.000 €. Dazu kommen insgesamt 50 Millionen € Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen, den sächlichen Verwaltungsausgaben und den Investitionen. Das macht einen Betrag von 62 Millionen € aus. Diesen Betrag haben Sie an Kürzungen ausgemacht.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich über diese 62 Millionen € an Kürzungen freuen und sagen, das sei ein wesentlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung – und Sie würden nicht von der Einnahmeseite profitieren –, dann wollen wir doch einmal die Blöcke einander gegenüberstellen: 950 Millionen € an Steuermehreinnahmen – Ihr Sparbeitrag 62 Millionen €. Angesichts dieser Dimensionen finde ich unsere Behauptung, dass Sie vor allem

von den Steuermehreinnahmen profitieren, wirklich nicht falsch, sondern, ganz im Gegenteil, völlig richtig.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Argumentationslinie ist auch sehr durchsichtig. In keinem Punkt Ihrer Rede haben Sie einmal die riesige Dimension der Steuermehreinnahmen genannt. In Ihrer Rede haben Sie das wunderschön umschrieben:

Auf der Einnahmeseite gehen wir momentan von einer moderat positiven Entwicklung aus.

Meine Damen und Herren, das ist wirklich eine Verniedlichung. So vertuscht man die eigentliche Ursache dafür, dass Sie – zum Glück – endlich die gesetzliche Vorgabe einhalten können und die Nettoneuverschuldung gesenkt werden kann.

Meine Damen und Herren, seltsam bei dieser Rede des Ministers war, dass er die Einsparungen durch die Nullrunde für die 95.000 Beamtinnen und Beamte nicht beziffert hat. Er hat sie nicht beziffert. In diesem Bereich waren Sie verhältnismäßig schmallippig. Auch zu den Plänen, bei der Beihilfe 20 Millionen € einzusparen, waren die Äußerungen des Herrn Ministers doch sehr zurückhaltend. Wir hätten schon einmal gerne gewusst, was Sie an dieser Stelle vorhaben.

Auch wir wissen natürlich, dass der größte Ausgabenblock die Ausgaben beim Personal sind. Aber: Stichwort Nullrunde. Herr Minister, es gibt nicht nur Beamte, die eine B-Besoldung haben. Es gibt auch nicht nur Regierungsberräte. In Ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich, in der Steuerverwaltung, gibt es z. B. 250 Mitarbeiter mit A 6, 330 Steuerobersekretäre mit A 7 und jeweils rund 1.000 Mitarbeiter in den Besoldungsgruppen A 8 oder A 9. Meine Damen und Herren, diese Beschäftigten von der Besoldungsentwicklung abzukoppeln, ist schlicht falsch.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, mit wie viel Geld jemand z. B. mit A 8 über die Runden kommen muss? Mit 2.500 € im Monat brutto. Von diesem Betrag gehen natürlich die Steuer und die Krankenversicherung ab; manche haben auch noch Miete zu zahlen. Herr Minister, diese in Ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich Beschäftigten koppeln Sie von der Besoldungsentwicklung ab. Das ist im höchsten Maße unfair.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch deswegen unfair, weil diese Beamten schon heute mehr Wochenarbeitszeit leisten. Das führt zu Frustration, und das erstickt auch die Motivation der Betroffenen. Das ist doch völlig klar.

Die CDU hat mit der „Operation düstere Zukunft“ für die Beamten Mehrarbeit eingeführt. Schwarz-Grün toppt diese Fehlentwicklung, indem die Beamten jetzt auch noch eine Nullrunde fahren sollen. Gestern haben die Lehrgewerkschaft GEW und die Gewerkschaft der Polizei, die GdP, Proteste bis hin zu Streiks angekündigt. Aus unseren Kontakten zum Beamtenbund, zur Steuer-Gewerkschaft und zu anderen wissen wir, dass schwere Konflikte zwischen der Arbeitnehmerseite und der Landesregierung drohen.

Jetzt richte ich meine Worte insbesondere an Sie von der CDU-Fraktion. Sie haben den Beamten in Hessen vor der Wahl versprochen, dass es für sie keine weiteren Sonderopfer geben werde.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist diese Politik nach Gutsherrenart auch noch ein eklatanter Wortbruch.

(Michael Boddenberg (CDU): Den Wortbruch haben Sie für sich gepachtet! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir werden Ihnen Ihre Äußerungen – genug davon sind veröffentlicht – immer wieder vorhalten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Herr Boddenberg, die hessischen Beamten haben eine höhere Wochenarbeitszeit zu leisten, sie haben jetzt mit einem verstärkten Stellenabbau zu kämpfen, und sie haben Kürzungen bei der Beihilfe zu ertragen; Sie wollen hier 20 Millionen € einsparen. Den Beamten jetzt auch noch eine Nullrunde zu verordnen, ist inakzeptabel. Das ist außerdem ungerecht. Wir haben eher das Gefühl, dass sich für Sie von den Regierungsfractionen die Frage der Gerechtigkeit nur in Selbstgerechtigkeit ausdrückt. Das war doch auch der Tenor Ihres Beitrags an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Die geplanten Maßnahmen bergen Sprengstoff für den Landesdienst. Die angekündigten Streiks machen doch den Unmut der Beamten deutlich. Herr Kultusminister, wenn sich das bewahrheitet, was angekündigt worden ist, wird auch Ihr Schulfriede durch diese Maßnahmen in die Luft gesprengt; denn es drohen harte Auseinandersetzungen, gerade an den Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Sie fragen immer, welche Alternativen wir anzubieten haben. Sie kennen unser Modell. Ich will jetzt nicht ausführen, woher Sie es kennen. Aber Sie kennen es. Unsere Modelle unterscheiden sich schon methodisch. Wir sagen: Wir halten es für erforderlich, dass die Gewerkschaften über einen Beschäftigungspakt eingebunden werden und dass mit ihnen im Rahmen des Beschäftigungspaktes über die Arbeitszeit, die Stellenentwicklung und die Lohnentwicklung gesprochen wird. Aber an allen drei Stellschrauben zulasten der Beschäftigten gleichzeitig zu drehen und dazu auch noch bei der Beihilfe zu kürzen, das ist einfach miserable Politik.

(Beifall bei der SPD)

Sie fordern uns immer auf, Alternativen zu nennen. Ich will gern einige nennen. Bauen Sie endlich den Überhang in den Ministerien ab.

(Beifall bei der SPD)

Bauen Sie endlich den Überhang bei der politischen Führung in Hessen ab. Sparen Sie endlich bei den Ministerien ein. Unstreitig ist, dass die Ausgaben für die politische Führung in Hessen um 190 Millionen € über dem Durchschnitt der diesbezüglichen Ausgaben in den Flächenländern liegen. In Hessen wird hier aber nicht gespart. Anscheinend soll deswegen die Besoldung der Beamten eingefroren werden. Es ist wie immer: Die Indianer sollen bluten, und die Häuptlinge sollen davonkommen. Das ist nicht unsere Politik, sondern Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD)

Das Wirtschaftsministerium hat es geschafft, im Rahmen des Abbaukonzepts eine Stelle zu streichen, aber 21 Stellen im nachgeordneten Bereich zu streichen – vor allem bei Hessen Mobil; über die Auswirkungen dieser Maßnahme

habe ich schon etwas gesagt. Ich finde, umgekehrt wäre es besser gewesen: 21 Stellen im Ministerium zu streichen und eine Stelle bei Hessen Mobil. Das wäre auch möglich.

(Beifall bei der SPD)

Schwarz-Grün hat es sogar geschafft, im Justizministerium den Stellenplan um eine halbe Stelle aufzustocken und 122,5 Stellen im nachgeordneten Bereich abzubauen. So sind die Verhältnisse.

In der Staatskanzlei wollen Sie eine A-14-Beamtenstelle und eine Stelle im mittleren Tarifbereich streichen, obwohl die Staatskanzlei völlig überbesetzt ist. Auch da könnte man in diesem Jahr einen zehnfach größeren Stellenabbau realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Gehen Sie endlich an die Ministerien, an die Verwaltung der politischen Führung heran. Hier können Sie innerhalb von drei oder vier Jahren 190 Millionen € sparen.

Ich möchte einen einzelnen Aspekt Ihrer Rede ansprechen, nämlich Ihre steuerpolitischen Initiativen. Herr Minister, hier unterstützen wir Sie. Wir haben bei den Abschreibungen möglicherweise eine andere Auffassung, aber die steuerpolitischen Initiativen sind aus unserer Sicht so weit okay. Wenn Sie aber auf einmal Steuerschlupflöcher bekämpfen wollen und von Steuerflucht reden: Wer wollte denn über Monate, ja Jahre hinweg dem Steuerabkommen mit der Schweiz die Absolution erteilen? Das waren Sie, Herr Minister, und Herr Ministerpräsident Bouffier. Sie haben über Monate, über Jahre hinweg gesagt, wir sollten das Steuerabkommen mit der Schweiz unbedingt unterschreiben. Wissen Sie, was die Folge gewesen wäre? Das Steuerabkommen zwischen 50 Staaten, das vergangene Woche zustande gekommen ist, wäre niemals in Kraft getreten, weil sich jeder einzelne dieser 50 Staaten darauf berufen hätte, dass Deutschland ja ein Steuerabkommen mit der Schweiz geschlossen hat, wodurch diejenigen, die Steuern ins Ausland verbracht haben, weiterhin anonym bleiben können. Genau das wäre der „Erfolg“ Ihrer Politik gewesen. Das hätte dazu geführt, dass auf internationaler Ebene ein solches Abkommen nicht zustande gekommen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt es so, dass das Bankgeheimnis endlich fällt. Österreich und die Schweiz werden sich im nächsten Jahr diesem Abkommen anschließen. Das hat nichts mit Ihrer Politik zu tun, sondern damit, dass die Öffentlichkeit gegen dieses Steuerabkommen mit der Schweiz aufbegehrt hat und dass die SPD und auch die GRÜNEN auf der Bundesebene das immer wieder thematisiert und im Bundesrat blockiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Das hat also nichts mit Ihrer Politik zu tun. Hätte man Sie gewähren lassen, wäre dieses Abkommen überhaupt nicht zustande gekommen. Vielleicht ist der Gesetzentwurf, der jetzt eingebracht worden ist, ein Zeichen tätiger Reue des Ministers. Schön wäre es.

Ich fasse zusammen: Schwarz-Grün setzt mit diesem Haushaltsentwurf keine besonderen Impulse. Schwarz-Grün ist eher ambitionslos. Die GRÜNEN und die CDU freuen sich, dass sie zusammen regieren. Das war es aber schon. Mit diesem Haushaltsentwurf werden jedenfalls weder die Probleme Hessens auch nur ansatzweise gelöst, noch wird die Zukunft Hessens erfolgreich gestaltet.

Ich wünsche uns anregende Beratungen in den nächsten Wochen und Monaten. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willy van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster hat Kollege Kaufmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“ lautet der Titel des Koalitionsvertrags. Dieser Leitgedanke definiert damit zugleich den schwarz-grünen Kurs der Koalition aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den wir für die laufende 19. Legislaturperiode des Hessischen Landtags verabredet haben. „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“ könnte auch über dem heute vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 stehen, wenn es denn üblich wäre, Haushalte unter eine formulierte Devise zu stellen. Vielleicht sollten wir dies in Zukunft tun und diese Devise als Oberziel des gesamten Regierungshandelns im Sinn der neuen Verwaltungssteuerung definieren. Damit könnten wir sie in der Systematik des Haushaltskonzepts ausweisen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Der Haushaltsentwurf für 2015 ist jedenfalls der erste Jahresetat, der unter den genannten Leitgedanken konzipiert und formuliert ist; der Nachtragshaushalt 2014, den wir im Juli verabschiedet haben, enthielt im Wesentlichen lediglich die aufgrund der Regierungsneubildung notwendigen Veränderungen. Mit dem Haushaltsentwurf 2015 sollen nunmehr die wesentlichen Fragen nach Profil und Schwerpunkten der Regierungspolitik von Schwarz-Grün gegenüber allen politisch Interessierten beantwortet werden. Das werden sie auch. Schließlich definiert der Haushalt den Handlungsrahmen der gesamten Politik für das kommende Jahr und zusammen mit dem Finanzplan auch die dazugehörigen Perspektiven für die Dauer der Legislaturperiode.

Wie Sie wissen sollten, steht für die Koalition aus CDU und GRÜNEN ausweislich des Koalitionsvertrages die Aufgabe, in Verantwortung für alle Generationen eine nachhaltige Haushaltspolitik zu betreiben, an erster Stelle. Wir bekennen uns zur Schuldenbremse, wie sie uns die Hessische Verfassung aufgibt und wie sie von 70 % der hessischen Wählerinnen und Wähler bei der Volksabstimmung unterstützt wurde. Damals war dies ein gemeinsames Projekt, das Regierungs- und Oppositionsfraktionen weitgehend einte und für das wir gemeinsam geworben haben. Ich betone das an dieser Stelle, weil ich nach der soeben gehörten Rede des Kollegen Schmitt nicht mehr so sicher bin, ob das heute in gleicher Weise auch noch für die SPD gilt. Doch dazu später.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Was DIE LINKE angeht: Sie war bekanntlich noch nie für verantwortliches Wirtschaften und demgemäß auch stets gegen die Schuldenbremse.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Verehrter Kollege van Ooyen, Begriffe wie Generationengerechtigkeit oder Nachhaltigkeit sind Ihnen offensichtlich völlig fremd. Deswegen ist eine haushaltswirtschaftliche Debatte mit der LINKEN eigentlich müßig und eher nur Zeitverschwendung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will es nochmals unterstreichen: Nachhaltigkeit als grünes Prinzip wurde von uns schon immer auch und gerade in der Finanzwirtschaft eingefordert, weil sie die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen einschließt. Nicht zulasten anderer, sondern in freier Eigenverantwortung sollen – ja, müssen – die politischen Entscheidungen und in ihrer Folge auch die finanzwirtschaftlichen Entscheidungen getroffen werden. Das bedeutet, dass die Folgen solcher Entscheidungen auch uns selbst treffen und sie damit aktuell finanziert werden müssen und dass wir heute nicht andere dazu verpflichten dürfen, sie zu tragen – kurz gesagt: Wer bestellt, darf nicht die Zeche prellen, sondern muss selbst bezahlen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir alle wissen, dass das Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens und damit die generationengerechte Haushaltswirtschaft seit vielen Jahren nicht die Grundlage der Finanzpolitik des Landes war – übrigens auch nicht der Finanzpolitik fast aller öffentlicher Hände allerorten –, sondern dass vielmehr die Neuverschuldung in erheblichem Umfang als eine sehr probate Finanzierungsquelle diente.

Durch die kamerale Haushaltswirtschaft, die sich im Wesentlichen lediglich um den Cashflow innerhalb des Jahres kümmert, konnte der anwachsende Schuldenberg schnell und gern vergessen werden – zumal das stetig fallende Zinsniveau die Folgen des Schuldenwachstums faktisch unsichtbar machte. Obwohl der Schuldenberg immer weiter wuchs, wurde seine Wahrnehmung im Haushaltsplan immer schwieriger. Er verursachte nämlich immer niedrigere Zinskosten, obwohl die Schulden insgesamt immer weiter stiegen – ein Phänomen, welches übrigens bis heute anhält.

Schauen Sie es sich an: Lagen die Zinssätze für zehnjährige Anleihen im Jahr 2000 noch bei 6 %, so waren sie zehn Jahre später auf rund 3 % gesunken und liegen aktuell deutlich unter 2 %. Stellen Sie sich einmal vor, wie unser Jahresetat durch Zinsausgaben im Jahr 2015 ohne diese Entwicklung belastet wäre. Statt 1,1 Milliarden € müssten wir den mehr als doppelten Betrag, nämlich rund 2,6 Milliarden €, für Zinsausgaben kalkulieren. Das sind mehr als 1,5 Milliarden €, die einfach weg wären, für die es keinerlei Leistungen mehr gäbe, weil das Geld längst ausgegeben wurde; für Zinszahlungen kann man sich bekanntlich nichts Neues kaufen.

Ich will einen weiteren finanzwirtschaftlichen Aspekt ansprechen: Wir haben jüngst eine durchaus intensive Debatte in den Medien über die Verschuldungssituation des Landes erlebt. Der Auslöser dafür war die öffentliche Vorstellung des Geschäftsberichts 2013 durch den Finanzminister. Daraufhin wurde manch missverständlicher Zeitungsbericht formuliert, der durch seine Irrtümer aber dankenswerterweise letztlich deutlich machte, wie wichtig und richtig die Einführung der Doppik in der hessischen Haushaltswirtschaft war und ist.

Warum sage ich das? Nur mit der doppelten Buchführung und einer Bilanz nach handelsrechtlichen Vorschriften können wir die Vermögenslage des Landes für die Gegenwart und die Zukunft sachgerecht einschätzen. Nur dort werden nämlich die Vermögensbestände einerseits und Eigenkapital, Verbindlichkeiten und Rückstellungen andererseits umfassend dargelegt. Es kann schon einmal vorkommen, dass ein Journalist die Begriffe „Verbindlichkeiten“ und „Rückstellungen“ verwechselt oder ein Oppositionspolitiker Kulturgüter und Sammlungen nicht als Vermögenswerte anerkennen will. Solche Aussagen zeigen aber in meinen Augen, dass wir beginnen, uns in der Haushaltswirtschaft endlich auch stärker über Bestandswerte und nicht nur – in Treue zur gewohnten Kameralistik – über den Cashflow Gedanken zu machen. Und das ist gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist nämlich sehr zu begrüßen, dass immer mehr Akteure in der Doppik ankommen. Eine genauere Betrachtung der vorhandenen Substanz, der materiellen Grundlagen und ihrer Werte, ist schließlich ein ganz wichtiger Schritt zu ihrer Erhaltung. Damit rücken wir unserem Ziel des nachhaltigen Handelns in der Haushaltswirtschaft näher und verringern letztlich unseren Abstand zu einer wirklich nachhaltigen Politikgestaltung insgesamt.

Wenn wir schließlich noch die Wechselwirkungen zwischen Ergebnisrechnung und Vermögensrechnung beachten und Entscheidungen nicht nur in der Finanzwirtschaft umfassend – auch im Hinblick auf ihre Folgen für die Vermögenslage des Landes – prüfen und erst danach treffen, haben wir einen qualitativen Sprung zur nachhaltigen Haushaltswirtschaft hin tatsächlich geschafft.

Als bemerkenswertes Beispiel möchte ich hier das Thema Besoldungserhöhung ansprechen; Kollege Schmitt sprach ja in einem anderen Zusammenhang davon. Eine Erhöhung der Bezüge um 1 % bedeutet im jährlichen Cashflow, also kameral betrachtet, rund 70 Millionen € an Mehrausgaben. Für die Pensionsrückstellungen ergibt sich hieraus aber eine siebenfach größere Erhöhung von rund 490 Millionen €. Das macht zum einen die finanzielle Folgewirkung einer solchen Entscheidung klar, zeigt zum anderen aber auch, verehrter Kollege Schmitt, dass ein in der Bilanz ausgewiesener gestiegener Rückstellungsbedarf noch lange nichts mit politischen Fehlentscheidungen zu tun haben muss, wie von der Opposition – in dem Fall von Ihrem Geschäftsführer – kürzlich kritisiert wurde.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Ausführungen unterstreichen sehr deutlich die unbestreitbare Notwendigkeit, die jährliche Neuverschuldung zu beenden und perspektivisch den entstandenen Schuldenberg wenigstens ein Stück weit abzutragen. Genau dies geschieht durch unsere schwarz-grüne Haushaltspolitik. Der Finanzminister hat es Ihnen schon eindrücklich dargestellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ab dem Haushaltsjahr 2015 wird die Nettokreditaufnahme um ein Fünftel des Betrags von 2014 gekürzt. Das sind rund 230 Millionen €. Das ist genau der Wert, den uns das Gesetz zur Ausführung von Art. 141 der Verfassung des Landes Hessen, insbesondere der dortige § 11, vorgibt. Diesen halten wir im kommenden Jahr selbstverständlich ein und werden wir auch in den Folgejahren einhalten.

Daran erkennen Sie unseren klaren Kurs einer echten Haushaltskonsolidierung.

Aber damit bin ich mit meinem finanzwirtschaftlichen Teil der Rede beim Finanzplan angelangt, der mit zur Beratung aufgerufen ist. Wer sich die Mühe macht, in dieses Zahlenwerk ein bisschen genauer hineinzuschauen, und sich die Erläuterungen anschaut, wird schnell bestätigt finden, wie ernst es die Koalition mit dem Abbau der Neuverschuldung meint. Selbstverständlich wurde für das Jahr 2015 – ich sagte es gerade – als Schuldengrenze, als obere Grenze für eine Nettokreditaufnahme, nicht der Wert der Finanzplanung von 2013 beibehalten, sondern der niedrigere Wert, der sich aus dem zitierten Gesetz ergibt.

Das heißt umgekehrt aber nicht – deswegen betone ich das –, dass in den kommenden Jahren immer der im Gesetz genannte Wert angestrebt wird. Das Gesetz wird natürlich stabil eingehalten, aber wir wollen den geplanten Abbaupfad für die Neuverschuldung schneller gegen null führen und ihn bereits zum Ende dieser Wahlperiode, also für das Jahr 2019, auf eine ehrliche Null gebracht haben. Das tun wir übrigens unabhängig von der in der Sache völlig unzutreffenden Kritik, die der Kollege Schmitt soeben genau zu diesem Abbaupfad vorgetragen hat. Die Zahlen des Finanzplans hinterlegen das eindrucklich.

Meine Damen und Herren, vielleicht haben Sie noch nicht alle bemerkt – jedenfalls bei der Opposition scheint es so zu sein –, dass der Finanzplan dieser Regierung den früheren Zahlenwerken und dem ihm damals gegebenen Untertitel eines „Märchenbuchs“ überhaupt nicht mehr entspricht, sondern dass die zukünftige Entwicklung im Gegenteil sehr sorgfältig und risikobewusst eingeschätzt und geplant wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

An einem Punkt können Sie dies exemplarisch nachvollziehen. In der Übersicht 8, der Darstellung der Einnahmen und Ausgaben 2014 bis 2018 nach Arten – das ist entsprechend dem Schema des Stabilitätsrats dargestellt –, finden Sie unter der Gruppierungsnummer 97 die bei Haushaltern so besonders beliebten globalen Mehr- bzw. Minderausgaben.

(Norbert Schmitt (SPD): Eher ein Minus!)

Dort waren in der Vergangenheit immer wieder, spätestens ab dem zweiten Jahr der Planungsperiode, Beträge mit negativem Vorzeichen zu finden. So auch im Plan vom letzten Jahr.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das bedeutete, dass die geplante Summe aller Ausgaben schlicht zu groß war, um mit der Summe aller Einnahmen – wohlgemerkt: einschließlich der Neuverschuldung – in Übereinstimmung gebracht werden zu können. Dann nahm man einen Abzug der globalen Minderausgaben vor. Mit dem Minuszeichen vor der jeweiligen Zahl wurde also das Prinzip „die Hoffnung stirbt zuletzt“ in die Berechnung des Finanzplans einbezogen, ganz nach dem Motto: „Wir wissen zwar nicht, wie und wo, aber irgendeine Möglichkeit, weniger Geld auszugeben, wird sich doch wohl finden lassen“. Das entspricht im Wesentlichen der Rede des Kollegen Schmitt, die wir gerade gehört haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Ach!)

Dies könnte man jetzt auch als plankonforme Wiedergabe des gern erinnerten Satzes betrachten: „Das Geheimnis des Sparens liegt im Verzichthalten“. Oder man könnte das Ganze als eine Vorabveranschlagung einer Haushaltssperre bezeichnen. Jedenfalls dokumentierte dieses Prinzip die Realitätsferne der damaligen Finanzplanung. Sie war eben echt märchenhaft.

Meine Damen und Herren, jetzt schauen Sie doch bitte in die aktuelle Drucksache, in den Finanzplan 2014 bis 2018. Auf Seite 65 finden Sie unter der Gruppierungsnummer 97 für die Jahre 2016 ff. Beträge, die sich auf insgesamt 520 Millionen € summieren.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Was Sie allerdings nicht finden – Herr Kollege Schmitt –, ist das berüchtigte Minuszeichen. Es handelt sich folglich um die Planung möglicher Mehrausgaben, also um eine echte Risikovorsorge, und nicht um eine „Quantifizierung der Ratlosigkeit“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

In diesem Falle macht das Vorzeichen den Unterschied. An diesem Punkt erkennen Sie exemplarisch den Paradigmenwechsel in unserer Finanzplanung.

Ich fasse den finanzwirtschaftlichen Teil wie folgt zusammen:

Erstens. Wir haben eine konsequente Orientierung der Finanzpolitik an der Schuldenbremse.

Zweitens. Wir setzen die im Koalitionsvertrag angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen konsequent um.

Drittens. Wir orientieren die Finanzplanung mit Sorgfalt an den erwartbaren Entwicklungen und ihren Risiken und fokussieren sie auf eine Absicherung der Konsolidierungsziele.

In einer finanzpolitischen Debatte, wie wir sie in der ersten Lesung des Haushaltsplanentwurfs traditionell führen, sollten diese Punkte eigentlich, zumindest unter den Haushaltern, Konsens sein. Sie sind es offensichtlich aber leider nicht, wie wir bereits vom Kollegen Schmitt gehört haben und wahrscheinlich vom Kollegen der FDP – ich vermute, der haushaltspolitische Sprecher, Herr Kollege Hahn, wird sprechen – noch hören werden. Von ihm kennen wir bislang nur seine schriftlichen Presseerklärungen.

Meine Damen und Herren, nach diesen öffentlichen Äußerungen – das sage ich ganz offen – bin ich ein bisschen verunsichert. Beide Kollegen haben die Inhalte des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs und den aktuellen Finanzplan erkennbar überhaupt nicht verstanden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Das mag Vorsatz aus politischen Gründen sein oder auch ganz andere Gründe haben, jedenfalls fallen eine inhaltliche Auseinandersetzung und ein sachbezogener Streit um die beste Alternative unter diesen Voraussetzungen nicht ganz leicht. Man weiß nämlich nicht, an welcher Stelle man ansetzen muss und was man wie und noch einmal von Anfang an erklären müsste, damit es denn verstanden wird.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Kaufmann, ist das nicht ein wenig arrogant?)

Herr Kollege Schmitt hat den Haushaltsentwurf schon am 8. Oktober als „politisches Armutzeugnis der schwarzen

grünen Landesregierung“ bezeichnet und gleichzeitig Mehrausgaben sowie Einsparungen gefordert. Gestern hat der Kollege Schmitt aufgrund der öffentlichen Äußerungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds Steuererhöhungen gefordert. Dabei hat er aber ganz offensichtlich vergessen, dass er dort, wo die Steuererhöhungen beschlossen werden müssten, nämlich in Berlin, mitregiert, nicht er persönlich, aber seine Partei, und dass davon in der Koalitionsvereinbarung für die Berliner Politik nichts zu finden ist. Das heißt, dass sich in diese Richtung nichts bewegt. Das hindert ihn aber gar nicht daran, dies in Wiesbaden lautstark zu fordern.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

In der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene steht – ich zitiere –:

Das Steuerrecht muss in seiner konkreten Ausgestaltung den Anforderungen und Ausprägungen unserer modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt gerecht werden.

Wer wollte diesem Satz widersprechen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Nur, Herr Kollege Schmitt, dann tun Sie doch etwas. Dann engagieren Sie sich doch. Dann tragen Sie es doch dort vor, wo die Steuern festgesetzt werden. All die Punkte, die Sie genannt haben, gehören auf die Berliner Diskussions-ebene. Aber was passiert stattdessen? Hier wird gefordert, die schwarz-grüne Landesregierung und der Ministerpräsident sollen für den Kollegen Schmitt die Kastanien aus dem Feuer holen. Ich meine, das ist ein netter Auftrag. Ich glaube aber nicht – jetzt ist er zwar nicht mehr hier –,

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er holt schon die Kastanien!)

dass dies eine politisch erfolgreiche Forderung ist. Herr Kollege Schmitt, da würde ich doch meinen, man sollte es selbst machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, Ihnen müsste im Übrigen doch selbst auffallen, dass da irgendetwas nicht stimmen kann. Wenn ich mehr Geld für Kommunen, für Hochschulen, für den Straßenbau, für das Sozialbudget, für eine Besoldungserhöhung und vieles andere mehr ausgeben will – das kann man machen –, dann muss ich aber doch zumindest eine Idee, einen Vorschlag, formulieren, woher das Geld kommen soll. Oder ich ergreife die Initiative, mehr Einnahmen zu beschaffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Verehrter Kollege Schmitt, wenn ich das alles nicht tue, dann würde ich doch klugerweise lieber schweigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wenn Sie aber gleichzeitig die zu hohe Verschuldung kritisieren, dann müssten Sie als Haushaltspolitiker eigentlich wissen, dass zusätzliche Ausgaben nicht zur Verringerung der Schulden führen können. So fragt man sich allen Ernstes, ob Ihre Vorstellungen zum Haushalt lediglich der nächste Woche beginnenden fünften Jahreszeit angepasst

sind, gemäß dem Motto: „Allen wohl und keinem weh – Haushalt à la SPD“.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, worin besteht denn das große Geheimnis der sozialdemokratischen Gedankengänge zur Haushaltswirtschaft? Ich sehe als einzigen Ausweg zur Finanzierung Ihrer Ausgabenwünsche eine Steigerung der Einnahmen, so sagten Sie; da Sie da aber nichts tun, muss man sagen, eine Steigerung der Neuverschuldung. Genau deshalb müssen wir daran zweifeln, dass Sie noch zur Schuldenbremse stehen. Denn die Steuerermehreinnahmen, die auf Bundesebene zu beschließen sind, haben Sie, ich sagte es bereits, im Koalitionsvertrag zumindest nicht aufnehmen können.

Demzufolge, das kommt für die Beurteilung noch erschwerend hinzu: Was wir als Land zum Stichwort Einnahmeerhöhung machen können – Sie erinnern sich, als das eine von drei E –, das haben Sie hier im Landtag ziemlich lautstark abgelehnt, nämlich als wir im letzten Sommer die Grunderwerbsteuer um 1 Prozentpunkt angehoben haben. Wer war dagegen? – Derjenige, der mehr Einnahmen fordert und SPD heißt. Meine Damen und Herren, Sie werden mir abnehmen, dass das einen Haushaltspolitiker etwas verwirren muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Er war davor auch schon verwirrt!)

– Er meint, ich sei vorher auch schon verwirrt gewesen. Das will ich jetzt gar nicht in Abrede stellen, das kommt in der Politik öfter vor.

Man orientiert sich immer wieder neu an guten Gedanken. Ich habe jetzt festgestellt, dass die SPD bei der Haushaltspolitik der schwarz-grünen Koalition, also der Mehrheit in diesem Hause, alles als „Armut“ bezeichnet. Da kann ich nur sagen: Verehrter Kollege Schmitt, wenn man Ihre Konzeptionen anschaut, dann kommt einem zwangsläufig der Ausruf über die Lippen: „Welche Armut!“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, entgegen meinen sonstigen Gewohnheiten möchte ich mich hier und heute auch ganz kurz mit der Haushaltskritik der kleinsten Fraktion im Landtag befassen. Der Kollege Hahn äußerte dazu am 8. Oktober, der Haushaltsentwurf von Schwarz-Grün sei „unambitioniert“, und er zeige „keine eigene Kreativität“ zur Umsetzung der Schuldenbremse. Das sagt genau der Richtige. Der verehrte Kollege Hahn hat offensichtlich schon vollständig verdrängt, dass er fünf Jahre lang der Hessischen Landesregierung angehört hat und dass in diesen fünf Jahren die Neuverschuldung um mehr als 11 Milliarden € angestiegen ist. Jetzt nennt er es „unambitioniert“, wenn die neue Koalition für die jetzige fünfjährige Planungsperiode des Finanzplans diesen Wert um mehr als drei Viertel abbaut.

(Norbert Schmitt (SPD): „Abbaut“ ist das falsche Wort!)

Da muss man feststellen, dass die FDP trotz ihrer Sparsamkeitsrhetorik in Wahrheit wohl doch voller Kreativität und durch und durch ambitioniert mehr als viermal mehr Schulden gemacht hat, als Schwarz-Grün für die gesamte

Wahlperiode plant. Dann formuliert er, er wolle noch ernst genommen werden. Da frage ich mich wirklich, ob man sich um das Erinnerungsvermögen des Kollegen ernsthaft Sorgen machen muss. Ich belasse es bei der Feststellung, dass die vom Kollegen Hahn uns GRÜNEN und den Schwarzen vorgeworfene „Borniertheit“ wohl eher ein Übersprung aus eigener, höchst überfälliger Selbstkritik ist. Jedenfalls wäre es eine lohnende Aufgabe für die Kolleginnen und Kollegen von der FDP, mit eigener Kreativität einmal vor der eigenen Tür zu kehren, statt die Schuld bei anderen zu suchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, schade, dass die Opposition zum Haushaltsentwurf keine Diskussionsbeiträge liefern kann, die eine inhaltliche Auseinandersetzung über die finanzwirtschaftlichen Aspekte möglich machen, weil ein Streit um die Sache, allemal wenn er mit qualifizierten Argumenten geführt wird, alle Beteiligten weiterbringt und ihnen sicherlich auch Gewinn bringt. Vielleicht ist dies im Laufe der weiteren Haushaltsberatungen noch möglich. Es wäre sehr schön, wenn wir wenigstens über die politischen Schwerpunkte der Regierungspolitik, die zugleich auch die inhaltlichen Schwerpunkte des Haushalts sind, eine sachbezogene kritische Auseinandersetzung pflegen könnten.

Im Hinblick darauf sind die ersten Hinweise, auch die vom Kollegen Schmitt, aus den Stellungnahmen der Oppositionsfractionen zum Haushaltsentwurf zwar noch präzisierungsbedürftig, aber nicht völlig entmutigend. Es gibt auch ein paar Äußerungen – ich habe sie mir gut gemerkt –, Kollege Schmitt, wo Sie gesagt haben, dem stimmen Sie zu. Das ist eher auffällig selten, aber es könnte den richtigen Weg beschreiben. Um z. B. den Sozialdemokraten weitere Zustimmungschancen zu eröffnen, will ich jetzt noch etwas Input geben und werde mich im Folgenden mit den inhaltlichen Aspekten des Haushalts aus grüner Sicht befassen.

Meine Damen und Herren, „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“, dieser Leitgedanke des Koalitionsvertrags ist natürlich auch der Leitgedanke der inhaltlichen Prioritätensetzung dieses Haushaltsentwurfs und der neuen Finanzplanung. Die Perspektiven wollen wir für eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in unserem Land geben. Sie bestehen nach unserer Auffassung in entscheidendem Umfang darin, dass jeder bzw. jedem Einzelnen möglichst viele gute Chancen für eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens verlässlich geboten werden. Das heißt Wahlfreiheit in der persönlichen Lebensgestaltung und Vielfalt in Bildung und Betreuung.

Damit habe ich den Bildungsbereich als Ersten angesprochen; denn Bildung ist eine unsere zentralen Zukunftsaufgaben, weil sie maßgeblich über die Möglichkeiten bestimmt, welches Maß an Teilhabe in unserer Gesellschaft vom Einzelnen erlangt werden kann. Demgemäß hat die Finanzierung der Bildungsaufgaben für diese Koalition ganz besondere Priorität. Genau dies kann man im Haushaltsentwurf und in der Finanzplanung konkret ablesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, man kann es offensichtlich nicht oft genug betonen: Hessen unter der Regierung von CDU und GRÜNEN ist das einzige Land der Bundesrepublik, welches für die gesamte Wahlperiode eine Garantie

dafür abgegeben hat, alle Lehrerstellen für die Schulen zu erhalten, unabhängig davon, wie stark die Schülerzahlen sinken, weil wir unsere Schulen insgesamt noch besser machen wollen. Die Bildungschancen für alle Kinder können nämlich gar nicht so gut sein, dass sich nicht weitere Anstrengungen, sie noch weiter zu verbessern, immer wieder lohnen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, sei es die sozial indizierte Lehrerzuweisung – ein schwieriges Wort für besonders wichtige pädagogische Hilfen –, sei es das Ganztagschulprogramm, die Inklusion oder die Förderung der Sprachfähigkeiten in Deutsch: All diese Bereiche werden personell verstärkt, was natürlich den Schülerinnen und Schülern zugutekommt, die diese Förderung besonders nötig haben, was aber auch – das sollte man vielleicht mit schönen Grüßen an den Kollegen Nagel von der GEW richten – den Kollegien viel Nutzen bringt. Denn erkannte pädagogische Probleme adäquat bearbeiten zu können, das ist ein echter Gewinn auch für die Arbeitssituation der Lehrerinnen und Lehrer, damit genau diese Probleme im Alltagsstress nicht vernachlässigt werden müssen, was derzeit gelegentlich beklagt wird.

Dazu ist obendrein die Verlässlichkeit der Zusage bezüglich des Stellenbestandes in den Schulen – ich sprach von Garantie – wie auch die Flexibilität in den Einsatzmöglichkeiten dieser Ressourcen ein besonders großer Gewinn. In den Schulen kann verantwortlich geplant werden, die Schulprofile können entwickelt und verlässlich umgesetzt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Genau diese Möglichkeiten sind wesentliche Garanten für die Vielfalt im Bildungsangebot, so wie wir sie in der Koalition verabredet haben und so wie wir sie sicherstellen wollen. Der Haushaltsentwurf 2015 ist damit ein klarer quantitativer Beweis dafür, dass Bildung ein eindeutiger Schwerpunkt der gemeinsamen Politik von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen ist. Herr Kollege Schmitt, irgendwann verstehen Sie es hoffentlich auch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, in den Gesamtkontext der Bildungspolitik im weiteren Sinne gehören natürlich auch die Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen. Auch sie dienen der Verwirklichung von Lebenschancen junger Menschen ebenso wie dem wissenschaftlichen Fortschritt auf allen Gebieten.

Wer die Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen vernachlässigt, verspielt die Zukunftschancen einer ganzen Generation, wird am Ende auch ökonomisch ins Hintertreffen geraten und diese Rückstände kaum mehr aufholen können.

Genau deshalb haben wir in der Koalition die Randbedingungen der weiteren Bildungskarriere von Jugendlichen in den Blick genommen. Auch hier sollten Vielfalt und Verlässlichkeit im Angebot eigenverantwortliche Entscheidungen sicherstellen. Deshalb haben CDU und GRÜNE für die Hochschulen ebenfalls eine verbindliche Zusage für die materielle Absicherung einer positiven Weiterentwicklung gegeben. Das ist bereits im Koalitionsvertrag niedergelegt

und nunmehr im Haushaltsentwurf wie auch im Finanzplan quantitativ unterlegt worden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Auch hier ist Hessen einsame Spitze in Deutschland. Wir haben die Hochschulfinanzierung auf ein neues Niveau gehoben, indem wir die Grundfinanzierung im kommenden Jahr spürbar steigern und – jetzt kommt es – danach das Budget jährlich anheben, und zwar um einen Betrag, der 1 Prozentpunkt höher als die Inflationsrate liegt. Die hessischen Hochschulen können also verlässlich damit rechnen, ab 2015 Jahr für Jahr real mehr Mittel zur Verfügung zu haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Diese Zusage gibt es in keinem anderen Bundesland. Diese Zusage steht bei uns in Hessen in den Zahlen des Finanzplans. Wir entsprechen damit den Empfehlungen des Wissenschaftsrats und sorgen für die nötige Planungssicherheit, sodass hessische Hochschulen auch neue Herausforderungen gut bewältigen können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Mäkel-Opposition: So macht man verantwortliche Hochschulfinanzierung.

(Janine Wissler (DIE LINKE): „Mäkel“ oder „Merkel“? – Manfred Pentz (CDU): Mäkel!)

Wir setzen finanzwirtschaftlich klare Prioritäten und werden damit gute Ergebnisse durch gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.

(Zurufe)

– Sie mäkeln doch dauernd herum. Mit Merkel hat das nichts zu tun.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Frau Kollegin Wissler, etwas mehr Selbstbewusstsein sollte Ihnen eigen sein, um zu wissen, dass sie hier mäkeln und nicht Merkel imitieren.

(Zurufe von der LINKEN)

Jetzt habe ich Unruhe an einer Stelle erzeugt, von der ich es nicht erwartet hätte, aber bitte schön, gern. – Meine Damen und Herren, die Hochschulleitungen haben dies gut verstanden. Vielleicht gab es auch deshalb aus Hessen noch keine Forderungen nach Wiedereinführung von Studiengebühren, wie wir sie von Hochschulen aus anderen Bundesländern jüngst vernehmen mussten. Mit Schwarz-Grün wird es im Übrigen auch keine Wiedereinführung der von uns abgeschafften Studienbeiträge geben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das wäre ja auch noch schöner!)

Wir lassen die Hochschulen mit ihren Finanzierungssorgen aber eben auch nicht allein, sondern sorgen für eine verlässliche Finanzausstattung, sodass der Ruf nach Studiengebühren auch gar keine Begründung hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Bildung und Betreuung, Ausbildung und Studium sind Materialien für das Fundament eigenverantwortlicher Lebensgestaltung. Sie müssen deshalb von hochwertiger Qualität

sein, schließlich muss dieses Fundament auch ein Leben lang tragen.

Somit ist es richtig, dass wir in diesem Bereich die allererste Priorität setzen, aber natürlich nicht die einzige. Einen weiteren Schwerpunkt bildet deshalb eine verlässlich verankerte Sozialpolitik, wie wir sie im Nachtrag 2014 mit dem Sozialbudget manifestiert haben und für die wir nunmehr erhebliche zusätzliche Mittel – rund 18 Millionen € – bereitstellen.

Das Wesentliche am Sozialbudget ist auch hier wieder die Verlässlichkeit: die Verlässlichkeit der Finanzierung für die nächsten fünf Jahre. Die Träger und Initiativen, die Aufgaben übernommen haben, Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen, sollen finanzielle Planungssicherheit bekommen. Damit ist neben der unmittelbaren Förderung der sozialen Angebote der unterschiedlichsten Art auch verbunden, dass Weiterentwicklungen und Veränderungen dieser Angebote nicht unter dem Diktat der Kostenreduktion, sondern unter dem Aspekt qualitativer Verbesserungen erfolgen können, was für die Sicherstellung eines stets bedarfsadäquaten Angebots von hoher Bedeutung ist.

Mit dem Sozialbudget werden wichtige Förderschwerpunkte bei Frauenhäusern, Schuldnerberatung, Beratungsangeboten für Opfer sexueller Gewalt ebenso wie in den Bereichen der Gemeinwesenarbeit und der Antidiskriminierungspolitik gesetzt, um nur einige zu nennen. Das neue Sozialbudget ist allerdings keine einfache Revision früherer Kürzungen in diesem Bereich – manch einer hat es missverstanden und glaubte dies –, sondern es nimmt die zwischenzeitlichen Entwicklungen der sich im Laufe der Zeit verändernden Problemlagen sowie die Strukturen auf, die nicht mehr dieselben sind wie vor einem Jahrzehnt. Deswegen ist es klug, sich mit dem Sozialbudget an die aktuelle Situation anzupassen. Das Sozialbudget ist eine echte Weiterentwicklung, weshalb wir es auch einen Meilenstein der hessischen Sozialpolitik nennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Hui, hui, hui!)

Hessen wird damit ein gutes Stück sozialer und gerechter. Genau das gehört ebenso zum politischen Profil der Landesregierung aus CDU und GRÜNEN wie auch die Priorität bei der Haushaltskonsolidierung.

Selbstverständlich kann kein Redner in der ersten Lesung zum Haushaltsentwurf sämtliche inhaltlich interessanten Punkte dieses Zahlenwerks ansprechen und ausführlich erläutern. Dazu muss eine Auswahl getroffen werden, die allerdings auch ein bisschen Signalcharakter hat, weshalb ich besonders wichtige Bereiche natürlich nicht vergessen werde.

Aus grüner Sicht gibt es selbstverständlich Anmerkungen zu den Bereichen Umwelt und Energie zu machen. Auch wenn der Kollege Schmitt vielleicht noch nicht alles gefunden hat: Hier finden sich neue Budgets.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich nenne insbesondere die verschiedenen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende, die Beachtung verdienen. Sie finden sich sowohl im Einzelplan 07 als auch im Einzelplan 09.

Darüber hinaus sind auch die Aktivitäten im Bereich des Naturschutzes zu erwähnen: Diese erstrecken sich von der

Förderung des Artenschutzes über die Fortführung der Nachhaltigkeitsstrategie bis hin zur Herausnahme von Staatswaldflächen aus der Nutzung, um sie der ungestörten natürlichen Entwicklung zu überlassen. Alle diese Aktivitäten schlagen sich auch finanziell nieder und finden sich deshalb logischerweise auch im Haushaltsentwurf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich komme zum Lieblingspunkt der Sozialdemokratie – ein weiterer Punkt, der oft in Konkurrenz zum Natur- und Umweltschutz gesehen werden muss –, nämlich dem Straßenbau. Mit dem Haushaltsentwurf 2015 bekommt er eine neue Akzentuierung schon im Titel: Anlage II zum Einzelplan 07 enthält jetzt das Straßenerhaltungs- und Bauprogramm, womit deutlich wird, dass die eindeutige Priorität bei den Erhaltungsmaßnahmen liegt. Zudem erhält er eine transparente Darstellung in der Zuordnung der Projekte. Daraus sehen wir, wie stark das Kommunalinteressenmodell der Vergangenheit als faktischer Schattenhaushalt aktuell Gegenwart und Zukunft der finanziellen Möglichkeiten beim Infrastrukturausbau belastet.

Was ebenfalls unbedingt zu erwähnen ist – es sei mir als finanzwirtschaftlicher Hinweis gestattet –: Erstmals wird durch die doppische Ausweisung deutlich, dass 2015 aus Haushaltsmitteln des Landes ein Gesamtinvestitionsrahmen für den Straßenbau in Hessen in Höhe von 145 Millionen € zur Verfügung steht; die aktivierbaren Eigenleistungen sollten wir keinesfalls vergessen. Ich sprach vorhin davon, dass wir im Rahmen der Doppik die Vermögenssituation und die verschiedenen Beiträge viel besser und eigentlich nur richtig erkennen können, was die Kameralistik uns so nicht präsentiert.

Wie allen präsent ist, diskutieren wir aktuell an vielen Stellen in ungezählten Gremien und Runden die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs; der Finanzminister hat es ebenfalls angesprochen. Diese Neuordnung ist aufgrund des Urteils des Staatsgerichtshofs notwendig, und wir werden uns damit sicherlich noch etliche Male auseinandersetzen. Ich will es hier und heute nicht vertiefen, weil wir zunächst die Präsentationen erwarten, um dann sicherlich während der kommenden Wochen und Monate eine breite Debatte zu führen.

Ich möchte heute aber über den Kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2015 sprechen, wie er im Haushaltsplan dargestellt ist. Das darf bei einer Haushaltseinbringung, denke ich, nicht fehlen. Schließlich werden wir die Kommunalen Spitzenverbände in der Ausschussberatung wieder ausgiebig zu Wort kommen lassen und ihre Argumente danach zu bewerten haben.

Die Mittel für den Kommunalen Finanzausgleich erreichen auch im Jahr 2015 – das sollte unter all den Neuordnungsdiskussionen nicht untergehen – ein neues Rekordniveau. So viel Mittel hat das Land noch nie den Städten, Gemeinden und Kreisen zur Verfügung stellen können. Obwohl alle Abrechnungseventualitäten einschließlich derer von 2015 bereits berücksichtigt sind, wird die Schlüsselmasse um rund 108 Millionen € steigen und mit ihr natürlich auch die Summe der Schlüsselzuweisungen.

(Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Also unterstützt auch im letzten Jahr, welches nach dem bisherigen KFA-Verfahren geregelt wird, das Land seine

Kommunen in finanzieller Hinsicht sehr zugewandt und auskömmlich. Wenn man obendrein berücksichtigt, dass zusätzlich zu den Mitteln aus dem KFA noch fast 140 Millionen € zusätzliche Erstattungen für die Leistungen der Kommunen an Flüchtlinge geplant sind, dieser Betrag damit insgesamt verdoppelt wird gegenüber dem laufenden Jahr, so kann eigentlich niemand, selbst wenn er die Welt ausschließlich durch die Oppositionsbrille betrachtet, weiterhin behaupten, dass das Land Hessen und damit die Landesregierung aus CDU und GRÜNEN seine Kommunen verelenden ließe. Das entspricht nicht den Realitäten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und fasse zusammen, auch wenn es sicherlich noch vieles zum Haushaltsentwurf zu sagen gäbe. Einzelheiten lassen sich gewiss in der Ausschussberatung und den noch folgenden Lesungen im Plenum beraten.

Von hier sollten Sie heute aber bitte die Erkenntnis mitnehmen, dass die Koalition aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine klar profilierte Politik für diese Wahlperiode nicht nur verabredet hat, sondern auch konkret umsetzt, wofür der Haushaltsentwurf 2015 und der Finanzplan 2014 bis 2018 klare Belege sind.

Wir setzen unsere Vereinbarung konsequent um. Wir setzen dabei in vorbildlicher Weise politische Prioritäten, vor allem in den Bereichen Bildung und Soziales, und wir warten dabei ebenso geduldig wie selbstbewusst auf formulierte Alternativen der Opposition, wie man was besser machen sollte. Da wir nicht zu lange warten können, handeln wir zwischenzeitlich in der Koalition, indem wir Hessen verlässlich gestalten und Perspektiven eröffnen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Als nächster Redner spricht Kollege van Ooyen von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute passiert Historisches. Zum ersten Mal in der Geschichte bringen CDU und GRÜNE einen gemeinsamen Haushalt auf der Länderebene ein. Wer hätte das noch vor nicht allzu langer Zeit gedacht?

Ich will daran erinnern: Am 5. September 2012 jedenfalls dachten selbst die GRÜNEN nicht daran. Damals brachte Schwarz-Gelb einen Landeshaushalt in erster Lesung ein. Damals erklärte der Kollege Frank Kaufmann hier noch im Brustton der Überzeugung – lieber Frank Kaufmann, dieses Zitat ist sicher wichtig –:

Wir haben heute zum dritten Mal eine Einbringungsrede von Finanzminister Dr. Schäfer gehört. Da es sich wegen des Wahltermins um einen Doppelhaushalt handelt, bin ich zumindest sehr zuversichtlich, dass es zugleich das letzte Mal war, dass er dies als hessischer Finanzminister tun konnte.

Das ist schon deswegen gut so, weil Herr Minister Schäfer gern dadurch auf sich aufmerksam macht

– das kann ich nur unterstreichen –

– das hat er auch heute wieder getan –, dass zwischen den Inhalten seiner Präsentation des Haushalts und dessen wirklichen Inhalten in der Tat Welten liegen.

(René Rock (FDP): Hört, hört!)

Damit hat er sich längst auf das sehr bescheidene Wahrheitsniveau seiner Kabinettskollegen begeben.

(Beifall bei der LINKEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben den neuen Haushalt nicht verstanden!)

Nun, Herr Kollege Kaufmann, Sie und ich konnten heute zum vierten Mal eine Einbringungsrede von Finanzminister Dr. Schäfer hören. Sie haben aber einen deutlich höheren Anteil daran, dass dies so passiert ist.

Ich stelle fest, dass sowohl der Finanzminister des Landes der gleiche ist wie im September 2012, als auch dass sich seine Finanzpolitik nicht geändert hat. Lediglich der kleinere Mehrheitsbeschaffer der CDU hat die Farbe gewechselt – aus gelb wurde grün, sonst hat sich nichts verändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiterhin gilt in Hessen, dass vier Fraktionen des Hessischen Landtags sich zumindest darin einig sind: Hessen soll keine Schulden mehr machen. Schulden, so meinen sie, sind schlecht und ungerecht. Als wäre es die wichtigste Aufgabe eines Staates, so zu handeln wie eine angeblich schwäbische Hausfrau.

Im Übrigen halte ich die schwäbische Hausfrau nicht für so einfach gestrickt, dass sie nie Schulden macht. Selbstverständlich würde auch eine schwäbische Hausfrau abwägen, ob es vielleicht sinnvoll wäre, eine Hypothek aufzunehmen, um das Dach zu reparieren, wenn es regnet. Aber für die Schuldenbremsenfraktionen ist ein undichtes Dach wohl doch die bessere Wahl.

Was für eine schwäbische Hausfrau vielleicht mit einem Wasserschaden bei Regen endet, heißt in Hessen, dass die Infrastruktur verkommt und die Investitionen sinken. So jedenfalls konkretisiert die schwarz-grüne Landesregierung das, was sie aus der Schuldenbremse ableitet.

In der mittelfristigen Finanzplanung weisen Sie aus, dass die Investitionsquote von 9,1 % in diesem Jahr bis 2018 auf 7,9 % sinken soll. Um ein Sechstel wollen Sie die Investitionen also reduzieren. Was, bitte, soll daran generationengerecht sein?

Halten Sie es etwa für sinnvoll, den nachfolgenden Generationen eine verfallene Infrastruktur zu hinterlassen? Halten Sie es für gerecht, wenn unsere Kinder und Enkel schon heute Schulen besuchen müssen, in denen die Toiletten seit Jahren nicht repariert wurden? Oder ist es aus Ihrer Sicht nachhaltig, wenn die Brücken hessischer Kommunen verfallen? All das wird aber eintreten, wenn Sie in den nächsten Jahren nicht mehr, sondern weniger investieren. Genau das will die Schuldenbremse.

Neu ist auch nicht die Unverfrorenheit, mit der die Landesregierung auf die Arbeitsbedingungen und Entlohnung im öffentlichen Dienst losgeht. Was einst, von den GRÜNEN selbst als „Operation düstere Zukunft“ bezeichnet, mit ei-

ner Verlängerung der Arbeitszeit und der Streichung von Stellen begann, setzt Schwarz-Grün jetzt fort. Die „Operation düstere Zukunft Teil 2“ steht in diesem Landeshaushalt.

Die Ankündigung, die Beamtenbesoldung zu deckeln, ist die Fortsetzung der brutalstmöglichen Politik eines Roland Koch. Die Gewerkschaften haben es mit ihren Forderungen an den Landeshaushalt gestern schon deutlich gemacht: Wenn Schwarz-Grün es wahr macht, die Beamtenbesoldung zu deckeln, dann steht auch das Streikrecht für Beamte auf der Tagesordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist auch ganz klar, dass Schwarz-Grün mit dieser Politik auch juristisch auf sehr dünnem Eis steht, wenn man sich die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts in Nordrhein-Westfalen ansieht. Das gilt auch für die beabsichtigte Kürzung bei den Beihilfen.

Wir jedenfalls werden immer wieder die Tarif- und Besoldungspolitik dieser Landesregierung auch hier im Hause zum Thema machen; denn wir sind der Auffassung, dass dieses Land einen funktionierenden öffentlichen Dienst braucht und dass dafür auch genug Geld in diesem Land vorhanden ist.

Mit Blick auf die Einnahmesituation könnte man es sich als Oppositionspolitiker leicht machen – so etwa wie Herr Kollege Kaufmann noch im Jahr 2012 bei der Einbringung des Doppelhaushaltes. Damals sagten Sie, Herr Kaufmann – ich zitiere Sie noch einmal –:

Im Jahr 2013 wollen der Finanzminister und die Regierungsmehrheit nach den vorgelegten Haushaltsdaten Mehreinnahmen in Höhe von 1.068 Millionen € – in bereinigter Form – erzielen. ... die Nettokreditaufnahme soll aber nur um 159 Millionen € sinken. Das heißt, 85 % dieser stattlichen Mehreinnahmen geben Sie unter anderem für Ihre Wahlgeschenke aus. Das kann man, selbst bei allerbestem Willen, nun wahrlich nicht „Konsolidierung“ nennen.

Herr Finanzminister, das ist so was von eindeutig die Fortsetzung des Verschuldungskurses.

Im zweiten Jahr des vorgelegten Doppelhaushalts sind es noch einmal 877 Millionen € Mehreinnahmen, von denen Sie wiederum nur 293 Millionen € – immerhin schon fast ein Drittel – zur Reduzierung der Neuverschuldung verwenden wollen. Die übrigen zwei Drittel dieser Mehreinnahmen gehen aber wieder für Mehrausgaben drauf.

Nun, meine Damen und Herren, wollte man dieses Spiel so weiter treiben wie Herr Kaufmann 2012, dann könnte man jetzt feststellen, dass die bereinigten Einnahmen 2015 um 1,1 Milliarden € höher liegen als noch in diesem Jahr. Die Nettoneuverschuldung soll aber nur um 230 Millionen € sinken.

Herr Kaufmann, offensichtlich ist es nicht so einfach mit der Haushaltskonsolidierung, wie Sie gedacht haben, und Ihr Argument von damals war und ist falsch.

Es ist ganz klar: Tatsächlich reicht der stete konjunktur- und inflationsbedingte Anstieg der Steuereinnahmen nicht aus, um die Nettoneuverschuldung nachhaltig zu senken, weil die Ausgaben des Landeshaushaltes zwangsläufig

eben auch steigen. Das kennt übrigens jede schwäbische Hausfrau. Diesen Effekt nennt man Inflation.

Wer wirklich Haushalte nachhaltig konsolidieren will, der hat zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, den öffentlichen Dienst zu schröpfen, die Kommunen auszubluten, die Infrastruktur verkommen zu lassen und letztlich den Staat handlungsunfähig zu machen. Die schwarze Null im Haushalt wird dann aber auch gleichbedeutend sein mit einem Land, in dem das demokratische Gemeinwesen zerstört wird. Der andere Weg wäre es, die Einnahmeverantwortung des Landes ernst zu nehmen.

Der Landeshaushalt im Regierungsentwurf weist eine Neuverschuldung in Höhe von 730 Millionen € auf. Allein die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, und da spreche ich von einer Vermögensteuer von nur 1 %, würde – so hat das ver.di errechnet – dem Land Hessen nach Länderfinanzvergleich über 1,5 Milliarden € einbringen.

Mit anderen Worten: Allein der Verzicht auf die Vermögensteuer verhindert, dass in Hessen erstens über eine Dreiviertelmilliarde Euro mehr für Soziales, Bildung und Ökologie ausgegeben werden kann und zweitens dennoch keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden müssen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie unbedingt die Schuldenbremse einhalten wollen, dann setzen Sie sich endlich für die Wiedererhebung der Vermögensteuer ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Davon hätten dann auch die Kommunen etwas. Wir wollen die kommunale Struktur stärken. Die Kommunen brauchen genügend Geld, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Kindertagesstätten und Schulen, Weiterbildung, Betreuung von Flüchtlingen, der öffentliche Nahverkehr und die Wasserversorgung, Kultur und Sport – das alles und noch viel mehr gehört in den Aufgabenbereich der Kommunen. Jedoch ist ihre Finanzausstattung unzureichend. Fast alle Kommunen sind strukturell unterfinanziert.

Verantwortlich für die Fehlentwicklung ist die Landespolitik. Die Kürzungslisten der freiwilligen Leistungen der Kommunen werden immer länger. Der Unmut vor Ort nimmt zu.

Die Bürger sind zunehmend empört über die Schließung von Schwimmbädern, Bibliotheken, Kultureinrichtungen und sozialen Angeboten. Jugendhäuser, Altenbegegnungsstätten und Volksbildungseinrichtungen sind für das Zusammenleben und die Integration in den Kommunen überlebenswichtig.

Art. 59 der Hessischen Verfassung sagt:

In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich.

Das sollten wir auch für die Weiterbildung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge gelten lassen. In diesem Bereich müssen die Volkshochschulen in die Lage versetzt werden, die Angebote für die Alphabetisierung wie auch für die politische und kulturelle Bildung nachhaltig zu entwickeln.

Flüchtlinge brauchen nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern auch Bildung, Betreuung und gesundheitliche Versorgung. Für die Integration von Flüchtlingen – wir wissen, dass durch die aktuellen Kriege der Zustrom wachsen

wird – müssen den Kommunen deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, als Sie das vorsehen.

Zumindest hätten die Kommunen von substanziell besserer Finanzausstattung mehr als von einem Schutzschirm, der sie zwingt, nur noch zu entscheiden, welche öffentliche Leistung sie zuerst einschränken und in welchen Stufen sie die Grundsteuer in den nächsten Jahren anheben werden.

Die kommunalfeindliche Politik der Vergangenheit zeigt jedenfalls Wirkung, und ich sehe nicht, das Schwarz-Grün daran etwas ändert – ganz im Gegenteil. Jede fünfte Kommune plant nach der Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young, die Grundsteuer in den kommenden zwei Jahren zu erhöhen. Das trifft zunächst den Hauseigentümer, aber am Ende auch den Mieter, da dadurch die Nebenkostenabrechnung steigt.

Die Einnahmen der hessischen Städte legen besonders deutlich zu. Im vergangenen Jahr erreichten die Kommunen in dem Bundesland für die Grundsteuer B einen Zuwachs von 8 %. Das ist das höchste Einnahmeplus in Deutschland.

So geht es dieses Jahr auch weiter. Die Grundsteuergesellschaft B wurde seit Jahresbeginn in 212 Städten und Gemeinden erhöht und damit in jeder zweiten hessischen Kommune. Vor zwei Jahren lag der Landesdurchschnitt noch bei 289 %, jetzt sind es schon 349 %.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen machen deutlich, die Schuldenbremse wird vom Land auf die Kommunen abgewälzt. Dort werden dann ausgerechnet die Mieter überproportional mehr belastet, die es sich am wenigsten leisten können. Diese Einnahmen bezahlen Rentner, Arbeitslose und Studierende, nicht aber die Banker im Speckgürtel von Frankfurt oder die Konzerne, die Jahr für Jahr Milliardengewinne vermelden.

Gleichzeitig steigen die Kita-Gebühren in den Kommunen, und öffentliche Einrichtungen werden geschlossen. Es gibt in Hessen Landkreise, da muss einem bei der Frage angst und bange werden, ob bald überhaupt noch alle Kinder in der Schule schwimmen lernen. Diese Schuldenbremse ist alles andere als generationengerecht. Sie ist unsozial.

(Beifall bei der LINKEN)

Daran ändert auch das Sozialbudget, das nun endlich im Haushalt steht, nichts. Lange angekündigt, noch länger gefordert, kommt nun endlich so etwas wie das Sozialbudget. Wenngleich man doch feststellen muss, dass auf den zweiten Blick Maßnahmen zu dem Paket hinzugezählt werden, die nicht neu sind, sondern bereits im letzten Haushalt ausgewiesen waren – dies allein, damit die im Koalitionsvertrag vereinbarte Summe zustande kommt.

Dabei wäre deutlich mehr Spielraum in diesem Landeshaushalt, wenn man sich wenigstens die Luftnummer Kassel-Calden gespart hätte. Mir fiel auch anderes ein, was man sparen könnte, beispielsweise den Verfassungsschutz.

(Horst Klee (CDU): Ha!)

Aber das zarte Pflänzchen Sozialbudget ist auch der einzige Lichtblick in diesem Haushalt. Da können Sie sich noch so sehr rühmen, dass die Hochschulen mehr Geld bekommen, weil der Bund die BAföG-Mittel den Ländern zuspricht. Es ist ja richtig, dass dieses Geld im Bildungssystem bleibt. Allerdings ist das nicht Ihr Verdienst.

Vielmehr muss man sich fragen, was denn passiert wäre, wenn der Bund diese Mittel nicht zur Verfügung gestellt hätte. Die Antwort wäre doch gewesen, dass die Hochschulen eben nicht mehr Geld bekommen und die Mittel faktisch weiter sinken, weil Tarif- und Besoldungserhöhungen nicht voll ausfinanziert werden und die Zahl der Studierenden weiter steigt.

In diesem Jahr können sich die hessischen Hochschulen noch über die Bundesmittel glücklich schätzen, aber nicht darüber, dass Schwarz-Grün in Hessen ihnen mehr Geld zur Verfügung stellt; denn es gibt keine zusätzlichen Landesmittel.

Ähnlich auch bei der viel beschworenen Verbesserung bei der Inklusion. Dafür sind im Haushalt zusätzlich 30 Stellen vorgesehen. Diese 30 Stellen sind kaum ein Tropfen auf den heißen Stein, und Hessen bleibt damit weit davon entfernt, die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfüllen. Bei 1.800 allgemeinbildenden Schulen stellen Sie mit diesen 30 Stellen nur sicher, dass Hessen weiter einen der letzten Plätze bei der Inklusion behalten wird.

Aber es reicht nicht aus, den ohnehin niedrigen Standard der hessischen Schulen zu behalten. Die sogenannte demografische Rendite, die Sie in den Schulen lassen wollen, ist doch tatsächlich bereits vielfach versprochen worden. Substanziell besser geworden ist die Situation davon allerdings nicht. Wer sich auf den Weg machen will, eine Schule für alle zu bauen, der wird mehr tun müssen, als den Status quo zu halten.

Viel schwerer als die vermeintlichen Wohltaten dieser Landesregierung wiegt aber, dass sie bei der Besoldungserhöhung an den Bediensteten des Landes kürzen und auch noch mit einem Stellenabbauprogramm für den Haushaltsausgleich sorgen will. Wie das gehen soll und welche Aufgaben dann demnächst nicht mehr erfüllt werden, dazu sagt diese Landesregierung aber nichts.

Ob dann demnächst weniger Beamte bei der Polizei im Streifendienst sind oder wie sich der Personalabbau in diesem Bereich auswirken wird, können wir nur ahnen. Denn weniger Personal heißt auch immer, dass Arbeit nicht gemacht werden kann. Gerade im öffentlichen Dienst hat Arbeitsverdichtung längst ihre Grenzen erreicht, alles andere ist Gerede.

Gerede ist auch, was wir beim Länderfinanzausgleich erleben. Hier waren sich CDU und GRÜNE im Kern immer einig, dass nämlich die Bundesländer mit weniger Steuereinnahmen endlich noch weniger Geld aus Hessen bekommen könnten. Als Marxist sehe ich eine Situation bestätigt, dass nämlich die Klassenfrage von rechts immer zur Frage einer nationalen oder regionalen Situation umgedeutet wird.

(Holger Bellino (CDU): Ein bekennender Marxist, hört, hört! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Natürlich.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Jetzt tun Sie mal nicht so überrascht! – Zurufe von der CDU)

– Hatten Sie daran gezweifelt, oder?

(Heiterkeit bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Ich dachte, Sie würden demokratischen Sozialismus –)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Es gibt keine Zwiegespräche. – Herr van Ooyen, Sie haben das Wort.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Danke schön. – So war es auch zu verstehen, als die CDU fragte, ob die Mitglieder der SPD Hessen oder Genossen seien. Dabei macht Ihnen vielleicht eines deutlich, worum es beim Länderfinanzausgleich wirklich geht. Es geht nämlich um die Umverteilung zwischen Arm und Reich.

In Hessen gab es im Jahr 2013 schon über 2.800 Selbständigen von Steuerhinterziehern. Der Herr Minister hat heute gesagt, dass deren Zahl im Jahr 2014 schon höher als im Jahr 2013 sei. In Mecklenburg-Vorpommern waren es lediglich 24. Wer also davon redet, dass der Länderfinanzausgleich für Hessen ungerecht sei, der muss auch erklären, wie die Menschen in ärmeren Bundesländern dann demnächst mit einem noch ärmeren Staat auskommen sollen.

(Horst Klee (CDU): Was heißt hier „ärmere Bundesländer“? Die haben ausgeglichene Haushalte!)

– Trotzdem sind sie ärmer dran. Man muss sagen, dass sie im Grunde genommen viel weniger leisten können, als notwendig wäre.

Denn der Länderfinanzausgleich ist nicht dafür da, den Landeshaushalt Hessens zu entlasten, sondern dafür zu sorgen, dass im gesamten Bundesgebiet gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt werden können. Ich bin jedenfalls äußerst gespannt, wie die Verhandlungen um den Länderfinanzausgleich noch verlaufen werden. Denn allein das Verfahren, wie hier mit einem Kernbestandteil des Grundgesetzes und der föderalen Beziehungen umgegangen wird, ist mehr als böseartig.

Bei der letzten Änderung des Länderfinanzausgleichs sprach man noch davon, dass die Kommunen nur am Katzentisch sitzen würden. Jetzt allerdings muss man feststellen, dass die Parlamente überhaupt nicht beteiligt werden.

Es ist ja nett, dass der hessische Finanzminister im Haushaltsausschuss des Landtags regelmäßig in nicht öffentlicher Sitzung seine Einschätzung über den Verlauf der Verhandlungen zum Besten gibt. Aber mit demokratischer Beteiligung hat das alles nichts zu tun.

Dabei wäre eine breit angelegte öffentliche Debatte durchaus angebracht. Sie könnte etwa darüber gehen, wie man berücksichtigen will, dass das Geberland Bayern äußerst wenig für die akademische Ausbildung der Menschen tut, oder ob man berücksichtigen will, dass in Stadtstaaten besonders viele Kinder in Armut leben. Darüber wird aber nicht diskutiert.

Was man bislang von diesen Verhandlungen hört, ist alles andere als ermutigend. Anstatt ernsthafte Beratungen über die nötige Finanzausstattung der Länder zu führen, wird wohl eher wie auf einem Basar geschachert. Die grundsätzlichen Probleme werden wieder einmal ausgeblendet.

Solange Union und SPD auf Bundesebene zudem eine gerechte Besteuerung großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften verhindern, wird die öffentliche Hand weiterhin unterfinanziert sein. Es geht vielmehr um Scheingefechte, also darum, wer für sein Bundesland am meisten herausholt. Dabei geht es beim Länderfinanzausgleich aber

um mehr, nämlich um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik und nicht nur in Hessen.

Ich denke, dass wir in diesem Zusammenhang auch überlegen müssen, wie wir trotz der genannten Anstrengungen im Steuervollzug deutlich besser werden. Wir brauchen mehr Steuerfahnder und Mitarbeiter in der Steuerverwaltung, um die Steuergerechtigkeit umfassend zu sichern. Statt den Standortvorteil einer kleinen Steueroase zu betreiben und statt immer noch Beamte in der Steuerverwaltung zu schikanieren, sollte Gleichheit vor dem Gesetz auch in Hessen gelten.

Ganz nebenbei bemerkt, ist das vielleicht auch der Hinweis darauf, dass selbst die Landesregierung in der mittelfristigen Finanzplanung davon ausgeht, dass die Belastung durch den Länderfinanzausgleich für das Land Hessen deutlich langsamer als die Steuereinnahmen steigen wird. Sie rechnen also selbst damit, dass die relative Belastung durch den Länderfinanzausgleich weiter sinken wird. Dabei muss man aber schon sagen, dass die mittelfristige Finanzplanung weiterhin das Märchenbuch ist und bleibt, von dem auch Herr Kollege Kaufmann im Jahr 2012 schon gesprochen hat.

(Beifall bei der LINKEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verehrter Herr Kollege, die Welt hat sich weitergedreht!)

– Sie hat es jetzt durch die GRÜNEN, okay. – Nichts Konkretes weiß man nicht. Das sage ich ganz ausdrücklich: Immerhin haben Sie die Globalpositionen aus der Finanzplanung herausgenommen. Damit haben Sie in den nächsten Jahren noch Spielraum, um die freiwillige Zuführung zu der Versorgungsrücklage zu finanzieren. Substanziell hat sich dadurch aber nichts geändert.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Ja doch, der Märchenerzähler!)

Auch für Risiken wird es in diesem Haushalt keine Spielräume geben. Was wollen Sie denn tun, wenn für den dümmstmöglichen Atomausstieg, den Ministerin Puttrich zu verantworten hat, RWE demnächst eine Forderung in Millionen-Euro-Höhe vor Gericht durchsetzen kann? Wollen Sie sich dieses Geld dann durch zusätzliche Stellenstreichungen wieder hereinholen, oder hoffen Sie einfach, dass alles schon gut gehen wird?

Wir waren für den Atomausstieg und sind es immer noch. Aber wir waren für den schnellstmöglichen und nicht für den dümmstmöglichen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Hier müssen Sie jetzt auch im Haushalt Vorsorge für die Fehler der ehemaligen Umweltministerin tragen. Davor verschließen Sie aber die Augen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Insgesamt steht dieser Haushaltsentwurf doch auf sehr wackeligen Beinen. Wir werden ihn Anfang Februar 2015 verabschieden. Die Steuereinnahmen, die Sie im Haushaltsentwurf veranschlagt haben, basieren aber auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres.

Herr Kollege Schmitt hat es vorhin gesagt: Wir sollten doch ernsthaft darüber reden, ob wir hier nicht nachbessern müssen, wenn in den nächsten Tagen das Ergebnis der

nächsten Steuerschätzung kommt. Denn man muss leider fürchten, dass die Ausdehnung der deutschen Austeritätspolitik auf ganz Europa langsam Wirkung zeigt und auch die Konjunktur in Deutschland darunter leidet, dass sowohl Staaten als auch private Akteure nicht mehr investieren. Das ist kein Wunder: Denn die Kürzung der Staatsausgaben, Löhne und Renten hat die Wirtschaft in die Stagnation geschickt.

Auch das Sommermärchen vom Wirtschaftswunder in Deutschland ist vorbei. Die Wirtschaft in Frankreich stagniert, die in Italien schrumpft. In den USA steigen die Zinsen, und in China kühlt sich die Wirtschaft ab. Nun droht auch Deutschland nach Miniwachstum die Rezession.

In Deutschland und auch in Hessen setzen nun einige darauf, über PPP-Projekte, etwa beim Bau von Autobahnen, Schulen und öffentlichen Einrichtungen, mithilfe privater Renditehais Probleme lösen zu können. Diese kassieren dann die Maut- bzw. Leasinggebühren.

Die Finanzierung der Investitionen über PPP ist vor allem aber eines, nämlich teuer. Denn der Staat kann sich günstiger als private Unternehmen finanzieren, und Letztere wollen auch noch Gewinne einstreichen. Wohin PPP-Projekte führen, kann man am Kosten-GAU des Berliner Flughafens oder der Elbphilharmonie, aber auch in Hessen an vielen sogenannten Leuchtturmprojekten erleben.

Eine positive Entwicklung der Wirtschaft lässt sich nicht aus der Krise sparen. Ich war sehr interessiert bei einem Gespräch. Jürgen Fitschen von der Deutschen Bank sprach hier am 14. Oktober 2014 über seine Erfahrungen. Allerdings sehr vorsichtig, aber sehr grundsätzlich deutete er an, dass die deutsche Regierung international in einer isolierten Situation sei, weil die deutsche Regierung zu Recht zu Maßnahmen zur Steigerung der Binnennachfrage angeregt werde. Die auch von der hessischen Regierung gestützte Position mit der Diskussion über ein Kürzungsprogramm isoliere Deutschland international immer stärker und mache es zunehmend lächerlich.

Die wirtschaftliche Stimmung in Deutschland trübt sich wieder ein. Die Zeichen stehen auf Sturm. Hoffen wir, dass es nicht so kommt. Aber so oder so müssen wir schon feststellen, dass die rigorose Kürzungspolitik, die bisher nur der Auftakt der Schuldenbremse ist, in Europa schon jetzt dafür sorgt, dass vor allem die jungen Menschen Zukunftschancen verlieren. Sie sind es, die darunter leiden, dass öffentliche Ausgaben in die Bildung gestrichen werden. Sie sind es auch, die dafür geradestehen müssen, wenn Investitionen in den Erhalt und die Modernisierung der Infrastruktur ausbleiben.

Das Märchen von der Generationenungerechtigkeit muss endlich aufgelöst werden. Sie erzählen in deutscher Stammtischmanier immer wieder, dass wir uns auf Kosten der nächsten Generation immer weiter verschulden.

Sie wissen es aber besser: Die Verteilung der Schulden und des Vermögens findet in der gleichen Generation und sogar in der gleichen Minute statt. Denn die Schulden des einen werden zur gleichen Zeit, in der gleichen Minute, die Forderung des anderen. Das hat mit der Schuldenübergabe am Grab vom Vater auf die Tochter aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Tochter hätte sogar die Möglichkeit, die Erbschaft abzulehnen. Vielleicht ist das ein guter Hinweis für die nächste Generation.

Deshalb sollten wir das Problem auch in der jetzt bestehenden Situation und dieser Generation lösen. Dazu wäre ein Schuldenschnitt oder eine Steuerpolitik, wie wir sie als LINKE vorschlagen, ein geeignetes Mittel.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen betreiben Sie eine Politik, die der nächsten Generation nur Schrott und schlechte Bedingungen für Bildung und keinerlei Ansätze für eine solidarische Gemeinschaft hinterlässt. Die angemahnten Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Kultur müssen jetzt aufgebracht werden, um zu verhindern, dass in der nächsten Generation die Verteilungskämpfe zwischen Reichen und Armen, einschließlich staatlicher Institutionen, brutaler ausgetragen werden.

Wenn man der CDU und der FDP in der Vergangenheit zugehört hat oder heute die Aussagen der GRÜNEN nimmt, so ist die Schuldenbremse zum eigentlichen Staatsziel geworden. Das ist aber nicht unsere Auffassung. Wir LINKE wollen die Lebensbedingungen aller Menschen in Hessen verbessern und nicht die Reichen reicher und die Armen ärmer machen. Was wir brauchen, ist keine Schuldenbremse, sondern die Umverteilung von Vermögen und Einkommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege van Ooyen. – In der festgelegten Reihenfolge kommt jetzt die FDP. Herr Kollege Rentsch, bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian Rentsch (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt eines Landes ist eine der wesentlichen Arbeiten, die das Parlament abliefern, um in einem Land die Politik zu gestalten. Deshalb ist das öffentliche Interesse an diesen Debatten in der Regel sehr groß. Ich hoffe, das wird auch in Zukunft so sein. Denn das, was wir hier heute einbringen und debattieren, betrifft natürlich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sehr massiv.

Herr Finanzminister, bevor ich zu den Details Ihres Entwurfs komme, möchte ich einen Schritt zurück gehen. Sie haben das Thema Schuldenbremse angesprochen. Das Thema Schuldenbremse hat die Fraktionen in diesem Hause – auch im Rahmen der Vorbereitung einer Volksabstimmung damals, von einer Regierung aus CDU und FDP gemeinsam getragen – sehr beschäftigt. Wir haben immer gesagt, wir wollen die Menschen in Hessen darüber abstimmen lassen, ob sie bereit sind, mit uns gemeinsam einen steinigen Weg zu gehen, wenn es darum geht, ab 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen.

Dabei geht es nicht darum, dass wir dann schon einen einzigen Euro von den Schulden zurückgezahlt haben, die wir gemacht haben, sondern es geht um die Möglichkeit, nicht mehr als das auszugeben, was wir einnehmen.

Ich kann mich an viele Diskussionen, auch mit Kollegen, erinnern. Allen war klar: Das wird ein schwieriger Weg werden. Aber wir haben uns gemeinsam auf den Weg ge-

macht. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger haben uns bei diesem Thema massiv unterstützt. Deshalb ist es für uns parteiübergreifend – neben Kritik in der Sache –, für alle, eine Verpflichtung, übrigens auch für die Linkspartei, den Willen der Bürger in diesem Land zu respektieren und zu befolgen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das werden wir tun. Wir werden dabei über den richtigen Weg streiten. Aber einen grundsätzlichen Unterschied darf es bei dieser Frage zwischen den Fraktionen in diesem Hause nicht geben.

Als Bundespräsident hat Richard von Weizsäcker Wichtiges geleistet. Einer seiner Brüder, Carl Christian von Weizsäcker, ist einer der wichtigsten Volkswirtschaftsprofessoren der Bundesrepublik. Er hat eine sehr eigene Meinung zum Thema Schuldenbremse. Die teile ich nicht gänzlich. Aber in seiner Studie über die Auswirkungen der Schuldenbremse auf die Bundesrepublik hat er ein aus meiner Sicht sehr ernüchterndes Ergebnis gezeichnet. Er hat das Ergebnis gezeichnet, dass diese Schuldenbremse in Deutschland dazu führt, dass der Bund und auch die Länder keine Strukturveränderungen vornehmen, um einzusparen, sondern hauptsächlich Investitionen kürzen.

Herr Finanzminister, diese Situation treffen wir auch in Hessen. Wo spart das Land? Wo verändert es Strukturen? Wo setzt es neue Maßstäbe? Denn wenn wir weniger Geld ausgeben, kann nicht alles so bleiben, wie es in der Vergangenheit war.

Wir sehen das gerade in solchen Bereichen, in denen Investitionen der öffentlichen Hand dringend erforderlich sind. Ich will nur die Infrastruktur nehmen, wo das Land kürzt; aus meiner Sicht eine Kürzung, die nicht zu verantworten ist. Wir erleben es auch, dass Strukturveränderungen unterbleiben, aber im investiven Bereich Kürzungen vorgenommen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist definitiv der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Übrigens führen diese pauschalen Kürzungen nicht zu einer Gesundung des Haushalts. Der Haushalt kann nur dann gesunden, wenn man sich anstrengt und wirklich Strukturen verändert.

Herr Finanzminister, an allererster Stelle will ich Sie nennen. Denn in Ihrem Bereich, in der Finanzverwaltung, machen Sie an vielen Stellen genau diese Strukturveränderungen. Es ist richtig, dass Sie das tun. Sie sind da mutig.

Ich will auch ausdrücklich sagen, dass ich mich an die Zeiten einer schwarz-gelben Koalition erinnern kann, in der wir, von der Straßenbauverwaltung bis zu den Gerichten – das war keine sehr muntere Debatte, sondern eine sehr schwierige –, gesagt haben, es ergibt doch keinen Sinn, alles so zu lassen, wie es ist, wenn wir zukünftig weniger Geld haben.

Ich sage Ihnen: Was Sie in Ihrem Hause richtig machen, das muss man auch von anderen Kabinettskollegen erwarten können. Deshalb haben Sie noch zahlreiche Aufgaben vor sich, wenn Sie es schaffen wollen, dass auch andere Kabinettskollegen in ihren Bereichen strukturelle Veränderungen vornehmen und nicht nur aus dem Finanzministerium Einmalkürzungen verkündet werden. Meine sehr ge-

ehrten Damen und Herren, das ist die Aufgabe der Landesregierung, wenn man die Schuldenbremse in Zukunft wirklich einhalten will.

Deshalb: Sie verändern keine Strukturen. Sie sparen an Investitionen, und Sie setzen – da bin ich beim Kollegen Schmitt – auf das Prinzip Hoffnung.

Die Konjunktur in diesem Land ist immer eine der stärksten in der Bundesrepublik gewesen. Gerade in der Finanzkrise hatten wir größeren Schaden als andere Länder, weil wir mit unserem Finanzplatz, mit unserer Finanzindustrie eines der Länder sind, die erhebliche Einnahmen aus diesem Sektor hatten und haben. Es ist doch klar: Wenn eine Finanzkrise droht, dann ist das einer der ersten Bereiche, die massiv gefährdet sind. Wir haben auch dafür bezahlt.

Wir haben gemeinsam gegengesteuert, mit einem aus meiner Sicht noch immer völlig richtigen Konjunkturprogramm in Höhe von 1,7 Milliarden €. Das waren richtige Maßnahmen, die ein Land ergreifen kann. Ich glaube, man kann auch sagen, wir erkennen größtenteils: Dieser Weg damals war richtig.

Ich habe es schon in meiner letzten Rede an diesem Pult hier gesagt: Wir erleben eine Weltwirtschaft, die zurzeit aufgrund verschiedener Krisenherde auf der Welt massiv in Gefahr ist. Die Eurozone ist noch lange nicht über den Berg, noch lange nicht. Die Strukturveränderungen auf anderen Ebenen in Europa gehen zum Teil nur langsam voran. Immerhin gehen sie zum größten Teil voran – auch das muss man einmal anerkennen; in vielen Fällen hätten wir das vielleicht nicht geglaubt. Aber es liegt noch ein weiterer Weg vor uns.

Wenn die Volkswirtschaft Deutschland nicht wäre, dann wären viele dieser Reformen in der Eurozone überhaupt nicht möglich. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das ist ein Stück der Wahrheit: Wenn die Amerikaner immer sagen, die Bundesrepublik solle mehr tun, dann kann das für uns nicht bedeuten, mehr ins Risiko zu gehen, sondern dass wir solide arbeiten. Das tun wir, und das haben wir in den letzten Jahren getan. Die Weltwirtschaft und die europäische Wirtschaft hängen auch stark davon ab, ob die Bundesrepublik in der Lage ist, weiterhin Lokomotive für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa zu sein. Das waren wir in den vergangenen Jahren.

Das waren wir auch deshalb, weil Vernunft im Mittelpunkt der Debatten stand. Das gilt auch für die Tarifparteien, die mit moderaten Abschlüssen – das muss man den Arbeitnehmern wirklich positiv ins Stammbuch schreiben – mit dafür Sorge getragen haben, dass wir in Deutschland eine maßvolle Lohnentwicklung haben. Auf der anderen Seite hatten wir im öffentlichen Bereich eine Struktur, die eigentlich seit 2003 erkannt hat, dass die Verkrustung am deutschen Arbeitsmarkt nicht bleiben kann. Wir haben mit den Reformen im Rahmen der Hartz-Gesetze oder den Strukturreformen des Bundes wirklich Grundlagen dafür gelegt, dass wir in Deutschland wieder Wirtschaftswachstum bekommen.

Meine Damen und Herren, dieses Wirtschaftswachstum war zum Schluss die Mutter aller positiven Entwicklungen, dessen, was wir heute haben. Die Steuermehreinnahmen resultieren doch nicht aus den geringen Zinsen, sondern sie kommen daher, dass es in diesem Land Unternehmen gibt – Herr Kaufmann merkt auf, das ist auch richtig, das sollte Sie als Aufsichtsrat eines der wichtigsten Unternehmen in unserem Land interessieren –, die in diesem Land investie-

ren, und dass es vielleicht auch eine Landesregierung gibt, die sich darüber freut, wenn hier investiert wird,

(Beifall bei der FDP)

und die nicht an jeder Stelle, ob offen oder nicht, solche Investitionen bekämpft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Straßenkampf in Aufsichtsgremien von Unternehmen fortzusetzen ist nicht der richtige Weg. Wir brauchen stattdessen wieder wirtschaftliche Rahmenbedingungen, bei denen sich Unternehmen darauf verlassen können, dass wir uns als Staat, als öffentliche Hand, freuen, wenn investiert wird, und es nicht verhindern. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist auch der Unterschied zwischen GRÜNEN und Liberalen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb darf man schon die Frage stellen, wenn ein Land so stark auf Einnahmen in dieser Größenordnung setzt – Kollege Schmitt hat es gesagt – und so stark darauf baut, dass wir diese Einnahmen auch in den nächsten Jahren haben werden: Was tun Sie eigentlich dafür, hier in Hessen, oder der neue Bundesratspräsident, Herr Ministerpräsident Bouffier? – Hierzu möchte ich noch einmal herzlich gratulieren. Das ist eine wichtige Rolle, die Hessen jetzt dort hat. Aber was tut der Ministerpräsident auf Bundesebene, als stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands, dafür, dass wir in Deutschland weiter Wirtschaftswachstum haben? Das möchte ich gerne wissen.

Ist es beispielsweise das Interesse von Ministerpräsident Bouffier, dass wir im Familienministerium, SPD-geführt, weitere soziale Wohltaten verabreichen, neben dem Arbeitsministerium und anderen Bereichen, in denen immer nur darüber nachgedacht wird, wie die vollen Sozialkassen möglichst zeitnah an die Bürger ausgeschüttet werden können, wie zusätzliche Belastungen geschaffen werden können, die möglicherweise dafür Sorge tragen – ich sage: nicht nur möglicherweise, sondern garantiert –, dass Lohnkosten in Deutschland wieder steigen? Ist das der Ansatz, um mehr Wirtschaftswachstum zu bekommen? Oder ist das nicht das Gegenteil davon und bewirkt, dass wir wieder in alte Zeiten zurückfallen?

Es ging uns gut, aber wenn es dem Esel zu gut geht, dann geht er aufs Eis, und im Zweifel bricht er ein. Wir können Ihnen jetzt schon prophezeien: Mit dieser Politik werden Sie einbrechen.

(Beifall bei der FDP)

Gegen jede Vernunft, gegen jeden volkswirtschaftlichen Sachverstand – ob des Sachverständigenrates, ob der volkswirtschaftlichen Institute, auch gegen den Rat der Monopolkommission – wird nach dem Motto: „Die Kassen sind voll, jetzt muss endlich ausgeschüttet werden, was eingenommen worden ist“, agiert.

Verehrte Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie sind Teil dieser Koalition. Sie haben es geschafft, den Eindruck zu erwecken, dass Sie zwar überall mitregieren, mit dem, was passiert, aber gar nichts zu tun haben. Es ist aber andersherum: Sie beschließen hier im Landtag, dass es in Hessen 4.000 Windräder geben soll. Dafür tragen Sie die Verantwortung. Auch in Berlin regieren Sie mit. Sie haben unter anderem das Finanzministerium. Sie tragen zusammen mit der Bundeskanzlerin die Verantwortung für die Frage, welche Strukturreformen in Deutschland in den

nächsten Jahren erfolgen. Es passiert aber nichts. Im Gegenteil, das, was mit der Agenda 2010 erreicht worden ist, wird wieder aufs Spiel gesetzt. Das halten wir Liberale für falsch. Das ist das Gegenteil von dem Weg, der notwendig wäre, wenn wir weiterhin Wohlstand in Deutschland haben wollen, wenn wir mehr statt weniger Arbeitsplätze schaffen wollen und wenn wir weiterhin die Lokomotive in Europa sein wollen, weil wir die stärkste Volkswirtschaft haben. Daher kommt auf uns eine besondere Verantwortung zu. Dieser Verantwortung wird die Bundes-CDU nicht gerecht.

Herr Kollege Schäfer, wir sollten aber auch darüber diskutieren, ob die Landesregierung dieser Verantwortung gerecht wird. Deshalb werden Sie mir nachsehen, dass ich sage: In der Conclusio kann man bei dem, was Sie vorgelegt haben, schon zu dem Eindruck kommen: ein Schritt vor, zwei Schritte zurück. Das sind keine guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Nicht intelligent sparen und unklug streichen – ungefähr so könnte man die Maßnahmen beschreiben, die Sie vorhaben.

Darüber hinaus wird deutlich, dass eine Politik für die Wirtschaft und für die Infrastruktur von Ihnen eher bekämpft wird. Vorhin wurde vom Kollegen Gremmels „Die neue Schlaglochpartei!“ dazwischengerufen. Ich weiß nicht, ob man so weit gehen kann, denn ich kann mich an Zeiten erinnern, da waren die Straßen ebenfalls nicht in einem besonders guten Zustand – nämlich zu dem Zeitpunkt, als wir von der Koalition aus GRÜNEN und Sozialdemokraten die Regierung übernommen haben. Richtig ist aber: Man muss auch hier investieren.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Es geht nicht nur um Radwege, Herr Kollege Schmitt. In Hessen fahren Gott sei Dank auch noch Autos. Solange ich Politik mache, werde ich mich dafür einsetzen, dass das so bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, das ist in Zeiten, wo 1 Million € für die Elektromobilität in Hessen ausgegeben wird – eines der großen Prestigeprojekte –, nicht nur opportun. Ich bin einmal gespannt, wie weit Sie mit 1 Million € kommen. Sei es drum, ich wünsche gutes Gelingen, auch in dieser Frage.

Zurück zum Thema. Das wichtige Projekt des Frankfurter Flughafens, der Bau des Terminals 3 – eines der Themen, die dieses Land massiv umtreiben, weil es eine Investition in Höhe von über 2 Milliarden € darstellt –, wird von Ihnen hinterfragt. Sie verschanzen sich hinter der Aussage, Baurecht sei keine Baupflicht. Meine Damen und Herren von der CDU und den GRÜNEN, ist das nicht ein bisschen dürftig für eine Landesregierung, die den wichtigsten Infrastruktur-Hub der Bundesrepublik verantwortet? Ich würde gern wissen: Wie stehen Sie eigentlich zu der Frage, Fraport Gutachten abzuverlangen? Ich sage es heute gerne noch einmal: Wenn Sie das tun, sagen Sie im Prinzip, dass die Handlungen des Vorstands nicht verantwortungsvoll waren; denn jeder Vorstand, der einen Bauantrag stellt, muss vorher die Frage geklärt haben, ob ein Projekt notwendig ist oder nicht notwendig ist, ansonsten wäre das eine Pflichtverletzung. Ich bin sehr gespannt, was bei Ihrem Nebelkerzen-Gutachten am Schluss herauskommt. Wenn Sie zu dem Ergebnis kommen sollten, der Bau ist nicht notwendig, wird es spannend, zu erleben, was Sie mit dem amtierenden Vorstand machen. Ich gehe davon aus, dass

Sie ihn konsequenterweise abberufen werden. Darauf sollte sich der Vorstand schon einmal vorbereiten.

(Günter Schork (CDU): Wie war das bei der A-380-Halle?)

– Wir haben alles dafür getan, dass hier ein Baurecht erteilt wird. Wir haben keine – ich sage es umgangssprachlich – kasperigen Gutachten gefordert, ob das notwendig oder nicht notwendig ist, sondern wir haben nach Recht und Gesetz gehandelt und die Leute nicht für dumm verkauft. Das war unsere Politik, und die würden wir genau so wieder machen.

(Beifall bei der FDP)

Das muss aber jeder für sich beantworten. Jeder hat da einen eigenen Weg zu wählen. Er muss ihn aber zum Schluss vor den Bürgern verantworten, Herr Kollege. Deshalb ist es mir wichtig, zu sagen: Sie können alles machen, aber Sie dürfen hier nicht den Eindruck vermitteln, Sie hätten damit nichts zu tun – nach dem Motto: „Wir können gar nicht anders, es sind die anderen, die uns dazu zwingen“. Es ist ein Wahnsinn, wie stark die Union zu etwas gezwungen werden kann, wenn es denn sein muss. Sei es drum, das zeigt vielleicht für künftige Koalitionen, was möglich ist.

Nichtsdestotrotz sind neben der wirtschaftlichen Entwicklung und dem, was wir auch im Rahmen der Infrastruktur notwendigerweise machen müssen, Strukturveränderungen notwendig. Die bleiben aber aus. Deshalb will ich zu einzelnen Punkten des Haushalts kommen, die ein bisschen zeigen, wie stark dieser Haushalt in seiner Struktur zwischen den beiden Koalitionspartnern eingeklemmt ist.

Ich glaube schon, dass Thomas Schäfer gewillt ist, den Haushalt so zu gestalten, dass er im Jahr 2020 die Schuldenbremse einhalten kann. So kenne ich ihn, so habe ich ihn erlebt. Er hat als Finanzminister mit allen Mitteln dafür gekämpft, dass das passiert. Das war für uns nicht immer einfach. Aber er hat seinen Haushalt mit allem, was er hat, verteidigt. Lieber Thomas Schäfer, das, was wir jetzt erleben, erweckt aber an vielen Stellen den Eindruck, Sie würden gerne, aber die Koalition hindert Sie.

Ich will auf das Thema Personalabbau zu sprechen kommen. Wir reden über 0,2 % der Stellen des Landes; 140.000 Stellen sind es insgesamt, wir reden über 270 Stellen, es sind also keine Welten, die hier bewegt werden. Ich glaube aber schon, dass es sinnvoll wäre, eine Strukturdebatte zu führen, bevor man Personalabbau betreibt. Diese Debatte bleibt an vielen Stellen aus.

Die Debatte, die Sie führen, ist auch nicht konsequent. Auf der einen Seite haben Sie eine Situation geschaffen, in der ohne ein Konzept für die Zukunft 1.800 Stellen wegfallen sollen. Die verbleibenden Beamten sollen mit einer Nullrunde abgespeist werden. Auf der anderen Seite soll die Arbeitszeit in Hessen um eine Stunde gesenkt werden. Man kann es doch nur als einen Schilfbürgerstreich bezeichnen, dass hier ein Wahlversprechen der GRÜNEN eingehalten werden muss und auf anderem Wege konterkariert wird. Was ist denn das für eine Politik, dass Beamte demnächst eine Stunde weniger arbeiten müssen, ihnen aber jegliche Möglichkeit genommen wird, an den Lohnzuwächsen und an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben? Wenn Sie die Beamten fragen würden, dann würde die Masse der Beamten sagen – ich habe vor Kurzem mit der Vorsitzenden des Hessischen Beamtenbundes

dazu ein längeres Gespräch geführt –, dass Sie diesen unsinnigen Schuldbürgerstreich sein lassen sollen. Die Beamten werden eher sagen: Da wollen wir lieber an den Zuwächsen an Einkommen partizipieren und dafür weiterhin eine Stunde mehr arbeiten.

(Beifall des Abg. Stephan Grüger (SPD))

Es macht doch auch keinen Sinn; wir haben es Ihnen vorgerechnet. Es sind doch allein 2.000 Stellen im Lehrerberreich, die durch diese eine Stunde weniger wegfallen, die Sie kompensieren müssen. Auf der anderen Seite ist es so, dass Sie an dieser Stelle einen Schwerpunkt setzen wollen. Lieber Thomas Schäfer, das alles passt hinten und vorne nicht zusammen. Deshalb kann ich nur sagen: Das Einkesselt-Werden durch die Koalitionspartner, gerade durch die GRÜNEN, trägt nicht gerade dazu bei, dass die Haushaltspolitik wirklich eine Struktur bekommt. Das ist das Gegenteil von Struktur und intelligenter Politik.

(Beifall bei der FDP)

Das kann man überall im Haushalt sehen. Sie versuchen, gegenzusteuern; das würde ich Ihnen definitiv unterschreiben. Sie haben zum Schluss aber das Problem, bei vielen Themen dem grünen Koalitionspartner letztendlich nachgeben zu müssen.

Aber auch der grüne Koalitionspartner kann viele seiner Wahlversprechen gar nicht umsetzen. Ich habe keine einzige Veranstaltung mit Herrn Al-Wazir erleben dürfen, ohne dass er die Bedeutung der Kultur und der Kreativwirtschaft betont hat. Darf ich einmal fragen, warum der Ansatz für das entsprechende Förderprodukt von 194.000 € auf 150.000 € gesenkt wird? Es ist sowieso kein großer Ansatz, das muss ich selbst zugeben; den haben wir aber immerhin verteidigt. Warum bekommt einer Ihrer Schwerpunkte in Zukunft weniger Geld? Es ist interessant, wie Sie Ihre Schwerpunkte versorgen. Das zeigt auch das Förderprodukt „Technologie- und Innovationsförderung“ mit einem um 290.000 € geringeren Ansatz. Überall dort, wo Sie gesagt haben, etwas sei Ihnen besonders wichtig, gibt es demnächst weniger Geld. Da scheint ebenfalls keine große Konsequenz zu herrschen.

Es gibt aber eine Reihe von Prestigeprojekten, da muss Geld ausgegeben werden, egal, ob es den Bürgern im Land nutzt oder nicht nutzt. Mehrausgaben für erneuerbare Energien: 12,25 Millionen €. Die Mittel für das Förderprodukt Entwicklungszusammenarbeit werden von 300.000 auf 350.000 € erhöht. Ich muss sagen: Respekt, dass Hessen dafür Geld hat, den Ansatz für die Entwicklungszusammenarbeit um 50.000 € zu erhöhen. Die Elektromobilität wird in Zukunft mit 1 Million € zusätzlich gefördert. Gutes Gelingen bei diesem Projekt. Ich würde über die Ergebnisse gerne zeitnah informiert werden. Da wird ja „Bahnbrechendes“ zu erwarten sein.

1 Million € sind für die Beteiligung der Kommunen an Pachteinnahmen durch Windenergie eingestellt. Da habe ich die Frage: Was wollen Sie mit dieser 1 Million € denn erreichen? Was soll damit gemacht werden? Das sind alles Fragen, die durch diesen Haushaltsplan aufgeworfen werden. Das Gleiche gilt für den Ökoaktionsplan. Der ist Ihnen 1 Million € wert. Man kann ja lange über die Frage diskutieren, was Sie damit erreichen wollen; aber für die GRÜNEN ist es natürlich wichtig, dass bei solchen Prestigeprojekten 1 Million € Steuergeld investiert werden, egal, ob es Sinn macht, oder nicht. Gut gemeint – das ist es noch nicht einmal – ist noch lange nicht gut gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Für die Herausnahme von 8 % der Staatswaldfläche aus der Nutzung für die unsinnige FSC-Zertifizierung haben Sie immerhin 1,3 Millionen € veranschlagt. Ein völlig unsinniges Prestigeprojekt, aber es ist klar, auch dort ist grüne Klientel, das wird deshalb gemacht. Alles in allem kann man sehen: Wenn es um Klientelpflege geht, sind die GRÜNEN ganz weit vorne. Da sind sie konsequent. Das muss ich sagen. Herr Kaufmann, das machen Sie mit einer unglaublichen Vehemenz. Bei Ihnen kann man viel lernen, wie man die grüne Klientel wirklich pflegt.

Insgesamt gesehen, ist die schwarz-grüne Politik geeignet, die Wachstumskräfte in unserem Lande massiv zu behindern. Das ist die große Sorge der Liberalen in diesem Haus.

Es ist eben nicht nur der Punkt, dass Sie Investitionen verzögern oder nicht mehr tätigen, es ist auch der Punkt, dass Sie Rahmenbedingungen an wesentlichen Stellen so definieren und beschreiben, dass möglicherweise gerade durch das grüne Bermudadreieck – Regierungspräsidium, Wirtschaftsministerium, Umweltministerium – in den nächsten Jahren notwendige Investitionen nicht mehr an diesem Standort getätigt werden. Die Konkurrenz ist für uns schließlich nicht nur Europa, sondern das sind auch 15 andere Bundesländer, die alles dafür tun, dass in ihrem Bereich investiert wird.

Ich kann Ihnen nur sagen, ein Investitionsklima ist genauso wichtig wie die Frage rechtlicher Rahmenbedingungen, wenn es darum geht, ob Unternehmen sagen: Hier wollen wir investieren. – Deshalb sind solche Beispiele wie der Frankfurter Flughafen negative Beispiele für alle Unternehmen, wenn sie sehen, was hier mit Investitionen von über 2 Milliarden € passiert, wie sie behindert werden und wie sie möglicherweise, wenn die Union sich nicht durchsetzt, doch nicht kommen werden. Solche Investitionen darf man nicht aufs Spiel setzen, man muss sie unterstützen, wenn sie in einem Land getätigt werden. Andere Länder würden sich die Finger danach lecken, wenn sie solche Investitionshöhen überhaupt ermöglichen könnten.

(Beifall bei der FDP)

Insofern geht es nicht nur um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, es geht auch um die vielen kleinen Gesetze, vom Bannwaldgesetz über das Vergabegesetz, die Sie erlassen. All das sorgt dafür, dass wir in Hessen einen wirtschaftlichen Rahmen bekommen, der nicht zu Investitionen einlädt, sondern zum Gegenteil davon. Das geschieht in einer Situation, in der die Weltwirtschaft genug Anzeichen dafür liefert, dass sie in eine Krise geraten kann, was keiner von uns hofft, was aber auf jeden Fall alle erwarten müssen, die eine seriöse Haushaltspolitik machen. Wenn man schon so stark auf Steuereinnahmen im Haushalt setzt, sollte man eigentlich alles dafür tun, dass die Rahmenbedingungen für diese Steuereinnahmen und damit für Investitionen in unserem Land gut genug sind – nicht das Gegenteil davon.

Herr Finanzminister, deshalb ist mein Fazit zu diesem Haushalt: Er ist auf Kante genäht. Ich gehe davon aus, dass Sie auch dieses Jahr ein bisschen Luft an der einen oder anderen Stelle eingeplant haben, was den Koalitionsfraktionen vielleicht nicht sofort auffällt. Ich kann aber meine Erfahrungen aus den letzten Jahren nennen: Da ist bestimmt noch Luft drin. Insofern ist er nicht ganz auf Kante genäht, aber er ist in einem engen Rahmen angelegt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sie sehen nämlich Investitionen vor, die, wenn die Rahmenbedingungen sich verschärfen und das Land nicht massiv gegensteuert, in dieser Höhe möglicherweise niemals kommen werden. Deshalb ist es nicht seriös, von Steuereinnahmen auszugehen, die Sie mit Ihrer eigenen wirtschaftsfeindlichen Politik konterkarieren. Ich kann daher nur sagen, dieser Haushalt kriegt kein gutes Prädikat. Ich hoffe, dass wir nicht davon betroffen sein werden.

Ich denke daran, was Sie aber im letzten Jahr alles zugelassen haben. Herr Kaufmann ist für mich das lebende Beispiel eines Straßenkämpfers, der mittlerweile in den Aufsichtsgremien eines Unternehmens sitzt und es von innen aushöhlen will.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So?)

Das ist das beste Beispiel dafür: Wer so etwas zulässt, nimmt in Kauf, dass wirtschaftliche Interessen des Landes hinten herunterfallen.

(Lachen des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kaufmann, Sie finden das lustig, das weiß ich. Sie finden das toll, so häufig genannt zu werden. Aber das Thema ist viel zu ernst, als dass Ihre Eitelkeit das kompensieren kann, was Sie dort für einen Schaden anrichten.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es wäre schön, Sie würden das Ganze ernst nehmen und nicht darüber lachen. Der Wohlstand unseres Landes ist mir nämlich deutlich wichtiger als die Frage, ob Sie für einen fünfstelligen Betrag einen warmen Aufsichtsratsposten in einem wichtigen Unternehmen in diesem Land haben. Alles andere wäre wichtiger. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Manfred Pentz (CDU): Nee, jetzt hör einmal auf! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Als nächster Redner spricht Kollege Schork von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Günter Schork (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verantwortungsbewusste Haushaltskonsolidierung und politische Schwerpunktsetzung – so lässt sich die Politik der schwarz-grünen Koalition zusammenfassen, und so findet sie ihren Niederschlag im Haushaltsplan 2015 und in der Finanzplanung bis 2018.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Verantwortungsbewusste Haushaltskonsolidierung zeigt sich in dem Entwurf und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2018: Im Doppelhaushalt 2013 und 2014 war die Nettoneuverschuldung für das Haushaltsjahr 2014 mit 1 Milliarde und 84 Millionen € veranschlagt. Bereits im Nachtragshaushalt 2014 wurde dieser Betrag um 124 Millionen € reduziert. Die Nettoneuverschuldung im Jahr 2014

liegt voraussichtlich – das ist der Höchstbetrag – bei 960 Millionen €. Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 wird die Nettoneuverschuldung um weitere 230 Millionen € reduziert. Sie liegt mit dem Betrag von 730 Millionen € um 120 Millionen € niedriger als in dem Finanzplan des Haushalts 2014 vorgesehen.

Dies zeigt, dass die CDU und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Abbaupfad konsequent verfolgen und dies auch in den nächsten Jahren tun werden. Für das Haushaltsjahr 2018 – das sehen Sie im Finanzplan – ist noch eine Nettoneuverschuldung von 100 Millionen € vorgesehen, und für das Jahr 2019 ist ein Haushalt ohne neue Schulden vorgesehen. Dies kann man, wie Kollege Hahn es im Vorfeld getan hat, als „wenig ambitioniert“ bezeichnen. Ich glaube, mit dem Haushalt 2015 gehen wir einen ersten kraftvollen Schritt, um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Zu der Haushaltskonsolidierung gehören verschiedene Maßnahmen. Dazu will ich einige Beispiele exemplarisch nennen. Wir haben uns für diese Legislaturperiode vorgenommen, in der Landesverwaltung insgesamt 1.800 Stellen abzubauen. Davon sind bereits 270 Stellen im Haushaltsjahr 2015 in Abgang gestellt. Insgesamt bedeutet diese Stellenreduzierung einen Konsolidierungsbeitrag von 80 Millionen €. Ich glaube, es ist völlig klar, dass eine Konsolidierung ohne Abbau von Stellen und ohne eine Deckelung der Personalkosten schlicht und einfach nicht möglich ist; schließlich weiß man, dass die Personalkosten die wesentliche Ausgabenposition im Landeshaushalt sind. Dies gehört zur Wahrheit, und das wussten wir, als wir den Weg der Konsolidierung eingeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gehört zur Ehrlichkeit, dass wir zum heutigen Zeitpunkt alle zu dem stehen, was wir damals in den Vereinbarungen zu der Schuldenbremse hier festgelegt haben.

Wir haben – auch das ist ein nennenswerter Betrag – im Haushaltsjahr 2015 Einsparungen von 50 Millionen € bei den freiwilligen Leistungen, den sächlichen Verwaltungsausgaben und bei den Investitionen vorgesehen. Dieser Betrag wird im Verlauf der Legislaturperiode weiter ansteigen und im Jahr 2018 85 Millionen € ausmachen. Dadurch, dass das im Haushalt 2015 bereits seinen Niederschlag findet, zeigt sich, dass wir es auch in diesem Bereich ernst meinen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da möchte ich anfügen, dass die Gesamtinvestitionssumme, die wir im Haushalt 2015 vorgesehen haben, nach wie vor bei ca. 1,9 Milliarden € liegt. Zu behaupten, dass dieses Land nicht mehr investiert, halte ich für schlicht und einfach falsch. Die Zahlen sprechen nämlich eine andere Sprache.

(Manfred Pentz (CDU): Ganz genau!)

Wir haben in diesem Jahr bereits – auch das gehört zur Wahrheit – nicht nur unsere Ausgabenverantwortung, sondern auch unsere Einnahmeverantwortung wahrgenommen und haben die Grunderwerbsteuer bereits im Jahr 2014 er-

höht. Im Jahr 2015 wird diese Erhöhung der Grundsteuer dauerhaft 155 Millionen € Mehreinnahmen für den Landeshaushalt bedeuten. Davon fließen – auch das gehört zur Wahrheit – 24 Millionen € in den Kommunalen Finanzausgleich und kommen damit den Kommunen zugute.

Ich glaube, diese wenigen Beispiele zeigen, dass diese Koalition und die Landesregierung mit dem Haushaltsplan und dem Finanzplan ein starkes Signal für die Haushaltskonsolidierung der nächsten Jahre gesetzt haben. Ich sage es noch einmal: Alle sind aufgefordert, diesen Weg in Zukunft gemeinsam mit uns zu gehen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erfordert große Anstrengungen. Es erfordert eine klare Haushaltsdisziplin, und dies bedeutet insbesondere den Verzicht auf Wünschenswertes. Nur dann, wenn wir diesen Dreiklang einhalten und uns für mögliche Risiken wappnen, wird das Vorhaben der Haushaltskonsolidierung, eines Haushalts ohne neue Schulden, gelingen.

Der zweite Aspekt ist die politische Schwerpunktsetzung. Lassen Sie mich auch dazu einige Dinge exemplarisch nennen. Ich beginne mit dem Bereich der Bildung. Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung die Lehrerstellen von den Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen. Wir sind das einzige Land in der Bundesrepublik Deutschland, das klar und deutlich postuliert hat, dass die demografische Rendite im System bleibt und die Lehrerstellen nach wie vor – auch bei einem Rückgang der Schülerzahlen – im System bleiben und für Unterricht und Bildung zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben im Bereich der Bildung neben den Lehrerstellen auch einen Schwerpunkt auf die Ganztagsangebote bzw. auf den Pakt für den Nachmittag gesetzt. Bereits im laufenden Haushalt 2014 haben wir für das Schuljahr 2014/2015 haushaltswirksam 115 weitere zusätzliche Stellen für den Bereich der Ganztagsangebote bereitgestellt, die den Schulen mit Beginn des Schuljahres 2014 tatsächlich zugewiesen worden sind. Für das Schuljahr 2015/2016 werden in diesem Bereich weitere 230 Stellen zur Verfügung gestellt. Insgesamt haben wir dann für den Bereich Ganztagsangebote bzw. Pakt für den Nachmittag 1.961 Stellen zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

145 Stellen der 230 genannten sind für den Pakt für den Nachmittag in den sechs Modellregionen vorgesehen. Gleichzeitig vernachlässigen wir die anderen Bereiche nicht. Auch dort werden 85 Stellen für den weiteren Ausbau der Ganztagsangebote zur Verfügung gestellt.

Für die Inklusion stellen wir weitere 30 zusätzliche Stellen zur Verfügung; und für Deutschfördermaßnahmen – auch das ist ein Aspekt, der uns vor dem Hintergrund der steigenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen bewegen wird – stellen wir im Haushalt 2015 weitere 50 Stellen zur Verfügung.

Angesichts dieser Zahlen, die ich für den Bereich der Bildung vorgetragen habe, fragt der Kollege Schmitt noch

nach Projekten dieser Koalition. Ich habe Ihnen in aller Kürze eines dieser Projekte dargestellt, und, ich denke, Sie sollten anerkennen, dass diese Koalition insbesondere im Bereich der Bildung eine klare Schwerpunkt- und Prioritätensetzung hat, die weit über das hinausgeht, was die SPD in anderen Ländern dieser Republik leistet.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nö!)

Wir haben, auch das ist in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, den Brand- und Katastrophenschutz von den Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen und versprochen – im Haushaltsplan und im Finanzplan für das Jahr 2015 sehen Sie das –, dass die 30 Millionen €, die dort jährlich zur Verfügung stehen, auch weiterhin zur Verfügung stehen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist aus Sicht dieser Koalition ein klares Signal, insbesondere an all die ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und -frauen, die tagtäglich im Brand- und Katastrophenschutz einsatzbereit sind und für unsere Sicherheit sorgen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will diese Rede ausdrücklich dazu nutzen, um von hier aus all jenen meinen Dank und meine Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen, die beim Brand- und Katastrophenschutz oder bei sonstigen Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz für das Gemeinwohl, für unsere Gesellschaft, tätig sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Sozialbudget wurde von all meinen Vorrednern bereits angesprochen, sodass ich mir Ausführungen zu diesem Thema sparen kann.

Zu den Hochschulen. Das ist ein weiterer Bereich der Bildung, wo wir einen unserer Schwerpunkte setzen; denn die Mittel für den Hochschulpakt werden erhöht. Im Gegensatz zu dem, was der Kollege Schmitt behauptet hat, haben wir uns vorgenommen – das schlägt sich im Haushaltsplan und im Finanzplan nieder –, dass wir zu jedem Euro, den wir in Form zusätzlicher Mittel vom Bund erhalten, 1 € aus Landesmitteln hinzugeben, also 1 : 1. Das heißt, 1 € kommt vom Bund, 1 € kommt vom Land; das haben wir in den nächsten Jahren mit dem Hochschulpakt vorgesehen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern übertragen wir die Bafög-Mittel in einem Volumen von 89 Millionen € 1 : 1, also vollständig, in den Hochschulbereich. Das ist die Verabredung mit dem Bund, und an diese Verabredung halten wir uns. Andere Länder tun dies nicht. Auch in diesem Hause hatten wir eine Debatte über eine mögliche Verteilung, darüber, was man mit 89 Millionen € alles anfangen kann. Wir sagen: Sie sind für die Hochschulen vorgesehen. Sie bleiben bei den Hochschulen, und sie stehen dort für Forschung, Lehre und Bildung zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf einige Dinge eingehen, die im Zuge der Debatte angeführt worden sind. Ein Thema, das uns allen am Herzen liegt, ist der Kommunale Finanzausgleich. In den Jahren 2007 bis 2009 betrug der Kommunale Finanzausgleich etwa – das war in allen drei Jahren ziemlich gleich – 3,2 Milliarden €. Im Jahr 2010, bedingt durch die Wirtschaftskrise und die sinkenden Steuereinnahmen, be-

trug der Kommunale Finanzausgleich 2,8 Milliarden €. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 stehen für den Kommunalen Finanzausgleich knapp 4,1 Milliarden € zur Verfügung. Das ist ein Rekordniveau. Dies ist, je nachdem, welches Jahr man im Vergleich heranzieht – 2007 bis 2010, suchen Sie sich eines aus –, eine Steigerung im Kommunalen Finanzausgleich um gut 25 %.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bedarfsanalyse im Zusammenhang mit der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs – darüber haben wir uns in den letzten Wochen sehr intensiv unterhalten – hat ergeben, dass die Finanzausstattung der Kommunen im Kommunalen Finanzausgleich angemessen ist. Vor dem Hintergrund kann von einem Ausbluten der Kommunen in dem Zusammenhang überhaupt keine Rede sein. Die Zahlen zeigen etwas völlig anderes. Das sollten auch die Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Auch dazu will ich ein paar Bemerkungen machen, weil es der Kollege Schmitt angesprochen hat: Das ist der neue Erlass des Innenministers im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung der Kommunen. § 92 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung verlangt seit vielen Jahren von den Kommunen, dass „der Haushalt in jedem Haushaltsjahr ... ausgeglichen sein“ soll; und die Kommunen, die es nicht erreichen, haben ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen, das die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung aufführt und den Zeitpunkt des Haushaltsausgleichs festlegt. Das ist die Vorgabe der Hessischen Gemeindeordnung.

Zweite Bemerkung. In den Schutzschirmvereinbarungen wird ein Mindestkonsolidierungsbeitrag von 100 € je Einwohner und Jahr zugrunde gelegt.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Punkte, die ich eben ausgeführt habe, haben die Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden zu dem Thema Haushaltsausgleich der Kommunen dazu geführt, dass die Kommunalen Spitzenverbände gesagt haben: Dieser Mindestkonsolidierungsbeitrag für die Schutzschirmkommunen ist für die anderen Kommunen nicht angemessen, er ist zu hoch; und es ist notwendig, den Konsolidierungsbeitrag auf die örtlichen Verhältnisse zu beziehen und angemessene Lösungswege zu finden.

Aus diesen von mir dargestellten Bemerkungen hat der Innenminister Folgerungen gezogen und ist – auch das gehört bei der politischen Diskussion zur Wahrheit dazu – auf die Kommunen zugegangen. Er hat in seinem Erlass den Haushaltsausgleich für das Haushaltsjahr 2017 zur Regel gemacht und nicht für das Jahr 2016, wie es bisher war, also ein Jahr länger Zeit gegeben. Er hat einen Konsolidierungskorridor von 40 bis 75 € je Einwohner und Jahr vorgeschlagen und festgelegt, dass im Einzelfall – jetzt reden wir wieder über den Haushaltsausgleich – eine über das Jahr 2017 hinausgehende Frist zum Haushaltsausgleich möglich ist und erreicht werden kann. Das sind die Grundregeln, die in dem Erlass festgelegt sind.

Zu einer Haushaltskonsolidierung – das ist in den Kommunen nicht anders als im Land – gehören Einnahmesteigerungen und Ausgabenreduzierungen. Beides ist ohne Zweifel notwendig. Es ist im Ermessen der kommunalen Selbst-

verwaltung – auch das ist doch unbestritten –, welche Einnahmesteigerungen und Ausgabereduzierungen in welchem Umfang die Kommunen wählen, um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Vor dem Hintergrund glaube ich, dass das, was der Innenminister mit den Kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet und jetzt in Erlassform gegossen hat, von einem verantwortungsbewussten Handeln des Innenministers zeugt, der für die Kommunen und die Kommunalaufsicht zuständig ist. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dass die Zielsetzungen, die vorgegeben sind, bis zum Jahr 2017 tatsächlich erreicht werden können.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Angesprochen war das Thema Investitionen, insbesondere die Mittel für den Landesstraßenbau; auch darauf will ich kurz eingehen. Im Haushalt stehen 130 Millionen € bereit, davon 90 Millionen € für den Bau von Landesstraßen und 40 Millionen € für die Planung von Straßenbaumaßnahmen, und zwar nicht nur für Landesstraßen, sondern auch für Bundesstraßen. Dazu kommen 13,5 Millionen € an aktivierten Eigenleistungen; die sind im doppischen Haushalt veranschlagt.

Zu dieser Position will ich noch zwei Bemerkungen machen. Zum einen sind in diesem Haushalt die tatsächlichen Verhältnisse dargestellt. Die Planungskosten sind in der tatsächlich notwendigen Höhe eingestellt. In den vergangenen Jahren war das nicht immer so; dann wurden im Laufe des Haushaltsjahres Straßenbaumittel zu Planungsmitteln umgewidmet. In diesem Haushalt sind die voraussichtlich notwendigen Planungskosten in voller Höhe eingestellt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das ist auch gut und notwendig, um die für das Jahr 2015 zu erwartenden Bundesmittel für den Bau, die Sanierung und den Erhalt von Bundesstraßen entsprechend umsetzen zu können. Auch dazu dienen diese Planungsmittel, und dort reden wir über ein Volumen von etwa 850 Millionen €, die zusätzlich in Bundesstraßen fließen. Es sollte unsere gemeinsame Zielsetzung sein, dafür zu sorgen, dass unsere Planungen so gut und so zügig vorangehen, dass keine Bundesmittel an dem Bundesland Hessen vorbeigehen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die 90 Millionen € für den eigentlichen Straßenbau, den Erhalt und die Sanierung sind die Mittel, die in den letzten Jahren auch tatsächlich verausgabt wurden. Die Mittel, die in den vergangenen Jahren in diesem Bereich verbaut wurden, sind auch für das Haushaltsjahr 2015 eingeplant. Das ist verantwortungsvolle Politik, die Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit eindeutig nachzeichnet.

Wenn die SPD sagt, in dem Bereich seien zusätzliche Investitionen notwendig; Über die Höhe hat der Kollege Schmitt nicht gesprochen, und schon gar nicht hat er darüber gesprochen, wo er die zusätzlichen Mittel hernimmt, um im Straßenbau weiter zu investieren. Ich bin gespannt, welche Vorschläge wir im Zuge der Haushaltsberatungen zu diesem Thema vom Kollegen Schmitt hören werden.

(Armin Schwarz (CDU): Gar nichts kommt da!)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, weil er zeigt, dass wir im Haushaltsjahr 2015 und wahrscheinlich auch in den folgenden Jahren vor großen Herausforderungen stehen. Das ist das Thema Asylbewerber und Flüchtlinge. Wir stellen im Haushaltsjahr 2015 in diesem Bereich 260 Millionen € zur Verfügung. Das ist eine große Anstrengung. Ich sage auch, diese Anstrengung ist notwendig und geboten, weil wir gemeinsam mit den Kommunen unserer humanitären Pflicht nachkommen müssen, Flüchtlinge und Asylbewerber bei uns aufzunehmen, sie entsprechend unterzubringen und ihnen eine Teilhabe am Leben in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Hessen zukommen zu lassen.

Wir lassen die Kommunen dabei nicht im Stich. Die Pauschalen wurden zu Beginn des Jahres 2014 erhöht. Das hat im Nachtragshaushalt zu einer Erhöhung der Mittel um 30 Millionen € geführt. Für das Haushaltsjahr 2015 haben wir mit den Kommunen eine weitere Erhöhung um 15 % vereinbart und entsprechend im Haushalt veranschlagt. Diese 15 % sind in den 260 Millionen € enthalten, und die Anzahl der voraussichtlich zu uns kommenden Asylbewerber ist entsprechend berücksichtigt.

Lassen Sie uns dieses Thema nicht politisch streitig stellen. Sie wissen auch, dass insbesondere der Sozialminister mit den Kommunen und den Kommunalen Spitzenverbänden in einem sehr engen Dialog ist und kooperationsbereit ist, zu prüfen, welche Maßnahmen weiter nötig sind. Ich wiederhole: Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, nicht zuletzt aus humanitären Gründen, die Asylbewerber und Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und willkommen zu heißen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir dieses Ziel verfolgen, zeigt der Betrag von 260 Millionen €, den wir im Haushalt 2015 veranschlagt haben.

Der Haushaltsentwurf zeigt insgesamt, dass verantwortungsbewusste Haushaltskonsolidierung und politische Schwerpunktsetzung möglich sind. Wir freuen uns, diese Konzeption, die ich Ihnen in den Grundzügen vorgetragen habe, in den weiteren Beratungen gemeinsam mit Ihnen zu diskutieren. Wir erwarten Ihre Vorschläge dazu. Ich freue mich auf die Beratungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke sehr. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesen Tagesordnungspunkten vor.

Damit überweisen wir den Gesetzentwurf, Haushaltsgesetzentwurf 2015, Drucks. 19/1001, sowie den Antrag betreffend den Finanzplan, Drucks. 19/1050, zur weiteren Beratung an den Haushaltsausschuss.

Noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend freie Entfaltung der Persönlichkeit jeder und jedes Einzelnen ungeachtet der sexuellen und geschlechtlichen Identität, Drucks. 19/1060. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 4 und kann, wenn nicht widersprochen wird, zusam-

men mit Tagesordnungspunkt 3, also jetzt, aufgerufen werden.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 3:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Missbilligung der erneuten Entgleisung des Abg. Hans-Jürgen Irmer – Drucks. 19/1053 –

und zu **Tagesordnungspunkt 4:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend freie Entfaltung der Persönlichkeit jeder und jedes Einzelnen ungeachtet der sexuellen und geschlechtlichen Identität – Drucks. 19/1060 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Als Erster hat sich Herr Rudolph für die SPD-Fraktion gemeldet.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher der CDU, Hans-Jürgen Irmer, wird in der „Frankfurter Neuen Presse“ vom 20. Oktober 2014 wie folgt zitiert:

Homosexualität ist nicht normal. Wäre sie es, hätte der Herrgott das mit der Fortpflanzung anders geregelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Irmer hat sich auch in der Vergangenheit wiederholt diskriminierend und ehrabschneidend über Homosexuelle geäußert. Nicht nur, dass er Homosexualität in seinem „Wetzlar Kurier“ als heilbar bezeichnete, er verunglimpfte auch Homosexuelle, die häufiger an psychischen Erkrankungen leiden würden als heterosexuelle Menschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 14 Tage lang haben CDU und GRÜNE nicht darauf reagiert. Diese Äußerungen von Herrn Irmer sind ehrabschneidend, sie sind unerträglich und können nicht unwidersprochen im Hessischen Landtag hingenommen werden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Die Grüne Jugend und die Jusos haben Herrn Irmer homophobe und bisweilen rassistische Einstellungen unterstellt. Sie sagen, es sei unerträglich, einen solchen Hetzer im Landtag hören zu müssen. Es werde Zeit, dass der Ministerpräsident ein Machtwort spreche.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Der Bundesvorsitzende der Lesben und Schwulen in der Union wird wie folgt zitiert:

„Herr Irmer hat immer noch nichts dazugelernt und hetzt weiterhin gegen Schwule und Lesben“ ... Die hessische CDU müsse deutlich machen, dass sie die wiederholten Hassparolen Irmers missbillige und dieser nicht für die Gesamtpartei spreche. Die LSU [die Vereinigung der Schwulen und Lesben] habe eine klare und deutliche Haltung: „Solch menschenverachtende Parolen dürfen in der CDU keinen Platz haben.“

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, recht haben diese Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Herr Irmer ist kein Unbekannter in diesem Landtag. Er legt auch immer wieder Wert auf seine herausgehobenen Positionen. Er war einmal eine Zeit lang nicht bildungspolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, jetzt ist er es wieder – zu Beginn dieser Wahlperiode einvernehmlich von Schwarz und Grün so geregelt und gewollt. Dabei hätte man hellhörig sein können. Herr Irmer ist auch in der Vergangenheit damit aufgefallen, dass er durchaus am rechten Rand zu wildern weiß und immer wieder mit Parolen und Äußerungen versucht hat, zu polarisieren bzw. diskriminierende und ehrabschneidende Äußerungen zu machen. Mal waren es „Zigeunerprobleme“ und „Drogenasylanten“, die er thematisiert hat. Mal hat er die Schweiz für die Volksabstimmung gegen Minarette gelobt und hätte am liebsten den ehemaligen EU-Kommissar Günter Verheugen wegen Hochverrats verklagt, weil dieser den EU-Beitritt der Türkei forcieren wollte.

Erst vor wenigen Wochen, als es im Landtag darum ging, angeblichen Asylmissbrauch und Einwanderung in die Sozialsysteme zu thematisieren, auch da war Herr Irmer wieder an erster Stelle. Deswegen weiß man, was Herr Irmer eigentlich auch denkt.

Wie war die Reaktion von Schwarz und Grün? Um es freundlich zu formulieren, sie war sehr verhalten. Auch die Stellungnahmen der beiden Fraktionsvorsitzenden sind wieder nach dem gleichen Raster der letzten Ausfälle von Herrn Irmer: So etwas sagt man nicht. – Dann wird auch noch damit argumentiert, Herr Irmer gibt eine Stellungnahme ab. Ich empfehle jedem, sie zu lesen: Das seien missverständliche Äußerungen gewesen. – Das ist der Gipfel der Unverfrorenheit. Diese Äußerungen sind mehr als verständlich.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Daran muss man jetzt auch nichts rumdeuten. Was ist die politische Konsequenz von Schwarz und auch von Grün? – Sie loben ihren Koalitionsvertrag und verweisen darauf. Was ist aber die Konsequenz? – Herr Irmer ist wiederholt verwahrt worden, auch von Ihnen. Wie oft wollen Sie dieses Spiel eigentlich noch durchgehen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren von Schwarz und Grün?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

In Ihrem Koalitionsvertrag steht auch der Satz:

Hessen hat inzwischen eine gute Tradition, für die Akzeptanz von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten zu werben.

Was nutzt ein solcher Satz, wenn die praktische Ausführung und das politische Leben durch Herrn Irmer ganz anders dargelegt werden, weil er das möglicherweise auch so glaubt? Herr Irmer ist aber nicht irgendjemand. Er ist z. B. bildungspolitischer Sprecher. Das ist eine herausgehobene Funktion. Deswegen ist das, was Herr Irmer sagt, unerträglich, und dazu muss im Landtag heute Klartext geredet werden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Rudolph, Sie kommen bitte zum Schluss.

Günter Rudolph (SPD):

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Landesvorsitzender, es ist an der Zeit, dass Sie dazu etwas sagen. Lassen Sie Herrn Irmer, vielleicht auch bewusst, weiterhin am rechten Rand wildern, mit dumpfen Parolen Ressentiments schüren, oder sagen Sie, dass es nicht geht? Wir haben unsere Meinung klar gesagt: Herr Irmer ist als bildungspolitischer Sprecher nicht mehr tragbar. Die wiederholten Ausfälle sind nicht hinnehmbar. Deswegen beantragen wir eine namentliche Abstimmung über unseren Antrag. Sie haben Gelegenheit, Farbe zu bekennen. Machen Sie es nicht, dann tauchen Sie vor Herrn Irmer ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Rudolph. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Irmer zu Wort gemeldet.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Jetzt kommt wieder ein großes Missverständnis!)

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar dafür, dass ich nach Rücksprache mit der Fraktion die Gelegenheit habe, selbst einige wenige Sätze dazu zu sagen; denn das, was ausgelöst worden ist, hat mich persönlich in der Tat sehr betroffen gemacht.

Ich sage auch ausdrücklich: Das, was wir gemeinsam in dem Antrag von CDU und GRÜNEN formuliert haben, wird von mir Wort für Wort getragen. Da gibt es auch nicht einen Funken an Möglichkeiten für Missinterpretation. Ich möchte aber sehr deutlich machen: In dem Gespräch mit der Presse habe ich einen entscheidenden Satz sehr bewusst vorangestellt. Ich habe nämlich klipp und klar gesagt: Homosexualität ist in Deutschland völlig normal, wie es in allen Gesellschaften dieser Welt normal ist. Das war bei den Griechen so, bei den Römern, das ist heute so, das wird auch in Zukunft so sein, deshalb ist Homosexualität auch in Deutschland normal. Punkt. – Das war der erste Satz.

Was daraus gefolgt ist, tut mir persönlich sehr weh, und es hat mich auch sehr betroffen gemacht, weil es – diejenigen, die mich länger kennen, wissen das – in meinem ganzen Leben noch nie eine Rolle gespielt hat, weder als Pädagoge noch als Politiker, wie ein Mensch sexuell orientiert war, dafür, wie ich mit ihm umgegangen bin. Ich habe mein ganzes Leben lang versucht, Menschen mit Respekt und Anstand entgegenzutreten,

(Zurufe der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) und Michael Siebel (SPD))

völlig unerheblich, welche Orientierung sie haben.

Deshalb habe ich auch in diesem Gespräch zum Ausdruck gebracht, dass jeder Mensch das Recht auf freie Entfaltung seiner sexuellen Orientierung hat und wir niemanden ausgrenzen wollen und dürfen; das ist völlig unstrittig.

Wir haben als Koalition einen insgesamt sehr guten Koalitionsvertrag formuliert und auch dort zu dieser Thematik Folgendes festgehalten:

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit und volle gesellschaftliche Teilhabe setzen voraus, dass jeder Mensch, ungeachtet seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität, gesellschaftliche Akzeptanz erfährt und sein Leben ohne Benachteiligungen und Diskriminierungen gestalten kann. ... Wir sehen uns in der Verantwortung, die freie Entfaltung der Persönlichkeit des oder der Einzelnen zu fördern und sich für ein offenes, diskriminierungsfreies und wertschätzendes Leben aller Menschen in Hessen einzusetzen.

Diesem Text habe ich nicht ein Wort hinzuzufügen. Ich trage ihn vollumfänglich mit.

(Beifall bei der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das war eine absolute Nullerklärung! Dass Sie sich nicht schämen, erst einen solchen Mist zu erzählen, um danach hier so etwas abzulassen! Das ist wirklich unglaublich! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Irmer. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Wagner gemeldet.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Anlass für diese Debatte sind Herr Irmer und seine Äußerungen zum Thema Homosexualität. Bevor es Zwischenrufe gibt: Ich werde sehr präzise darauf eingehen.

Zu Beginn dieser Debatte möchte ich aber darüber sprechen, worum es eigentlich geht. Es geht um Menschen: Menschen, die einander lieben, füreinander Verantwortung übernehmen und miteinander ihr Leben gestalten – egal, ob ein Mann eine Frau, ein Mann einen Mann oder eine Frau eine Frau liebt. Jede Liebe hat recht.

(Allgemeiner Beifall – Janine Wissler (DIE LINKE): Warum applaudiert Herr Irmer nicht? – Weitere Zurufe)

Niemandem steht es zu, Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität zu beurteilen oder gar zu verurteilen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und der FDP)

Es geht in dieser Debatte um unsere Gesellschaft, um eine Gesellschaft, in der sich jede und jeder entfalten kann. Ausgrenzung und Diskriminierung haben in einer solchen Gesellschaft keinen Platz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der FDP – Demonstrativer Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Niemand muss sich dafür rechtfertigen, anders zu sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und der FDP)

Es geht in dieser Debatte um Freiheit: die Freiheit jedes Einzelnen, so zu leben und so zu lieben, wie sie oder er ist, wenn man dabei die Freiheit eines anderen selbstverständlich nicht beeinträchtigt. Diese Freiheit gilt es zu schaffen,

diese Freiheit gilt es zu wahren, und diese Freiheit sollten wir alle gemeinsam in diesem Haus verteidigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es geht auch um den Begriff der Normalität. Wenn das Wort „normal“ in dieser Debatte überhaupt eine Bedeutung haben kann, dann doch nur diese eine: Für uns ist es normal, anders zu sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD, der LINKEN und der FDP)

Im Grunde geht es in dem Kampf für Akzeptanz und gegen Diskriminierung genau darum. Auch Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität wollen und sollen ein Leben führen können wie alle anderen: ein Leben frei von schrägen Blicken, ein Leben frei von Anfeindungen und ein Leben frei von Ausgrenzung, ein – in diesem Sinne, meine Damen und Herren – normales Leben.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege Irmer, eben weil Sie diese Normalität infrage gestellt haben, haben viele Menschen Ihre Äußerung zu Recht als so verletzend empfunden.

(Nancy Faeser (SPD): So ist es!)

Sie haben diesen Menschen das Gefühl vermittelt, ihr Leben und ihre Liebe seien anderswertig als die anderer Menschen. Das war die Verletzung, die Sie diesen Menschen zugefügt haben.

Deshalb war es notwendig, dass Sie dies mit Ihrer Erklärung richtiggestellt haben.

(Widerspruch bei der SPD und der LINKEN)

Die Ernsthaftigkeit Ihrer Erklärung kann vor allem durch künftiges Verhalten untermauert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ausgrenzung und Diskriminierung haben bei den GRÜNEN, in der schwarz-grünen Koalition und in Hessen keinen Platz. Wir treten für Akzeptanz und Vielfalt ein. Lassen Sie uns alle gemeinsam in diesem Landtag dafür arbeiten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Wagner. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Lenders das Wort.

(Günter Rudolph (SPD), zum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt: Und was heißt das jetzt? – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ihr Rücktritt ist überfällig, Herr Irmer! Das sollten Sie von selbst tun!)

Jürgen Lenders (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Äußerungen von Herrn Irmer muss man bei all dem, was hier schon gesagt worden ist, auch unter einem anderen Aspekt sehen. Es steht in einem zeitlichen Zusammenhang mit den Veröffentlichungen des Kollegen Kai Klose, Parteivorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der zu dem Thema Homosexualität in Schulen in den Medien berichtet und erklärt hat, was die Landesregierung zukünftig vorhat. Der Kollege Klose sagt, man könne niemanden schwul machen.

Herr Irmer, ich glaube, dies ist eine richtige Aussage, an der überhaupt kein Zweifel bestehen sollte. Aber sechs Tage später erfolgt Ihre Pressemitteilung. Da diese zeitlich derartig nahe steht, könnte man auf die Idee kommen, die CDU-Fraktion würde vor allem Sie als rechtspopulistisches Aushängeschild gebrauchen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Ich glaube, dass auch genau dies das Problem aufzeigt: nicht so sehr, was Sie persönlich darüber denken – dazu, wie auch zu dem, was Sie gerade eben gesagt haben, würde ich mich gern einmal ganz persönlich mit Ihnen unterhalten –, sondern der Umstand, dass Sie eine herausgehobene Position als bildungspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion haben.

Dann stellt man natürlich die Frage: Wie sehen Sie das mit einem homosexuellen Lehrer? Glauben Sie allen Ernstes, dass ein schwuler Lehrer, wenn er als Vorbild fungiert, Jugendliche schwul machen kann? – Das steckt dahinter.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Herr Irmer, was ist normal in Ihren Augen? Wenn Sie sagen, Homosexualität ist nicht normal, was ist es denn dann in Ihren Augen?

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Sie begeben sich mit dieser Aussage gesellschaftspolitisch auf ganz dünnes Eis. Wenn es nicht normal ist, dann heißt es im Umkehrschluss – das knüpft an Äußerungen an, die Sie in den vergangenen Jahren gemacht haben –, dass es wohl irgendwie zu korrigieren ist. Dann sind wir nicht weit weg von Thesen, dass Homosexualität heilbar sei.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Irmer, ein Mensch entscheidet sich nicht für seine sexuelle Orientierung. Er wird damit geboren. Viele junge Menschen müssen damit klarkommen. Sie müssen am besten sehr früh ein Vorbild haben. Homosexuelle Lehrer können auch ein Vorbild sein, um ihr Leben zu gestalten. Aber kein heterosexueller Mensch, kein heterosexueller Schüler wird nur deswegen schwul, weil er einen schwulen Lehrer vor sich hat.

(Beifall bei der FDP, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir müssen Menschen unterstützen, mit ihrem Leben ins Reine zu kommen, was heute immer noch keine Selbstverständlichkeit ist. Wir haben dazu viel beigetragen. In den letzten Jahren ist dazu sehr viel geschehen. Ich habe gedacht, dass wir ein Stückchen weiter gekommen sind.

Herr Irmer, dieser Appell, dass Sie Ihren Worten jetzt auch Taten folgen lassen müssen – ich glaube nicht so recht daran. Ich will Sie aber ganz gerne beim Wort nehmen. Ich lade Sie gerne ein: Werden Sie aktiv, gehen Sie zu den Schwulverbänden, und legen Sie Ihre Thesen dar. Stellen Sie sich offensiv dieser Diskussion. Wenn Sie das nicht tun, sind Sie als bildungspolitischer Sprecher für Ihre CDU-Fraktion nicht mehr zu halten. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Lenders. – Für DIE LINKE hat sich Frau Wissler zu Wort gemeldet.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle paar Wochen diskutieren wir im Landtag erneut über unsägliche Äußerungen von Herrn Irmer, und das ist leider notwendig; denn der Landtag darf nicht schweigen, wenn ein Abgeordneter Ressentiments und Vorurteile in einer Weise schürt, wie Herr Irmer das immer wieder tut.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Diesmal ließ er verlautbaren, Homosexualität sei nicht normal, sonst hätte der Herrgott das mit der Fortpflanzung anders geregelt.

Herr Irmer, ich frage Sie: Wie armselig ist es, wenn man meint, sich auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten von Migranten und in diesem Fall auf Kosten von Homosexuellen profilieren zu müssen? Was Sie machen, das ist Wasser auf die Mühlen der NPD und anderer Rechter, und genau von denen wurden Sie schon des Öfteren gelobt.

Was Sie hier vorgetragen haben, ist natürlich keine Entschuldigung gewesen.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Das war auch keine Richtigstellung in der Sache. Es ist immer das Gleiche: Sie verbreiten Ihre Thesen, Ihre Äußerungen, und dann rudern Sie ein bisschen zurück und reden von Missverständnissen, Sie hätten sich möglicherweise falsch ausgedrückt, Sie seien falsch verstanden worden. In der Sache nehmen Sie überhaupt nichts zurück.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

In der Sache nehmen Sie nichts zurück, und das hat überhaupt keine Konsequenz. Sie sitzen immer noch in der ersten Reihe der CDU-Fraktion. Sie geben immer noch jeden Monat Ihr Schmierblatt namens „Wetzlar Kurier“ heraus, in dem Sie jeden Monat Menschen beleidigen und herabwürdigen. Sie sind sogar wieder bildungspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion. Es ist immer das Gleiche: In der Sache nehmen Sie nichts zurück, halbseidene Entschuldigungen und Distanzierungen. Aber in der Sache bleibt genau das stehen.

Deswegen sage ich Ihnen: Sie können in Ihren Koalitionsvertrag hineinschreiben, was Sie wollen. Solange der stellvertretende Fraktionsvorsitzende das andauernd konterkariert, ist das vollkommen wertlos, was Sie auf das Blatt Papier schreiben.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Sie betätigen sich als Stichwortgeber für rechts außen. Sie vergiften ganz bewusst das gesellschaftliche Klima, und Sie profilieren sich auf Kosten von Minderheiten. Da frage ich auch den Ministerpräsidenten: Herr Bouffier, wie lange soll das noch so weitergehen?

(Günter Rudolph (SPD): Er schweigt!)

Ich frage Sie: Hat Herr Irmer Narrenfreiheit? Wieso bleiben solche Sätze tagelang, eine Woche lang im Raum stehen?

(Günter Rudolph (SPD): Zwei Wochen!)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf: Nehmen Sie heute dazu Stellung, und sagen Sie etwas zu all den Menschen, die sich gekränkt und beleidigt fühlen durch diese Äußerungen. Sie haben das Recht, ein Wort des Ministerpräsidenten dazu zu hören.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP – Ministerpräsident Volker Bouffier unterhält sich mit einem Kabinettsmitglied auf der Regierungsbank.)

– Im Übrigen empfinde ich Ihr Verhalten in dieser Debatte nicht gerade als Ausdruck von Interesse, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Zurufe von der SPD)

Das ist wirklich demonstrativ – –

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Ich höre doch zu!)

Es ist hier keine Kabinettsitzung. Vielleicht könnten Sie der Debatte im Plenum zuhören und sich vor allem in die Debatte einmischen und klar und deutlich sagen, was Sie von den Äußerungen Ihres Parteifreundes halten.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Ich will ganz deutlich sagen: Es sind nicht die einzigen Äußerungen aus der hessischen CDU. Wenn ich mir vorstelle, was Frau Steinbach regelmäßig zum Thema Homosexualität von sich gibt, dann frage ich mich: Wer schützt die Verfassung vor geistigen Brandstiftern wie Herrn Irmer oder Frau Steinbach? Ich finde, es ist Aufgabe eines Ministerpräsidenten und eines CDU-Vorsitzenden in Hessen, dazu deutlich Stellung zu beziehen und sich nicht jedes Mal wieder wegzuducken und zu gucken, wie andere mit halbseidenen Erklärungen irgendwie versuchen, den Kopf wieder aus der Schlinge zu ziehen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der FDP)

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, vor dem Hintergrund der Diskriminierung und des Unrechts, das Homosexuellen in diesem Land angetan wurde, sind diese Äußerungen von Herrn Irmer vollkommen ungeheuerlich. Die Unterstellung, Homosexualität sei nicht normal, oder, wie Sie es schon gesagt haben, Homosexualität sei heilbar und müsse geheilt werden, ist gefährlich. Das ist ein Brandsatz für unsere Gesellschaft, das machen Sie ganz bewusst, und das werfe ich Ihnen vor.

Ich finde, wenn alles so abseitig wäre, wie die GRÜNEN es sich gerne einreden, dass Frau Steinbach und Herr Irmer irgendwie Randerscheinungen seien, dann muss man sich schon fragen, warum die CDU solche Leute immer wieder zu Wahlen aufstellt und warum man sie in Parlamente entsendet und sie dort gewähren lässt.

Deswegen sage ich: Das sind keine Ausrutscher, das sind keine Aussetzer, und das sind vor allem auch keine Missverständnisse. Das ist ein ganz bewusstes Fischen am rechten Rand. Das wissen Sie. Die Hessen-CDU steht genau in dieser Tradition. Deswegen ist es so wichtig, dass der Landtag heute diese Äußerungen in der Sache zurückweist und sich nicht auf halbseidene Erklärungen von Herrn Irmer stützt.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Frau Wissler, Sie müssen zum Ende kommen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Rechtspopulisten haben derzeit in Deutschland großen Zulauf. Wir müssen aufpassen, dass, wenn Menschen sich auf Kosten von Minderheiten profilieren, sich die Demokraten in der Gesellschaft geschlossen dem entgegenstellen, ob es nun von rechts außen kommt oder aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Die Äußerungen von Herrn Irmer sind eine Schande für den Hessischen Landtag, und ich fordere die CDU-Fraktion auf, endlich Konsequenzen zu ziehen und Herrn Irmer von seiner Funktion als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher zu entbinden und klarzumachen: Rechtsradikale Äußerungen haben keinen Platz in diesem Landtag. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Frau Wissler. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Günter Rudolph (SPD): Der Ministerpräsident schweigt! Interessant!)

Wir sind damit am Ende der Aussprache angelangt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Die Union nimmt keine Stellung in dieser Debatte!)

Wir sind am Ende der Aussprache angelangt und kommen zur Abstimmung.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist ein Landesvater! Echt!)

Zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der SPD ist namentliche Abstimmung beantragt. Das heißt, ich rufe zur Abstimmung den Antrag der SPD betreffend Missbilligung der erneuten Entgleisung des Abg. Hans-Jürgen Irmer, Drucks. 19/1053, auf, und wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung.

(Namensaufruf – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Ist noch jemand im Raum, der oder die ihre Stimme nicht abgegeben hat? – Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, auszuzählen.

Meine Damen und Herren, ich setze die unterbrochene Sitzung fort.

Es wurden 98 Stimmen abgegeben. 12 Mitglieder des Hauses sind entschuldigt. Jastimmen waren 44 bei 54 Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend freie Entfaltung der Persönlichkeit, Drucks. 19/1060, auf. – Antrag zur Geschäftsordnung.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, wir bitten, über die Ziffern 1 bis 3 getrennt abzustimmen.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Rudolph, die Ziffern 1 bis 3 getrennt und dann 4?

(Allgemeine Heiterkeit)

Günter Rudolph (SPD):

Extra, das habe ich doch gesagt. Herr Präsident, Ziffern 1 bis 3 eine Abstimmung und dann logischerweise Ziffer 4.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Jetzt habe ich es verstanden. Wir sind gebeten, vom Antrag Drucks. 19/1060 die Ziffern 1, 2 und 3 abzustimmen und die Ziffer 4 getrennt.

Dann rufe ich als Erstes die Ziffern 1, 2 und 3 auf. Wer diesen die Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Das ist das ganze Haus. Damit erspare ich mir die Frage nach Gegenstimmen oder Enthaltungen und rufe die Ziffer 4 zur Abstimmung auf. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dagegen? – SPD, LINKE und FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Mir liegen keine weiteren Tagesordnungspunkte vor. Ich beende die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend.

(Schluss: 18:00 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 3)**Abstimmungsliste über die namentliche Abstimmung**

zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Missbilligung der erneuten Entgleisung des Abg. Hans-Jürgen Irmer – Drucks. 19/1053 –

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt	Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Alex, Ulrike	SPD	x				Kühne-Hörmann, Eva	CDU				x
Al-Wazir, Tarek	GRÜNE				x	Kummer, Gerald	SPD	x			
Arnold, Dr. Walter	CDU			x		Landau, Dirk	CDU				x
Arnoldt, Lena	CDU			x		Lannert, Judith	CDU				x
Bächle-Scholz, Sabine	CDU			x		Lenders, Jürgen	FDP	x			
Banzer, Jürgen	CDU			x		Löber, Angelika	SPD				x
Bartelt, Dr. Ralf-Norbert	CDU			x		Lortz, Frank	CDU				x
Barth, Elke	SPD	x				Lotz, Heinz	SPD	x			
Bauer, Alexander	CDU				x	May, Daniel	GRÜNE				x
Beer, Nicola	FDP				x	Merz, Gerhard	SPD	x			
Bellino, Holger	CDU			x		Meysner, Markus	CDU				x
Beuth, Peter	CDU			x		Müller (Kassel), Karin	GRÜNE				x
Bocklet, Marcus	GRÜNE			x		Müller (Schwalmstadt), Regine	SPD	x			
Boddenberg, Michael	CDU			x		Müller-Klepper, Petra	CDU				x
Bouffier, Volker	CDU			x		Neuschäfer, Dr. Daniela	SPD	x			
Cárdenas, Barbara	LINKE	x				Ooyen, Willi van	LINKE	x			
Caspar, Ulrich	CDU				x	Öztürk, Mürvet	GRÜNE				x
Decker, Wolfgang	SPD	x				Pentz, Manfred	CDU				x
Degen, Christoph	SPD	x				Puttrich, Lucia	CDU				x
Di Benedetto, Corrado	SPD	x				Quanz, Lothar	SPD	x			
Dietz, Klaus	CDU			x		Ravensburg, Claudia	CDU				x
Dorn, Angela	GRÜNE			x		Reif, Clemens	CDU				x
Eckert, Tobias	SPD	x				Rentsch, Florian	FDP	x			
Erfurth, Sigrid	GRÜNE			x		Reul, Michael	CDU				x
Faeser, Nancy	SPD	x				Rhein, Boris	CDU				x
Feldmayer, Martina	GRÜNE			x		Rock, René	FDP	x			
Frankenberger, Uwe	SPD				x	Roth, Ernst-Ewald	SPD	x			
Franz, Dieter	SPD	x				Rudolph, Günter	SPD	x			
Frömmrich, Jürgen	GRÜNE			x		Schäfer, Dr. Thomas	CDU				x
Geis, Kerstin	SPD	x				Schäfer-Gümbel, Thorsten	SPD	x			
Gnadl, Lisa	SPD	x				Schaus, Hermann	LINKE				x
Goldbach, Eva	GRÜNE			x		Schmitt, Norbert	SPD	x			
Greilich, Wolfgang	FDP	x				Schork, Günter	CDU				x
Gremmels, Timon	SPD	x				Schott, Marjana	LINKE	x			
Grüger, Stephan	SPD	x				Schwarz, Armin	CDU				x
Grumbach, Gernot	SPD	x				Serke, Uwe	CDU				x
Grüttner, Stefan	CDU			x		Siebel, Michael	SPD	x			
Habermann, Heike	SPD	x				Spies, Dr. Thomas	SPD	x			
Hahn, Jörg-Uwe	FDP				x	Stephan, Peter	CDU				x
Hammann, Ursula	GRÜNE			x		Tipi, Ismail	CDU				x
Hartmann, Karin	SPD	x				Utter, Tobias	CDU				x
Heinz, Christian	CDU			x		Veyhelmann, Joachim	CDU				x
Hofmann, Heike	SPD	x				Wagner (Taunus), Mathias	GRÜNE				x
Hofmeister, Andreas	CDU			x		Wallmann, Astrid	CDU				x
Hofmeyer, Brigitte	SPD	x				Warnecke, Torsten	SPD	x			
Holschuh, Rüdiger	SPD	x				Waschke, Sabine	SPD	x			
Honka, Hartmut	CDU			x		Weiß, Marius	SPD	x			
Irmer, Hans-Jürgen	CDU			x		Wiegel, Kurt	CDU				x
Kartmann, Norbert	CDU			x		Wiesmann, Bettina	CDU				x
Kasseckert, Heiko	CDU			x		Wilken, Dr. Ulrich	LINKE	x			
Kaufmann, Frank-Peter	GRÜNE			x		Wintermeyer, Axel	CDU				x
Klauff-Isselmann, Irmgard	CDU			x		Wissler, Janine	LINKE	x			
Klee, Horst	CDU			x		Wolff, Karin	CDU				x
Klein (Freigericht), Hugo	CDU			x		Ypsilanti, Andrea	SPD	x			
Klose, Kai	GRÜNE				x	Yüksel, Turgut	SPD	x			